

11 Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Institut für
Internationale
Zusammenarbeit

Dr. Susanne Luther (Hrsg.)

DIE MILLENNIUMS- ENTWICKLUNGSZIELE

Zwischen Anspruch, Wirklichkeit und
dem Post-2015 Prozess



Thomas Gebhard: Die Millenniums-Entwicklungsziele in Jordanien

Achim Munz: Myanmar und die Post-2015 Entwicklungsagenda

Katja Drinhausen: Zur Umsetzung der Millenniumsziele in China

Dr. Susanne Luther (Hrsg.)

DIE MILLENNIUMS- ENTWICKLUNGSZIELE

ZWISCHEN ANSPRUCH, WIRKLICHKEIT
UND DEM POST-2015 PROZESS

Impressum

ISBN	978-3-88795-443-7
Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit	Dr. Susanne Luther (V.i.S.d.P.)
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Stefan Burkhardt Referat V/7 Viktoria Zettel (Satz und Layout) Kontakt zur Redaktion: iiz@hss.de
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Titelbild	UNDP Brasilien

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Diese Ausgabe finden Sie unter folgendem QR-Code auch im Internet zum Lesen und Bestellen.



GELEITWORT

SUSANNE LUTHER ||

Die Millenniumsentwicklungsziele - im Fachjargon und in der englischen Abkürzung besser bekannt als die MDGs (Millennium Development Goals) - prägten die entwicklungspolitische Debatte der vergangenen Jahre tiefgreifend. Acht einfach anmutende Ziele als schillernde Themen für den gesamten Globus. Medial aufbereitet, immer griffbereit, schnell zu verstehen. Aber auch zügig und nachhaltig umzusetzen?

Erfolge sind vorzuweisen. Gemäß dem *MDG Report 2013* hat sich der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen halbiert, mehr als 2,1 Milliarden Menschen haben Zugang zu sauberem Trinkwasser erlangt und der Anteil von Slumbewohnern sinkt. All dies sind beeindruckende Zahlen, nicht weniger bemerkenswert sind jedoch die 1,2 Milliarden Menschen, die noch immer in Armut leben; ein Achtel der Weltbevölkerung leidet Hunger und 2,5 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu verbesserten Sanitäreinrichtungen. Die regionalen und globalen Auswirkungen sind dabei höchst unterschiedlich.

Wo lagen die Fehler? War die Frist zu kurz, der politische Wille zu gering oder die Herausforderung einfach zu groß? Haben die acht MDGs die Millenniumserklärung zu stark verkürzt? Eine einfache Antwort auf diese Fragen gibt es nicht, sicherlich steckt in allen ein Teil der Wahrheit.

Die Erreichung der MDGs ist nicht nur eine moralische Notwendigkeit, die sich aus unserer christlichen Verantwortung herleitet.

Sie basiert auch auf einem wohl verstandenen Interesse und der Verpflichtung um unserer selbst willen, Frieden, Demokratie und Entwicklung weltweit zu fördern.

Kriege, Hungeraufstände, bittere Armut, Pandemien oder auch klimabedingte Wanderungsprozesse haben verheerende Auswirkungen auf die betroffenen Menschen in dem jeweiligen Land und verletzen in einer gemeinsamen Welt die universellen Menschenrechte. Sie können zudem der Nährboden für regionale und globale Migration, Gewalt und Terrorismus sowie Abneigung gegenüber der westlichen Welt sein.

Der Begriff der menschlichen Entwicklung ist komplex. Dabei geht das Verständnis der Politischen Stiftungen über die klassische Definition, Lebenserwartungs- und Bildungsindex sowie den Lebensstandard gemessen am Bruttonationaleinkommen, hinaus. Während die MDGs noch in diesem starren Muster verharren, zielt das Konzept der „Verwirklichungschancen als Freiheiten“ von Amartya Sen da schon genauer. Ein erweitertes Verständnis von menschlicher Entwicklung benötigt die Grundsicherung menschlicher Existenz als Vorbedingung. Funktionierende Rahmenbedingungen sind jedoch elementare Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und Wohlstand.

Politische Menschenrechte wie Mitsprache, Erwachsenenbildung oder Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, eine lebendige Zivilgesellschaft, Gute Regierungsführung, Transparenz, Frieden, soziale Inklusion,

funktionsfähige und dem Menschen dienende staatliche Institutionen sowie die Abwesenheit von Korruption sind hier zuvorderst aufzuführen. Rahmenbedingungen, die in den MDGs zu kurz gekommen sind, aber im Fokus der Politischen Stiftungen stehen.

Die Hanns-Seidel-Stiftung fördert in ihren Projekten die „alten“ MDGs auf direkte und indirekte Weise. Ob Bildungspolitik in China, die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen in Bolivien und Marokko oder auch der Schutz der Umwelt in Jordanien, Vietnam und Myanmar, unsere Auslandsmitarbeiterinnen und Auslandsmitarbeiter arbeiten oft unter schweren Bedingungen gemeinsam mit den Partnerinstitutionen an der Realisierung dieser Ziele. Hierüber berichten sie in der vorliegenden Publikation. Zudem werfen sie einen Blick auf die Zukunft und die Herausforderungen, die auf „ihre“ Länder warten und zeigen auf, wie diese sich aktiv an der Post-2015 Agenda beteiligen. Unser Büro in Brüssel analysiert die europäische Perspektive im MDG Prozess. Ein Interview mit Prof. Michael Chege, Berater für Internationale Entwicklungspolitik im Ministerium für Planung und nationale Entwicklung, gibt eine Meinung aus Kenia wieder.

Die MDGs waren nicht neu und auch die Ziele einer Post-2015 Agenda werden nicht vom Himmel fallen. Bereits 1973 forderte der damalige Präsident der Weltbank Robert McNamara in Nairobi die Ausrottung der absoluten Armut bis zum Ende des Jahrhunderts, und der Brundtland-Bericht von 1987 deklarierte das Postulat einer nachhaltigen Entwicklung. Neu sind jedoch die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen, ob geopolitischer, weltwirtschaftlicher oder ökologischer Natur.

Es sind nur noch 18 Monate, bis in New York im September 2015 wieder Staats- und Regierungschefs aus aller Welt eine Post-2015 Agenda verabschieden wollen. Das *High-level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda* hat im Mai 2013 seinen Bericht mit dem Titel *A new*

global partnership: eradicate poverty and transform economies through sustainable development vorgestellt und damit eine erste Richtung vorgegeben. Insbesondere die Ziele 10 und 11, die die Sicherstellung von guter Regierungsführung, effektiven Institutionen sowie stabilen und friedlichen Gesellschaften zum Ziel haben, stellen einen qualitativen Sprung dar.

Die aktuell noch parallel stattfindende und von den nationalen Regierungen initiierte Debatte über globale Nachhaltigkeitsziele, die *Sustainable Development Goals*, bringt umfassendere und global transformativ wirkende Zielvorstellungen mit sich. Ein gemeinsamer Zielkatalog am Ende der Debatten ist wünschenswert.

Ob am Ende des Tages der große Wurf gelingt, entscheidet sich nicht mit dem produzierten Blatt Papier, sondern durch die Anstrengungen von Regierung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern gleichermaßen, die gemeinsam vereinbarten Ziele zu erreichen – Ziele, die für alle gelten und für die alle Verantwortung tragen.

The World we want ist eine globale Konsultation der Vereinten Nationen und zivilgesellschaftlicher Akteure um die Stimmen aller Menschen in die Post-2015 Agenda einfließen zu lassen. Vielleicht ermutigt Sie die Lektüre dieser Ausgabe sich einzubringen. Wir würden uns sehr freuen. In diesem Sinne möchte ich Ihnen eine spannende Lektüre wünschen,



|| DR. SUSANNE LUTHER

Leiterin Institut für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

INHALT

- 03 GELEITWORT**
Susanne Luther
- 07 DIE MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE IN JORDANIEN -
BESTANDSAUFNAHME UND AUSBLICK**
Thomas Gebhard
- 23 VIETNAM UND DIE MDGS – BESTANDSAUFNAHME
UND AUSBLICK AUF DIE POST-2015 AGENDA**
Axel Neubert
- 31 BOLIVIENS BESTREBUNGEN, FORTSCHRITT UND
TRADITION ZU VEREINEN**
Philipp Fleischhauer
- 37 MYANMAR UND DIE POST-2015 ENTWICKLUNGSAGENDA**
Achim Munz
- 47 DIE MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE IN KENIA:
UMSETZUNG, HERAUSFORDERUNGEN UND AUSBLICK**
Markus Baldus
- 57 „DIE POST-2015 AGENDA IST EHER EINE PHILOSOPHIE
ALS EINE KONKRETE ZIELDEFINITION.“**
Interview von Markus Baldus mit Prof. Chege
- 63 DIE EU ALS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTEUR
UND DIE (POST-) MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE**
Katharina Patzelt
- 73 BRASILIEN UND DIE MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE:
SÜDAMERIKANISCHE HOFFNUNG FÜR DIE POST-2015
ENTWICKLUNGSAGENDA?**
Mariella Franz
- 83 ZUR UMSETZUNG DER MILLENNIUMSZIELE IN CHINA:
ERFOLGE, PROBLEME UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN**
Katja Drinhausen
- 93 DIE MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE ALS CHANCE
FÜR DIE REPUBLIK MOLDAU - ZWISCHEN VERGANGENHEIT
UND ZUKUNFT**
Violeta Sandru
- 101 MAROKKOS PERSPEKTIVEN FÜR EINE MENSCHLICHE
ENTWICKLUNG NACH 2015**
Juliette Borsenberger

DIE MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE IN JORDANIEN - BESTANDSAUFNAHME UND AUSBLICK

THOMAS GEBHARD ||

Im Juli 2012 gab der Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN), Ban Ki-Moon, die Mitglieder des 27-köpfigen Gremiums bekannt, dessen vornehmliche Aufgabe die Beratung der Vereinten Nationen bei der Formulierung der "Post-2015 Development Agenda" war. Diesem Gremium gehörten u.a. die jordanische Königin Rania Al Abdullah sowie der frühere deutsche Bundespräsident Dr. Horst Köhler an.

Bereits zehn Monate später überreichte das Gremium seine Empfehlungen, die in dem Bericht "A new global partnership - Eradicate poverty and transform economies through sustainable development" zusammengefasst sind.¹ Der Bericht basiert auf den Ergebnissen von 88 nationalen Konsultationen, für die auch Jordanien ausgewählt worden war. Bevor jedoch der Blick auf die Zeit nach 2015 gerichtet wird, erscheint es wichtig, zunächst auf das zurückzublicken, was im Nachgang der Millenniumserklärung und im Rahmen der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (engl. Millennium Development Goals - MDGs) bisher erreicht worden ist.

Die Millenniumsentwicklungsziele

Mit der Unterzeichnung der Millenniumserklärung im Jahre 2000 hat sich Jordanien nicht nur verpflichtet, einen Beitrag zur internationalen Entwicklung zu leisten. Viel-

mehr war es erklärte Absicht, mit diesem Beitrag auch einen Schritt hin zur weiteren Entwicklung des eigenen Landes zu machen.

In der Phase der Umsetzung veröffentlichten die VN in den Jahren 2004 und 2010 zwei Zwischenberichte, aus denen hervorgeht, inwieweit sich Jordanien auf einem Weg befindet, die gesteckten Ziele zu erreichen. Die Ergebnisse der von Mitarbeitern der VN, der jordanischen Regierung sowie von Vertretern jordanischer Nicht-Regierungsorganisationen gemeinsam durchgeführten Evaluierungen wurden in den zwei vorgenannten Zwischenberichten zum Stand der Erreichung der MDGs publiziert.²

Der zweite der vorgenannten Zwischenberichte bezeichnet die bisher erzielten Ergebnisse als zufriedenstellend, d.h., Jordanien hat entweder die gesetzten Ziele bereits erreicht, ist auf einem guten Weg, die Ziele bis 2015 zu erreichen oder aber ist in der Lage, die gesetzten Ziele noch zu erreichen, wenn bestimmte Weichenstellungen zeitnah vorgenommen werden.

Die Entwicklungsziele, die bereits erreicht worden sind

Einzig das Entwicklungsziel 2 - die allgemeine Grundschulbildung für alle, kann bis Ende 2013 in Jordanien als erreicht bezeichnet werden.

Die Erhebungen und Statistiken des jordanischen Bildungsministeriums weisen aus, dass Jordanien auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht hat. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der MDGs lag die Einschulungsquote in Jordanien bei 96,2 Prozent. Innerhalb der folgenden zehn Jahre hat sich diese Quote auf bis zu 97,6 Prozent erhöht, wobei anzumerken ist, dass ein Wert von 100 Prozent praktisch nicht zu erreichen ist (u.a. weil es immer wieder Kinder in der vorgenannten Altersgruppe gibt, die entweder bereits weiterführende Schulen oder aber andere Schulen, die nicht unter das Grundschulsystem fallen, besuchen, und damit aus der hier betrachteten Zielgruppe herausfallen). Das Verhältnis von Jungen zu Mädchen ist annähernd gleich, wobei dies schon vor 2000 der Fall war.

Zum Entwicklungsziel 2 ist kritisch anzumerken, dass es leider nichts über die Qualität der Schulausbildung, d.h. das Bildungssystem und die Bildungseinrichtungen aussagt. Es erscheint daher sinnvoll, das oben genannte Ziel neu zu formulieren, und mit geeigneten Indikatoren zu versehen.

Die Entwicklungsziele, die bis 2015 noch erreicht werden können

Hinsichtlich der Erreichung der Entwicklungsziele 5 und 6 befindet sich Jordanien auf einem guten Weg. Zur Überprüfung, ob das Entwicklungsziel 5 - die Gesundheit von Müttern verbessern, erreicht ist, wurden zwei Unterziele formuliert. Das Erreichen des ersten Unterziels, die Reduzierung der Müttersterblichkeit auf zwölf Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten, scheint möglich.

In den zurückliegenden 20 Jahren ist die Müttersterblichkeit in Jordanien signifikant zurückgegangen. Wurden im Jahre 1990 noch 49 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten registriert, sank diese Zahl bis 1997 auf 41. In den Jahren bis 2010 wurde ein weiteres Absinken bis auf 19 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten registriert.

Gleiches gilt für die Anzahl der Geburten unter Aufsicht entsprechend ausgebildeten Personals. Lag diese Quote im Jahre 1990 noch bei rund 87 Prozent, hat sich dieser Wert bis 2010 auf 99 Prozent erhöht, so dass das Erreichen der Vorgabe von 100 Prozent bis 2015 möglich sein sollte.

Weniger gut sieht es beim Erreichen des zweiten Unterziels aus, dem Zugang von 65,8 Prozent aller Frauen in der Altersgruppe der 15- bis 49-Jährigen zu Diensten der reproduktiven Gesundheit.

Zwar ist auch hier die Quote der Frauen, die Verhütungsmittel benutzen, von 40,2 Prozent im Jahre 1990 auf 59,3 Prozent im Jahre 2010 gestiegen, doch bedarf es noch großer Anstrengungen, diese Quote bis zum Jahr 2015 auf den vorgegebenen Wert zu erhöhen. Vor allem in den ländlichen Regionen ist die Akzeptanz von Verhütungsmitteln noch gering. Die jordanische Regierung hat an der Erreichung dieses Ziels insofern ein großes Interesse, als dass es nur mit dem Erreichen desselben realistisch ist, das nach wie vor hohe Bevölkerungswachstum und den Druck auf bereits heute knappe Ressourcen wie Wasser und Energie, aber auch auf den Arbeitsmarkt zu reduzieren.

Was die Deckung des Bedarfs an Beratung zur Familienplanung anbelangt, so wurden auch hier deutliche Verbesserungen erreicht. Die Halbierung des ungedeckten Bedarfs von 22 Prozent im Jahre 1990 auf elf Prozent im Jahre 2010 lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob der Bedarf in den verbleibenden fünf Jahren zur Gänze gedeckt werden kann.

Gleichermaßen sind Zweifel berechtigt, ob die Geburtenquote unter Mädchen bzw. jungen Frauen im Alter von unter 18 Jahren bis 2015 auf den geforderten Wert von zwei Prozent in Bezug auf die Gesamtzahl aller Geburten eines Jahres gesenkt werden kann. Zwar ist auch dieser Wert in den Jahren 1990 - 2007 deutlich gesunken (von 7,4 Prozent auf 4,1 Prozent), doch ist für die

Jahre danach ein nicht weiter begründeter Anstieg auf wieder 4,7 Prozent festzustellen. Eine signifikante Reduzierung bis 2015 erscheint daher unwahrscheinlich.

Die Gründe dafür sind insbesondere in den ländlichen Regionen, in der Badia sowie in den Gouvernements Ma'an, Tafileh, Kerak und Mafraq zu suchen, wo die Bevölkerung noch durch eine zum Teil sehr traditionelle Lebensweise gekennzeichnet ist. Darüber hinaus fehlt es der Regierung an ausreichenden Finanzmitteln, um die Gesundheitsdienste und hier insbesondere die Beratungsstellen weiter auszubauen. Familienplanung ist in der hiesigen traditionellen Gesellschaft ein sehr sensibles Thema, das nur behutsam angegangen werden kann und damit auch nur langfristig Erfolg zeitigen dürfte.

Auch das Entwicklungsziel 6 - HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen, ist im jordanischen Kontext durchaus kontrovers zu betrachten. Nach Angaben des jordanischen Gesundheitsministeriums sind in Jordanien nur wenige Menschen mit dem HI-Virus infiziert bzw. an AIDS erkrankt, sodass man davon ausgeht, dass die Ausbreitung und der Ausbruch des Virus bis zum Jahre 2015 gestoppt werden können. Untersuchungen im Vorfeld der Erstellung des zweiten Berichts zum Stand der MDGs haben ergeben, dass in Jordanien im Jahre 2010 insgesamt 713 Personen mit dem HI-Virus infiziert bzw. an AIDS erkrankt waren, was in etwa einem Verhältnis von 1:10.000 entspricht. Während es dem Gesundheitsministerium wichtig ist darauf hinzuweisen, dass 70 Prozent der Infizierten bzw. Erkrankten Ausländer sind, ist mit Blick auf die geringe Zahl an Infektionen bzw. Erkrankungen darauf hinzuweisen, dass sich zwar jeder Ausländer, der in Jordanien leben und arbeiten möchte, einem HIV-Test unterziehen muss, das Bewusstsein der jordanischen Bevölkerung für diese Erkrankung jedoch relativ gering ist. Freiwillige und/oder routinemäßige HIV-Untersuchungen gibt es unter der jordanischen

Bevölkerung wenig. Insofern kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zahl der HIV-Infektionen bzw. AIDS-Erkrankungen besonders unter der jordanischen Bevölkerung höher ist, als die von offizieller Seite angegebenen 220 Fälle. Aufgrund der unzureichenden Akzeptanz von Verhütungsmitteln, und hier insbesondere von Kondomen, ist dies leider zu befürchten.

Was andere ansteckende Krankheiten wie Malaria und Tuberkulose sowie nicht ansteckende und nicht übertragbare Krankheiten wie Diabetes angeht, so ist insbesondere die letztgenannte Erkrankung in Jordanien relativ weit verbreitet. In den zurückliegenden 20 Jahren ist darüber hinaus ein signifikanter Anstieg des Cholesterinspiegels bei einem immer größeren Teil der Bevölkerung festzustellen. Inzwischen sollen 36 Prozent der Bevölkerung einen deutlich zu hohen Cholesterinwert haben, was ernsthafte Folgeerkrankungen und damit auch Kosten für das Gesundheitswesen nach sich ziehen kann. Eine Ursache für diese Auffälligkeit ist auf den hohen Anteil von Rauchern in der jordanischen Gesellschaft zurückzuführen.

Malaria war in Jordanien um das Jahr 1970 bereits ausgerottet. Seit 2000 treten vereinzelt wieder Fälle von Malaria auf, von denen man annimmt, dass sie zusammen mit den Gastarbeitern aus Ägypten, Afrika und vor allem Asien ins Land gelangen. Was Neuerkrankungen mit Tuberkulose angeht, so weisen die letzten Erhebungen aus dem Jahre 2010 die Erkrankung von 6 aus 100.000 in Jordanien lebenden Menschen aus. Insbesondere ansteckende Krankheiten wie Masern und Meningitis sind seit Beginn des starken Zustroms syrischer Flüchtlinge wieder im Anstieg begriffen, was auf den schlechten Impfstatus der Flüchtlinge zurückzuführen ist.

Die Entwicklungsziele, die bis 2015 nicht mehr oder nur noch dann erreicht werden können, wenn umgehend größere Anstrengungen unternommen werden

Nachdem bisher lediglich drei der acht Entwicklungsziele als bereits erreicht bzw. bei weiterer Entwicklung wie bisher als bis 2015 weitgehend erreichbar eingestuft wurden, gilt es im Folgenden einen Blick auf die fünf Entwicklungsziele zu werfen, die noch weiterer und vor allem umgehender Anstrengungen bedürfen, wenn sie bis Ende 2015 noch erreicht werden sollen. Zu drei dieser Entwicklungsziele, den Zielen 1, 3 und 7, leistet das Projekt der Hanns-Seidel-Stiftung in Jordanien einen Beitrag, der als Unterstützung der jordanischen Bemühungen zur Erreichung dieser Ziele verstanden wird.

Das Entwicklungsziel 1 - den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren, ist als eines der vordringlichsten MDGs zu bezeichnen.

Die Angaben der jordanischen Regierung für den zweiten Bericht zum Stand der MDGs lassen den Schluss zu, dass das erste Unterziel, die Halbierung des Anteils der Menschen, die weniger als 1,25 US-Dollar am Tag zum Leben haben, erreicht werden wird. Ausweislich des vorgenannten Berichtes lag der Anteil der Menschen, die 1992 in Jordanien unter extremer Armut lebten, bei 6,6 Prozent. Da die Statistiken bereits für das Jahr 2008 ein Wert von 0,75 Prozent ausweisen, kann davon ausgegangen werden, dass das Unterziel 1 erreicht werden wird.

Die Erreichung des zweiten Unterziels, die Herbeiführung von Vollbeschäftigung, stellt für Jordanien hingegen eine so große Herausforderung dar, dass dies auf absehbare Zeit nicht zu erreichen sein dürfte. Nach Einschätzung des Autors stellt die Schaffung von Voraussetzungen, dass im privaten Sektor mehr Arbeitsplätze entstehen (können), neben der Reform des Bil-

dungswesens, die größte Herausforderung an die jordanische Politik dar, von der nichts Geringeres als die weitere Stabilität des Landes abhängt.

Trotz einer Vielzahl ergriffener Maßnahmen, wie der stärkeren Einbindung Jordaniens in den regionalen und internationalen Handel (z.B. durch den Abschluss von Freihandelsabkommen), der Auflegung von Programmen zur Förderung von (Auslands-) Investitionen in Jordanien oder auch der stärkeren Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit dem privaten Sektor, öffnet sich die Schere zwischen denen, die in Jordanien eine auskömmliche Arbeit haben und denen, die einen Arbeitsplatz suchen, beständig weiter. Die von offizieller Seite gegenwärtig mit 14 Prozent angegebene Arbeitslosigkeit ist nur die Spitze des Eisbergs. Da sich große Teile der jordanischen Bevölkerung nicht (mehr) um einen Arbeitsplatz bemühen und aus diesem Grund auch nicht als Arbeit suchend gelten, fließen sie nicht in die Berechnung der offiziellen Arbeitslosenquote ein. In Ermangelung eines ausreichenden Zugangs zu entsprechenden Sozialsystemen ist dieser Personenkreis auf die Unterstützung durch die Familie angewiesen. Die Arbeitslosigkeit ist unter jungen Menschen, unter Akademikern und unter Frauen am höchsten, was nicht wirklich überraschend ist, wenn man die Situation vor Ort kennt.

Die Ursachen der Misere sind vielfältig und beginnen damit, dass Jordanien ein Land ohne nennenswerte Bodenschätze (abgesehen von Pottasche und Phosphat) und ohne wertschöpfende Industrie ist (abgesehen von einer nicht viele Arbeitsplätze schaffenden Pharmaindustrie und einer Textilindustrie, in der jedoch überwiegend Asiaten arbeiten). Die Sektoren, die am ehesten Arbeitsplätze in größerer Zahl schaffen könnten, sind die Landwirtschaft und der Dienstleistungssektor (und hier vor allem der Tourismusbereich, der seit dem Arabischen Frühling danieder liegt). Insbesondere die beiden letztgenannten Sektoren

kämpfen jedoch mit ihren ganz eigenen Problemen, die damit beginnen, dass große Teile der Bevölkerung nicht-akademische Berufe und Tätigkeiten in bestimmten Dienstleistungsbereichen bis heute ablehnen (Stichwort 'Culture of Shame'). Entsprechend ist der Anteil ausländischer Arbeitskräfte in den beiden vorgenannten Bereichen hoch. Gleiches gilt für den Bereich der Textilherstellung, die überwiegend in den im Nachgang des 1994 geschlossenen Friedensvertrags mit Israel geschaffenen Sonderwirtschaftszonen stattfindet.³ Von den in diesem Zusammenhang immer wieder genannten bis zu 80.000 Arbeitsplätzen, sollen annähernd 80 Prozent mit asiatischen Gastarbeitern vor allem aus Indien, Pakistan und Bangladesch besetzt sein (u.a. weil viele Jordanier die dort angebotene Arbeit als zu hart und zu schlecht bezahlt ablehnen).

So wie hinsichtlich der Ausbildung eine eindeutige Präferenz für eine akademische Ausbildung besteht, ist hinsichtlich der Arbeitsplatzsuche der öffentliche Sektor die erste Wahl (u.a. weil diese Arbeitsplätze tendenziell besser bezahlt, von der Arbeitszeit geregelter und begrenzt sowie last but not least weniger anstrengend sind).

Während in manchen Bereichen positive Veränderungen festzustellen sind (z.B. in der Tourismusbranche), gilt dies für andere Bereiche so gut wie nicht (z.B. in der Bauwirtschaft, in der Landwirtschaft und in der Textilherstellung). Die seit 2008 anhaltende internationale Finanz- und Wirtschaftskrise trägt ihren Teil dazu bei, dass immer größere Teile der jordanischen Jugend es schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Eine Appeasement-Politik in Form der Ausweitung des heute schon 300.000 Arbeitskräfte umfassenden öffentlichen Dienstes ist nicht die Lösung, zumal dieser Ansatz nicht zu mehr Effizienz des öffentlichen Sektors beiträgt, sondern stattdessen die ohnehin schon hohen Ausgaben für den öffentlichen Dienst weiter erhöht.⁴

Hinsichtlich des dritten Unterziels, den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden, wurden Verbesserungen erreicht. Die Erreichung der Zielvorgaben ist realistisch.

In die Gruppe der Ziele, die bis 2015 nur noch dann erreicht werden können, wenn die diesbezüglichen Anstrengungen erhöht werden, gehört auch das Ziel 3 - die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rechte von Frauen stärken.

Nach Angaben des jordanischen Bildungsministeriums war die Ausgangslage im Bezug auf das Verhältnis von Mädchen und Jungen auf allen Bildungsebenen bereits im Jahre 1990 gut. Im Bereich der Grundschulbildung waren zu diesem Zeitpunkt 47 Prozent der beschulten Kinder Mädchen. Dieser Wert hat sich bis 2010 auf knapp 49 Prozent verbessert, sodass der angestrebte Wert von 50 Prozent bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollte. In der Sekundarschulbildung betrug der Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl aller Schüler bereits 1990 in etwa 52,5 Prozent. Er hat sich seitdem sogar auf 55 Prozent im Jahr 2010 erhöht. Im Bereich der akademischen Bildung an Universitäten betrug der Anteil der Mädchen bzw. jungen Frauen an der Gesamtzahl aller Studenten 1990 bereits 43 Prozent (an staatlichen Universitäten - an den privaten Universitäten 19 Prozent). Die entsprechenden Werte haben sich bis 2010 auf 65 Prozent an staatlichen Universitäten und 24 Prozent an privaten Universitäten verbessert (im Durchschnitt aller Universitäten liegt dieser Wert bei 52 Prozent). Aus den Kennzahlen des akademischen Bildungsbereichs kann man den Schluss ziehen, dass mehr Mädchen als Jungen die höheren Eingangsvoraussetzungen für die staatlichen Universitäten erfüllen. Hingegen besuchen mehr Jungen private Universitäten, die einerseits geringere Eingangsvoraussetzungen haben, andererseits aber kostenpflichtig und damit teurer als die staatlichen Universitäten sind, wobei, pauschal gesagt, die meisten staatlichen Uni-

versitäten einen deutlich besseren Ruf als viele der privaten Universitäten genießen. Auch unter Einbeziehung der verbleibenden anderen akademischen Bildungseinrichtungen (z.B. Colleges) ändert sich nichts daran, dass in Jordanien mehr Mädchen als Jungen eine akademische Ausbildung durchlaufen. Bedauerlich und eine Verschwendung von Ressourcen ist, dass nur ein sehr geringer Teil dieser jungen Frauen am Ende auch einen Arbeitsplatz findet bzw. eine Arbeit aufnimmt.

Probleme gibt es hinsichtlich der beruflichen Bildung, die wie weiter oben bereits ausgeführt, in Jordanien kein hohes Ansehen genießt. Dieses negative Bild, vermischt mit weiteren Ressentiments und Vorurteilen, macht sich auch in dem geringen Anteil von Mädchen bzw. jungen Frauen bemerkbar, die eine berufliche Ausbildung durchlaufen. Im Referenzjahr 1990 betrug der Anteil des weiblichen Geschlechts an der beruflichen Bildung gerade einmal 26,5 Prozent. Dieser Wert hat sich bis 2010 zwar auf 32,5 Prozent verbessert, doch ist es geradezu ausgeschlossen, dass bis zum Jahre 2015 die Zielgröße von 50 Prozent noch erreicht wird.

Der Anteil von Mädchen und Frauen in entlohnten Beschäftigungsverhältnissen hat sich in den Jahren seit 1990 nicht wesentlich erhöht. Lag deren Anteil an der Gesamtheit aller Beschäftigten im Jahre 1991 bei elf Prozent, so ist er bis 2009 auf gerade einmal 16,2 Prozent gestiegen. Eine zu Jahresbeginn 2014 veröffentlichte Studie des "Phenix Centre for Economic and Informatic Studies" kommt zu dem Ergebnis, dass dieser Wert für das Jahr 2013 nur noch bei 14,1 Prozent liegt. Den höchsten Beschäftigungsanteil von Frauen weist der Studie zu Folge der Bildungssektor (43,2 Prozent) auf. Lehrerin ist ein für Frauen akzeptierter Beruf. Auf den Plätzen folgen der Gesundheitssektor (14,9 Prozent) und das produzierende Gewerbe (7,4 Prozent).⁵ Die Beschäftigungsquote von Frauen ist selbst im Kontext der arabischen Welt eine der nied-

rigsten. Lediglich im Jemen soll die Beschäftigungsquote von Frauen noch geringer sein als in Jordanien.

Was die Zahl weiblicher Abgeordneter im jordanischen Parlament anbelangt, so ist diese seit 1990 kontinuierlich gestiegen. Dem ausschließlich vom König ernannten 75-köpfigen Senat, dem Oberhaus, gehören derzeit acht Frauen an. Dem vom Volk gewählten 150-köpfigen jordanischen Repräsentantenhaus, dem Unterhaus, 18 Frauen.

In einer Gesamtbewertung des bisher Erreichten kommt die jordanische Regierung zu dem Schluss, dass die Entwicklung in Bezug auf das Entwicklungsziel 3 hinter dem zurückgeblieben ist, was man sich selbst zum Ziel gesetzt hat. Die Gründe für das Nichterreichen dieses Zieles sind vielfältig. Sie sind in einem insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit den daraus resultierenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt (ein zu geringes Angebot an Arbeitsplätzen), aber auch im gesellschaftlichen Umfeld der Frauen zu suchen (die angebotenen Arbeitsplätze entsprechen entweder nicht den Vorstellungen der Frauen oder sie sind nicht gesellschaftlich akzeptiert oder die Frauen wollen bzw. dürfen nach ihrer Heirat grundsätzlich nicht mehr arbeiten). Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe weiterer Gründe, warum es für Frauen in Jordanien nicht leicht ist, einer geregelten Arbeit nachzugehen.

Dazu gehören Probleme wie die Vereinbarkeit von Familie bzw. Kindererziehung und Beruf, aber auch das Fehlen zuverlässiger öffentlicher Verkehrsmittel, was in den meisten Fällen den Besitz eines Autos zur Voraussetzung dafür macht, dass eine Tätigkeit aufgenommen werden kann.

Auch das Entwicklungsziel 4 - die Kindersterblichkeit verringern, gehört zu den Zielen, die bis 2015 nur noch schwerlich zu erreichen sein dürften.

Die Vorgabe für dieses Ziel lautet, die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren im Zeitraum 1990 - 2015 um zwei Drittel zu senken. Ausgehend von einer Sterblichkeitsrate von 39 pro 1.000 Lebendgeburten im Jahre 1990, ist diese ausweislich jordanischer Angaben bis zum Jahre 2007 auf 21 gefallen, danach aber wieder signifikant angestiegen. Der letzte verfügbare Wert weist aus, dass die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren im Jahre 2009 bereits wieder bei 28 gelegen hat und die Zielgröße von 13 pro 1.000 in den verbleibenden fünf Jahren vermutlich nicht mehr erreicht werden kann. Die Meinungen darüber, wie sich die Kindersterblichkeit innerhalb von nur drei Jahren wieder so stark erhöhen können, gehen auseinander. Eine Reihe von Experten ist der Auffassung, dass der starke Rückgang in den Jahren von 1990 - 2007 so wie dargestellt überhaupt nicht stattgefunden hat, mithin Erfassungsfehler früherer Jahre dafür verantwortlich sind, dass der entsprechende Wert nach 2007 wieder so vermeintlich stark gestiegen ist.

Das Entwicklungsziel 7 - den Schutz der Umwelt verbessern, ist ein weiteres Ziel das bis 2015 nicht in dem Umfang erreicht werden kann, wie es die Zielvorgaben vorsehen.

Die Tatsache, dass das gesteckte Ziel in Bezug auf den Schutz der Umwelt nicht zur Gänze erreicht werden wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Jordanien insbesondere auch auf diesem Gebiet in den zurückliegenden 20 Jahren große Anstrengungen unternommen hat. Es ist nicht vermessen zu schreiben, dass Jordanien, was den Schutz der Umwelt angeht, in der arabischen Welt sogar so etwas wie eine Vorreiterrolle übernommen hat. Selbstredend ist nicht alles in dem Maße gelungen und realisiert worden, wie dies zu Anfang geplant war. Bei der Bewertung des Erreichten muss man jedoch auch berücksichtigen, mit welchen Herausforderungen das Land konfrontiert ist und welche Ressourcen zur Ver-

fügung stehen, um diesen Herausforderungen entgegenzutreten.

Was das Unterziel 1 - die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme integrieren und den Verlust von Umweltressourcen umkehren betrifft, so ist nicht nur aber auch für den Bereich des Umwelt- und Naturschutzes festzustellen, dass es Jordanien nicht an gesetzlichen Grundlagen mangelt, sondern vielmehr an der konsequenten Umsetzung derselben.

Jordanien verfügt seit dem Jahre 2006 über eine Einrichtung, die, als Umweltpolizei ins Leben gerufen, zunächst eine Abteilung der jordanischen Polizei war und damit dem Innenministerium unterstanden hat. Im Dezember 2008 wurde diese Abteilung in "The Royal Department for Environment Protection" umbenannt und dem jordanischen Umweltministerium unterstellt. Diese Einrichtung, deren Mitarbeiter umgangssprachlich als 'Umwelt-Ranger' bezeichnet werden und Uniform tragen, verfügt aktuell über rund 650 Beamte, die in allen Teilen des Landes an die jeweiligen Polizeistationen angegliedert sind. Deren Aufgabe besteht darin, durch das Überwachen bestehender Umweltgesetze einen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz in Jordanien zu leisten und darüber hinaus für Betriebe und Bürger als Berater in Umweltfragen zur Verfügung zu stehen. Man kann sie, was Umweltfragen betrifft, als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft bezeichnen. So freundlich und hilfsbereit die Umwelt-Ranger auch auftreten, so wenig hat es bisweilen leider den Anschein, als dass sie den zahlreichen Verstößen gegen bestehende Gesetze Einhalt gebieten können. Die Gründe hierfür sind nicht alleine bei den Rangern zu suchen. Sie sind vielmehr auch in einer Gesellschaft zu suchen, die bis heute in großen Teilen leider noch nicht das Verständnis für Umweltbelange entwickelt hat, das angesichts so großer Herausforderungen wie Energieknappheit und Wassermangel notwendig ist.

Ansätze zu einem veränderten Bewusstsein in Umweltfragen sind zweifelsohne festzustellen. Sie stehen allerdings in direkter Konkurrenz zu den Herausforderungen des täglichen Lebens, die Umweltthemen schnell in den Hintergrund treten lassen. Dies gilt gleichermaßen für die Politik, wie auch für die Gesellschaft.

Dennoch gibt es Fortschritte zu vermelden. So hat sich der Teil der jordanischen Landesfläche, der bewaldet ist, von knapp 400 km² im Jahre 1990 auf etwas über 800 km² im Jahre 2010 verdoppelt. Angesichts der geringen und zwischenzeitlich auch wieder im Rückgang begriffen gewesenen Waldfläche ist darauf hinzuweisen, dass so gut wie alles, was in Jordanien angebaut bzw. gepflanzt wird, künstlich bewässert werden muss. Und das vor dem Hintergrund, dass Jordanien zu den vier wasserärmsten Ländern der Erde zählt und seit geraumer Zeit jedes Jahr ungefähr zweimal so viel Wasser verbraucht, wie für die Regeneration der ausgebeuteten Wasserreserven notwendig ist.

Die Senkung ozonschädigender Substanzen kann als erfüllt gelten, da deren Verkauf und Verwendung seit 2008 verboten ist. Tatsächlich sollen seit dieser Zeit auch keine derartigen Substanzen mehr im Umlauf sein. Was die Reduktion des CO₂-Austosses anbelangt (sowohl absolut als auch pro-Kopf), so sind darüber in Jordanien keine genauen Zahlen verfügbar, weshalb der Grad der Zielerreichung nicht überprüft werden kann. Was man sagen kann ist, dass Jordanien sowohl absolut als auch pro-Kopf betrachtet im internationalen Vergleich wenig Emissionen ausstößt. Mit der Zunahme der Bevölkerung, dem Anstieg des Verkehrsaufkommens und dem angestrebten Ausbau der industriellen Produktion, dürfte jedoch auch ein Anstieg der CO₂-Emissionen verbunden sein.

Der pro-Kopf-Wasserverbrauch ist in Jordanien seit der Staatsgründung deutlich gesunken. Lag er 1946 noch bei rund 3.600

m³ pro Jahr, so ist er bis 2008 auf 150 m³ gesunken (weltweit liegt der entsprechende Wert bei 1.385 m³, in Deutschland bei 1.426 m³ und pro US-Amerikaner sogar bei 2.842 m³).⁶ Für diesen deutlichen Rückgang sind mehrere Faktoren verantwortlich. Zum einen der starke Anstieg der Bevölkerung von etwas mehr als einer halben Million Menschen im Jahre 1946, auf rund 5,9 Millionen im Jahre 2008 (und rund sieben Millionen aktuell). Zum zweiten die nicht nachhaltige Nutzung vorhandener Wasserreserven, was in Verbindung mit seit Jahren zurückgehenden Niederschlägen einen kontinuierlichen Rückgang des Grundwassers zur Folge hat. Darüber hinaus spielen die nach wie vor sehr hohen Wasserverluste durch ein veraltetes und zunehmend marodes Kanalnetz sowie die bis heute nur geringe Wiederaufbereitung von so genanntem Grauwasser eine nicht unwesentliche Rolle dabei, dass den Menschen im Laufe der Zeit immer weniger Wasser zur Verfügung gestanden hat. Last but not least kamen zu dem starken Bevölkerungswachstum in den Jahren seit der Staatsgründung noch verschiedene Flüchtlingswellen hinzu, die den Druck auf die Wasservorräte weiter erhöht haben.

Von Wasserarmut spricht man, wenn der pro-Kopf-Verbrauch innerhalb eines Jahres unter 1.000 m³ liegt. Während nach Berechnungen niederländischer Wissenschaftler der Universität Twente weltweit rund 92 Prozent aller Wasserressourcen in der Landwirtschaft verbraucht werden, beläuft sich dieser Wert, das Jahr 2008 betreffend, für Jordanien auf 63 Prozent. Die Zielvorgabe für Jordanien lautet, diesen Anteil bis 2015 auf 60 Prozent zu senken. Während die Industrie weltweit rund 4,4 Prozent aller Wasserressourcen verbraucht, sind dies in Jordanien im Jahre 2008 rund fünf Prozent gewesen. Dieser Wert ist in Jordanien relativ konstant und identisch mit der Zielvorgabe für 2015. Der häusliche Wasserverbrauch soll weltweit bei lediglich 3,6 Prozent aller Wasserressourcen liegen. In Jordanien lag er im Jahre 2008 bei 32 Prozent. Jorda-

nien liegt damit jedoch immer noch unter dem für 2015 gesetzten Ziel von 35 Prozent. Darüber hinaus ist Jordanien bemüht, die Nutzung von Grauwasser durch Wiederaufbereitung zu erhöhen. So wird daran gearbeitet, immer mehr Haushalte an das Kanalnetz anzuschließen, dieses weiter auszubauen (derzeit sind rund 30 Prozent aller Haushalte daran angeschlossen) und den Bau von Kläranlagen voranzutreiben. Aktuell werden in Jordanien in 27 Kläranlagen pro Jahr rund 122 Millionen Kubikmeter Wasser aufbereitet.⁷ Der Großteil des aufbereiteten Wassers findet in der Industrie Verwendung. Ein geringer aber zunehmender Teil in der Landwirtschaft. Letzteres stößt bis heute auf Vorbehalte, weil man befürchtet, dass das aufbereitete Wasser nicht 'halal', d.h. erlaubt ist. Saudi-Arabien hat bis 2012 den Import landwirtschaftlicher Produkte aus Jordanien verweigert, die mit derartig aufbereitetem Wasser bewässert worden waren.

Für das Unterziel 2 - den Verlust von Artenvielfalt reduzieren und dabei bis 2010 bereits eine signifikante Reduzierung erreichen, wurden zwei Indikatoren festgelegt. Der erste Indikator hat bis Ende 2015 die Ausweisung von Naturschutzgebieten im Umfang von 1,4 Prozent der Landesfläche zum Ziel. Aktuell hat Jordanien neun Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 1.351 km² ausgewiesen.⁸ Dies entspricht rund 1,5 Prozent der Landesfläche. Zwei weitere Gebiete mit 0,6 Prozent der Landesfläche warten auf ihre Ausweisung als Naturschutzgebiete. Der zweite Indikator, den Anteil der Tiere und Pflanzen, die gemessen an ihrem Gesamtbestand von der Ausrottung bedroht sind verringern, gibt ein uneinheitliches Bild ab. Nach letzten vorliegenden Erkenntnissen geht die Artenvielfalt in Jordanien trotz vielfacher Bemühungen weiter zurück. Der Prozentsatz bedrohter Tier- und Pflanzenarten hat in manchen Bereichen zugenommen, gleichwohl ergriffene Maßnahmen in anderen Bereichen auch zu Verbesserungen geführt haben. So ist in den zurückliegenden Jahren, pauschal betrach-

tet, der Anteil von Vögeln und Reptilien, die vom Aussterben bedroht sind, leicht angestiegen, während der Anteil der vom Aussterben bedrohten Säugetiere leicht zurückgegangen ist.

Projekte der HSS

Zur Verbesserung des Umwelt- und Naturschutzes, nicht nur in Jordanien, sondern in der gesamten MENA-Region (Middle East & North Africa), unterstützt die Hanns-Seidel-Stiftung ihren jordanischen Partner, die "Royal Society for the Conservation of Nature - RSCN"⁹, beim Aufbau einer auf den regionalen Bedarf hin ausgerichteten Akademie für Naturschutz, die derzeit im Gouvernement Ajloun, in unmittelbarer Anlehnung an das Naturschutzgebiet von Ajloun, im Entstehen ist. Sie soll Mitte 2014 eröffnet werden. Zusammen mit der Naturschutzakademie Niedersachsen, der "Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz - NNA"¹⁰, wurde 2013 ein umfassendes Ausbildungsprogramm zu dem vorgenannten Thema, dem Schutz und Erhalt der Artenvielfalt ("Biodiversity Conservation"), erarbeitet, anhand dessen ab der zweiten Jahreshälfte 2014 an der Naturschutzakademie in Ajloun eine Ausbildung für Mitarbeiter von im Umwelt- und Naturschutz tätigen Organisationen, staatlichen wie nicht-staatlichen, stattfinden soll. Diese Programme sollen auf Wunsch des Umweltministeriums auch die bereits genannten Umwelt-Ranger durchlaufen, was damit Teil ihrer Ausbildung wird. Ein Ausbildungsprogramm, welches zum Ziel hat, Arbeitsplätze im Bereich Umwelt- und Naturschutz zu schaffen, die darauf ausgerichtet sind, den umweltverträglichen Tourismus ("Eco-Tourism") in Jordanien und in der gesamten MENA-Region zu fördern, um so wichtige Einnahmen, die zumindest teilweise zurück in den Umwelt- und Naturschutz sowie in die ländliche Entwicklung fließen sollen, zu generieren, ergänzt das Programm zum Schutz der Artenvielfalt.

Mehr zu unserer Arbeit unter www.hss.de/jordanien

Das Erreichen des Unterziels 3 - bis 2015 die Zahl der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu unbedenklichem Trinkwasser und zu grundlegenden sanitären Einrichtungen haben, ist hingegen wieder als fragwürdig zu bezeichnen, nach dem es bis 2011 so ausgesehen hat, als ob die Zielvorgaben erreicht werden könnten.

Der Zustrom einer immer größer werdenden Zahl syrischer Flüchtlinge nach Jordanien stellt das Erreichen des vorgenannten Unterziels jedoch in Frage. Genauso wie auch einige andere der zuvor genannten Ziele und Unterziele. Vor allem diejenigen, die Armut, Bildung und Gesundheit zum Inhalt haben. Stand 31. Dezember 2013 waren beim Flüchtlingshilfswerk der VN für Jordanien 576.354 syrische Flüchtlinge registriert¹¹, von denen rund 70 Prozent nicht in Flüchtlingslagern, sondern in Städten und Dörfern leben, wo diese den Druck auf die ohnehin knappen Ressourcen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser und Energie weiter erhöhen. Die VN gehen davon aus, dass über die vorgenannten rund 580.000 registrierten Flüchtlinge hinaus eine vermutlich ebenso große Zahl syrischer Flüchtlinge ohne Registrierung in Jordanien lebt.

Als letztes steht das Entwicklungsziel 8 - Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft, im Fokus.

Jordanien hat zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die u.a. die stärkere Einbindung der jordanischen Wirtschaft in den regionalen und internationalen Handel zum Ziel hatten. Dazu gehörte die Öffnung der Grenzen für ausländische Produkte und die Liberalisierung des Binnenmarktes. In Verbindung mit der Privatisierung eines großen Teils seiner Staatsbetriebe (z.B. der Fluglinie 'Royal Jordanian'; der beiden Gesellschaften, die den Abbau und die Vermarktung von Phosphat und Pottasche inne haben oder des staatlichen Telekommunikationsanbieters

'Jordan Telecom' etc.) hat dies in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, genauer gesagt bis 2008, zu einem deutlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums geführt. Bedauerlicherweise hatten die hohen Wachstumszahlen der Wirtschaft nicht einen vergleichbaren Anstieg des Angebots an Arbeitsplätzen zur Folge. Im Gegenteil. In den privatisierten Staatsbetrieben drängten die neuen Eigentümer, um die Wirtschaftlichkeit ihrer Unternehmen zu erhöhen, zunächst einmal auf den Abbau des Personals, das der Staat zuvor, vielfach ohne wirklich bestehenden Bedarf, eingestellt hatte. Viele der neu entstandenen Arbeitsplätze gingen auch an ausländische Arbeitskräfte, was insbesondere für den Bausektor, aber auch für den Textilbereich und in geringerem Maße auch für andere Bereiche galt. Dies alles hat dazu geführt, dass nicht wenige die Privatisierung der Staatsbetriebe als den größten wirtschaftspolitischen Fehler seit der Gründung Jordaniens bezeichnen. Ein hartes und in dieser Pauschalität auch nicht gerechtfertigtes Urteil, das jedoch ein Schlaglicht auf die jordanische Wirtschaftspolitik wirft. Dass in der besagten Zeit jedoch Fehler gemacht worden sind, räumt die Politik heute ohne Umschweife ein. Die Politik ging auf Druck der Straße im Verlauf des Arabischen Frühlings sogar soweit, die Überprüfung der Privatisierung einzelner Staatsbetriebe zuzusagen.

Die Öffnung des jordanischen Marktes hatte jedoch auch noch andere, von vielen auch als negativ angesehene Aspekte. So mussten sich eine Reihe jordanischer Produkte mit einem Mal gegenüber internationaler Konkurrenz behaupten, die nicht selten Kosten- und Standortvorteile hatten (z.B. in Bezug auf die Lohn- und Energiekosten). Als Positivum ist anzuführen, dass durch die Marktöffnung auch in Jordanien sich zunehmend internationale Standards durchgesetzt haben, was man daran erkennt, dass Betriebe und Unternehmen zunehmend Wert auf eine Zertifizierung legen.

Unzweifelhaft ist, dass das Wirtschaftswachstum der ersten Jahre des 21. Jahr-

hunderts zu mehr Investitionen, zu höheren Staatseinnahmen, zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse einer Reihe von Menschen sowie zu einer stärkeren Integration in den Welthandel geführt hat.

Die staatliche Verwaltung und die Beamtenbürokratie konnten mit dieser Entwicklung nicht mithalten. Bis heute bremst sie mit ihrer Bürokratie, ihrer langsamen Arbeitsweise sowie ihrer zunehmenden Entscheidungsunlust und Besessenheit, für fast alles eine Vielzahl von (kostenpflichtigen) Genehmigungen und Dokumenten haben zu wollen. Es sind Fälle bekannt, wo potentielle Investoren nach zwei Jahren entnervt aufgegeben und sich zurückgezogen haben. Dies alles lässt Investitionen, insbesondere für ausländische Investoren, bisweilen zu einem Vabanquespiel werden, weshalb man immer wieder hört, dass Unternehmen vor Investitionen in Jordanien zurückschrecken. Vor dem Hintergrund des zusätzlich stattgefundenen Rückgangs ausländischer Investitionen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 (minus 14,3 Prozent alleine in 2009) eine Entwicklung, der die Politik schnellstens entgegentreten muss. Das Problem ist seitens der jordanischen Regierung erkannt. Alleine es zu lösen dürfte keine leichte Aufgabe sein und vor allem Zeit im Anspruch nehmen, die das Land eigentlich immer weniger hat.

Dass die hohen Wachstumsraten der Jahre 2002 - 2008 ihren Beitrag zur Verringerung der Armut in Jordanien geleistet haben (siehe Entwicklungsziel 1), kann man so wenig in Abrede stellen wie die Tatsache, dass es trotz allem auch nicht wenige Jordanier gibt, die von diesem Wachstum nicht oder nur sehr begrenzt profitiert haben.

Das jordanische Königshaus ist bemüht, die Voraussetzungen für eine gute Regierungsführung zu verbessern. Die 14. Regierung und der 12. Premierminister seit 1999 (davon acht Regierungen, sechs Premierminister und 185 Minister alleine seit 2008)

lassen jedoch erahnen, dass politische Kontinuität, die für wirtschaftliche Investitionen so wichtig ist wie Sicherheit und Stabilität, anders aussieht. Das jordanische Parlament wurde in den Jahren seit 2007 dreimal gewählt - und zweimal nach nur zwei Jahren wieder aufgelöst. Die einzige politische Konstante Jordaniens ist das Königshaus, woran auch der Arabische Frühling nichts geändert hat. Die Jordanier wissen, welche Bedeutung das Königshaus für die Stabilität ihres Landes hat. Insbesondere in der aktuell schwierigen Zeit.

In dem Maße, wie das Wirtschaftswachstum seit 2008 zurückgegangen ist, nahm die in- und ausländische Verschuldung zu. Unter anderem forderte der weit überdimensionierte öffentliche Dienst seinen Tribut. Die Einstellungen in denselben gingen trotzdem weiter, weil alles andere zu Beginn des Jahres 2011, als der Arabische Frühling auch Jordanien erreichte, nur noch zu mehr Protesten geführt hätte. Ein nicht geringer Teil des Haushalts für 2014, immerhin mehr als 25 Prozent, kann durch eigene Einkünfte, die im Wesentlichen aus Steuern und Zöllen bestehen, nicht mehr gedeckt werden. Andererseits hat man nur wenig Spielraum, um auf der Ausgabenseite kurzfristig Einsparungen vorzunehmen. Das so bestehende Defizit muss entweder über finanzielle Hilfen des Auslands oder aber über eine weitere Erhöhung der Verschuldung, die 2013 geschätzte 80 Prozent des BIP erreicht hat, gedeckt werden.

Die im zweiten Bericht zum Stand der Erreichung des MDG 8 getroffenen positiven Aussagen sind so in Teilen derzeit nicht mehr zutreffend. Dort sich bereits abzeichnende negative Kennzahlen wie der deutliche Rückgang des Wirtschaftswachstums, der Anstieg des Handels- und Haushaltsdefizits, der Verschuldung sowie der Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen haben sich entweder weiter verschlechtert, oder aber nur geringfügig verbessert. Die seit 2011 angestiegenen Finanzhilfen des Auslands, und hier vor allem der USA und

der Golfstaaten, haben die vorgenannte schlechte Entwicklung nicht ausgleichen können. Die USA gewähren Jordanien gegenwärtig Hilfen, deren finanzieller (jährlicher) Umfang zuletzt bei mehr als einer Milliarde US-Dollar gelegen hat. Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate haben Jordanien 2012 mit einem Investitionspaket im Umfang von fünf Mrd. US-Dollar unter die Arme gegriffen. Das Geld kommt über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Auszahlung. Die bisher geflossenen Gelder sollen überwiegend zum Ausbau der Infrastruktur (Straßenbau, Bau von Krankenhäusern, Verbesserung der Energie- und Wasserversorgung sowie des Kanalnetzes etc.) verwendet werden, gleichwohl es an Planungskapazitäten mangeln soll, die bereitgestellten Mittel zügig in Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus hat der Internationale Währungsfond im Jahre 2012 einen so genannten Stand-by-Kredit in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar bewilligt, der Jordaniens finanzielle Engpässe überwinden helfen soll (dieser Kredit ist allerdings an Reformen wie z.B. den Abbau von Subventionen geknüpft). Es ist derzeit nicht vorstellbar, dass sich das Land eines Tages einmal aus seinen eigenen Einnahmequellen finanzieren kann. Am deutlichsten kann man das daran erkennen, dass das gesamte Steuer- und Zollaufkommen gerade einmal ausreicht, um die Gehälter und Pensionen der Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Sicherheitsdienste zu finanzieren.

Für dringende Investitionen in den Bildungs- und Gesundheitsbereich stehen so gut wie keine eigenen Einnahmen zur Verfügung. Jordanien wird von daher nicht zu Unrecht als klassischer Rentier- bzw. Rentenstaat, seine Wirtschaftsform als Rentenökonomie bezeichnet. So wenig Jordanien anzulasten ist, dass es seit seiner Staatsgründung immer wieder unter den politischen Instabilitäten seiner Nachbarländer zu leiden hatte, dass es über so gut wie keine Bodenschätze verfügt, dass es aus vielerlei Gründen, bis auf wenige Ausnah-

men, nicht in der Lage ist, eine leistungs- und konkurrenzfähige Industrie aufzubauen, so sehr muss Jordanien darauf Wert legen, noch mehr als bisher eine auf Nachhaltigkeit hin ausgerichtete Politik zu betreiben. Dass dies in dem schwierigen Umfeld, in dem sich das Land befindet, leichter geschrieben als getan ist, ist dem Autor sehr wohl bewusst.

Die Post-2015 Entwicklungs-Agenda aus der Sicht Jordaniens

Zur Vorbereitung auf die Zeit nach 2015, wenn die MDGs auslaufen, fanden im Zeitraum September 2012 - Mai 2013 in Jordanien die eingangs genannten Konsultationen für die Erstellung der Empfehlungen zur Post-2015 Entwicklungs-Agenda statt. Am 24. Oktober 2013 stellten die VN die Ergebnisse vor, die in dem Bericht "Messages for the Future We Want - Priorities emerging from the national consultations on the post-2015 development agenda in Jordan" zusammengefasst sind.¹²

Die Konsultationen fanden in einem Zeitraum statt, in dem immer deutlicher wurde, dass sich Jordanien zumindest derzeit auf dem Weg einer Entwicklung befindet, die eine Reihe bereits erreichter Entwicklungsziele wieder zu gefährden droht.

Mit Interesse und großer Ernsthaftigkeit haben mehr als 2.500 Jordanier an den Veranstaltungen im Rahmen des Konsultationsprozesses teilgenommen. Sie kamen aus allen Gouvernements, aus Städten wie aus ländlichen Gebieten, Männer wie Frauen, Ältere wie Jugendliche, Mitarbeiter staatlicher und nicht-staatlicher Einrichtungen sowie Akademiker als auch Menschen, die nur über eine geringe schulische bzw. berufliche Ausbildung verfügten. Die Themen, die im Rahmen der Veranstaltungen am meisten diskutiert wurden, waren Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Umwelt.

Parallel zu den inzwischen abgeschlossenen Konsultationen haben bis heute mehr als 39.000 Jordanier auf einer von den Ver-

einten Nationen eingerichteten Internetseite www.myworld2015.org zum Ausdruck gebracht, was ihrer Meinung nach die globalen Entwicklungsziele für die Zeit nach 2015 sein sollten. Insbesondere Jugendliche und Frauen, denen in der arabischen Welt für gewöhnlich nicht sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, wussten die Möglichkeit der Abstimmung im Internet zu schätzen. Eine Auswertung der bisher im Internet abgegebenen Voten zeigt, dass das Thema 'Beschäftigung' bzw. 'Arbeitsplätze' an erster Stelle steht. 'Bildung', 'Gesundheitsversorgung' und 'verantwortungsvolle Regierungsführung' folgen auf den Plätzen zwei bis vier. Bei insgesamt 16 möglichen Nennungen nimmt die Gleichberechtigung von Männern und Frauen derzeit den zehnten Platz ein (gefolgt von den Forderungen nach mehr politischer Freiheit und weniger politischer Diskriminierung und Verfolgung). Überraschend ist, dass die Umweltthemen 'Schutz der Meere, Wälder und Flüsse' und 'Maßnahmen zum Klimaschutz' bisher nur auf den Plätzen 15 und 16, mithin auf den letzten beiden Plätzen zu finden sind.

Mit Stand 31. Dezember 2013 haben sich an der Abstimmung im Internet weltweit rund 1,3 Millionen Menschen beteiligt. Darunter 39.000 Jordanier und 4.400 Deutsche. Interessant ist auch zu sehen, wie stark die Zahl der bisherigen Teilnehmer an der Abstimmung nicht nur von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent, sondern vor allem auch zwischen den vier Gruppen des "Human Development Index - HDI" schwankt.¹³

Die bisher vorliegenden Ergebnisse lassen den stark vereinfachten Schluss zu, dass die Zahl der Menschen, die bisher an der Abstimmung teilgenommen haben, mit abnehmendem HDI-Wert des Landes, aus dem diese Menschen kommen, zunimmt. Dass diese Schlussfolgerung für die Gruppe der Länder mit den niedrigsten HDI-Werten nicht zutrifft, könnte u.a. daran liegen, dass die Menschen in diesen Ländern nicht in dem Maße Zugang zum Internet haben, wie

das in den Ländern der anderen drei Gruppen der Fall ist. Darüber hinaus sind für eine belastbare Schlussfolgerung im vorgenannten Sinne natürlich auch nicht die absoluten, sondern die relativen Teilnehmerzahlen heranzuziehen.

Dass die Menschen, die aus Ländern mit einem niedrigen HDI-Wert kommen, ein besonderes Interesse an weiterer und möglichst nachhaltiger Entwicklung haben, ist verständlich. Dass Industrieländer und sich industriell entwickelnde Länder wie die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) sich bei Konferenzen, die den Schutz von Umwelt und Natur zum Inhalt haben, zögerlich und zurückhaltend verhalten (z.B. beim Klimaschutz), kann nachvollzogen werden. Die Kunst der Diplomatie besteht daher darin, die unterschiedlichen Interessen so auszubalancieren und auszustarieren, dass am Ende mehr als der kleinste gemeinsame Nenner dabei herauskommt.

HDI-Wert	Teilnehmer
sehr-hohe-menschliche-Entwicklung (0,800--1,00)	~150.000
hohe-menschliche-Entwicklung (0,711--0,799)	~170.000
mittlere-menschliche-Entwicklung (0,535--0,710)	~570.000
niedrige-menschliche-Entwicklung (0,000--0,534)	~410.000

Quelle: Abstimmungsergebnisse der Internetseite www.myworld2015.org und eigene Berechnungen, Stand 31.12.2013.

Die Empfehlungen, die im Rahmen der Konsultationen in Jordanien zusammengetragen worden sind und die in den oben erwähnten Bericht eingeflossen sind, lassen sich, ergänzt um die eigene Einschätzung, wie folgt zusammenfassen:

1. Es besteht dringender Bedarf dahingehend, die Qualität der Bildung auf allen Ebenen weiter zu verbessern. Der Zugang zu den staatlichen Universitäten muss sich stärker als bisher an der Qualifikation des Einzelnen, denn an der aktuell bestehenden Quote¹⁴ für einzelne Berufs- und Bevölkerungsgruppen orientieren.
2. Mit Bezug auf den Arbeitsmarkt und die Möglichkeit, dort einen Arbeitsplatz zu fin-

den, müssen die Ausbildungs- und Lehrinhalte der beruflichen Bildung bzw. der Universitäten stärker als bisher auf den Bedarf des Arbeitsmarktes hin ausgerichtet werden. Hierzu bedarf es auch einer Verbesserung der Grundbildung und der Lehrmethoden.

3. Um die besonders unter jungen Menschen und Akademikern sehr hohe Arbeitslosigkeit zu verringern, wird neben einem höheren Wirtschaftswachstum vor allem auch eine veränderte Haltung der Gesellschaft zu bestimmten Berufen und Tätigkeiten für unabdingbar gehalten (Stichwort 'Culture of Shame').

4. Eine Stärkung des privaten Sektors zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist so unabdingbar wie die Notwendigkeit, mehr Menschen Chancen auf eine selbstständige Tätigkeit zu eröffnen.

5. Die Bekämpfung von Armut und der gleichberechtigte Zugang zu sozialen Einrichtungen müssen weiter voran getrieben und verbessert werden. Ein besonderes Augenmerk ist auf Randgruppen wie Behinderte, Waisen, ältere Menschen und Alleinstehende zu richten.

6. Die nach wie vor bestehenden Vorurteile hinsichtlich der Gleichstellung und der Gleichberechtigung der Geschlechter müssen noch stärker als bisher überwunden werden.

7. Die Zugangsmöglichkeiten für Frauen in höhere politische Ämter und führende wirtschaftliche Positionen müssen weiter verbessert werden (nicht alleine durch Quoten, sondern vor allem auch durch den Abbau diesbezüglich bestehender, häufig traditionell begründeter Vorbehalte).

8. Die Achtung der Menschenrechte, die Einhaltung von Grundrechten wie Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, die Unabhängigkeit der Medien sowie eine verantwortliche Regierungsführung und eine Parlamentsarbeit zum Wohle aller Menschen müssen weiter verbessert werden.

9. Das Bewusstsein für Themen des Umwelt- und Naturschutzes sowie für den verantwortlichen Umgang mit knappen Ressourcen wie Wasser und Energie muss ver-

bessert werden. Nachhaltigkeit und der Schutz der Umwelt müssen im Mittelpunkt aller Überlegungen in Bezug auf die Entwicklung neuer Entwicklungsstrategien und die Verbesserung des Wirtschaftswachstums stehen.

Als Fazit ist festzustellen, dass Jordanien in den zurückliegenden Jahren einiges von dem erreicht hat, was es sich selbst zum Ziel gesetzt hat und was in den MDGs ausformuliert worden ist. Neben den Herausforderungen, die sich aus seiner geografischen Lage in einer der Krisenregionen der Welt ergeben und die in den zurückliegenden drei Jahren eher größer, denn kleiner geworden sind, stellen vor allem das nach wie vor hohe Bevölkerungswachstum, der hohe Anteil junger Menschen ohne Arbeit und mit geringen Zukunftsperspektiven sowie die in unregelmäßigen Abständen immer wieder ins Land strömenden Flüchtlinge aus den angrenzenden Ländern das Land vor Probleme, die es ohne die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft nicht lösen kann. Darüber hinaus muss das Land noch weit mehr als bisher eine auf Langfristig- und Nachhaltigkeit hin ausgerichtete Politik betreiben. In einem Land ohne nennenswerte Bodenschätze und mit wenig Finanzkapital, kommt der Entwicklung des Humankapitals eine wesentliche Bedeutung zu. Hierzu bedarf es einer umfassenden Reform des bestehenden Bildungssystems, der Gewährleistung eines gleichberechtigten und sich an Leistungskriterien festmachenden Zugangs zu den höheren Bildungseinrichtungen sowie der Schaffung von verlässlichen Voraussetzungen und Anreizen für den Privatsektor, da nur dieser die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen kann. Dazu gehört auch, bestehende Vorbehalte gegenüber Teilen der Gesellschaft, namentlich Frauen, abzubauen, das bestehende Klientelsystem zu verringern und durch ein stärker leistungsorientiertes System zu ersetzen. Last but not least ist es wichtig, den Einsatz knapper Ressourcen nachhaltiger und wirtschaftlicher zu gestalten und den 'Verbrauch' von Umwelt so

gering als möglich zu halten. Alles in allem ein Bündel an Maßnahmen, die nicht nur sorgsam gegeneinander abgewogen werden müssen, sondern mit deren Umsetzung eher gestern als heute begonnen werden muss.

|| THOMAS GEBHARD

Auslandsmitarbeiter Jordanien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. UN (2013): A new global partnership - Eradicate poverty and transform economies through sustainable development.
- 2 Die nachfolgenden Zahlenangaben beziehen sich größtenteils auf die zwei Zwischenberichte. Vgl. UN Jordan / Ministry of Planning and International Cooperation (2004): The Millennium Development Goals - MDGs, Jordan Report 2004; URL <http://www.undp.org/content/dam/undp/library/MDG/english/MDG%20Country%20Reports/Jordan/JordanMDG2004.pdf> [10.01.2014]; Vgl. UN Jordan / Ministry of Planning and International Cooperation (2010): Keeping the promise and achieving aspirations - Second National Millennium Development Goals Report; Jordan Report 2010; URL <http://www.undp.org/content/dam/undp/library/MDG/english/MDG%20Country%20Reports/Jordan/2010%20en.pdf> [10.01.2014].
- 3 Die USA haben für den Import der in den Sonderwirtschaftszonen hergestellten Textilien weitgehende Zollpräferenzen eingeräumt, was diesen Sektor mit den klassischen Textilherstellungsländern wie Indien, Pakistan und Bangladesch konkurrenzfähig macht.
- 4 Das Haushaltsbudget für 2014 weist fast 29 Prozent aller Ausgaben alleine für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors und die Pensionäre und Rentner des öffentlichen Dienstes sowie der Sicherheitskräfte und des Militärs aus. In absoluten Zahlen entspricht dies in etwa 2,5 Mrd. Euro (dem steht für alle zwölf staatlichen Universitäten ein Budget von lediglich rund 62 Millionen Euro gegenüber. Für den Bereich Gesundheit beläuft sich der Haushaltsansatz auf rund 170 Millionen Euro und für Subventionen auf rund 480 Millionen Euro. Der weitaus größte Teil des Budgets, rund 2,1 Mrd. Euro, sind Ausgaben für die Sicherheitsdienste und das Militär vorbehalten). Vgl. Obeidat, Omar (2014): Civil service salaries make up 15% of budget, in: The Jordan Times 03.01.2014, URL <http://jordantimes.com/civil-service-salaries-make-up-15-of-budget> [14.01.2014].
- 5 Vgl. Malkawi, Khetam (2014): Women's contribution to economy barely increased since 1993, in: The Jordan Times, 26.01.2014; URL <http://jordantimes.com/womens-contribution-to-economy-barely-increased-since-1993> [28.01.2014].
- 6 Vgl. Hoekstra, Arjen Y. / Mekonnen, Mesfin M (2011): The water footprint of humanity; URL <http://www.pnas.org/content/early/2012/02/06/1109936109> [28.01.2014].
- 7 Vgl. Namrouqa, Hana (2013): Ain Ghazal Wastewater Treatment Plant to be revamped, in: The Jordan Times, 20.11.2014 URL <http://jordantimes.com/ain-ghazal-wastewater-treatment-plant-to-be-revamped> [18.01.2014].
- 8 Vgl. Royal Society for the Conservation of Nature - RSCN (2014): Azraq Wetland Reserve; URL <http://www.rscn.org.jo/orgsite/RSCN/HelpingNature/ProtectedAreas/AzraqWetlandReserve/tabid/98/Default.aspx> [14.01.2014].
- 9 Vgl. Royal Society for the Conservation of Nature - RSCN (2014): Regional Training, URL <http://www.rscn.org.jo/orgsite/RSCN/BuildingCapacities/RegionalTraining/tabid/114/Default.aspx> [14.01.2014].
- 10 Vgl. Alfred Töpfer Akademie für Naturschutz (2013): Aufbau einer Naturschutzakademie in Jordanien, URL http://www.nna.niedersachsen.de/startseite/aufbau_einer_naturschutzakademie_jordanien/Nature-Academy-Jordan-112297.html [15.01.2014].

- 11 Vgl. UNDP (2014): Syria Regional Refugee Response, URL <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php> [14.01.2014].
- 12 Vgl. UN Jordan (2013): Post-2015 Development Agenda National Consultations in Jordan, URL <http://www.undp.org/content/jordan/en/home/library/mdg/post-2015-development-agenda-national-consultations-in-jordan/> [19.01.2014].
- 13 Der "Human Development Index - HDI" ist ein seit 1990 von den Vereinten Nationen jährlich veröffentlichter Wohlstandsindikator für Länder, der aus den Einzelindikatoren Lebenserwartung, durchschnittliche und voraussichtliche Schulbesuchsdauer, Bildungsindex sowie Pro-Kopf-Nationaleinkommen errechnet wird.
- 14 Derzeit werden die Studienplätze an den staatlichen Universitäten zu rund zwei Drittel nach einer Quote, und zu einem weiteren Drittel nach Leistung vergeben.

VIETNAM UND DIE MDGS – BESTANDSAUFNAHME UND AUSBLICK AUF DIE POST-2015 AGENDA

AXEL NEUBERT ||

Die derzeitige Diskussion um ein Nachfolgeabkommen der *Millennium Development Goals* (MDGs) zeigt ein neues, erstarcktes Selbstbewusstsein der Entwicklungs- und Transformationsländer. Bei der Mitgestaltung der sogenannten Post-2015 Agenda wird dies besonders deutlich. Während die MDGs weitgehend von den Industrieländern entwickelt wurden, fordern gerade die aufstrebenden Schwellenländer mehr Mitsprache bei der Ausgestaltung von neuen Zielen. Vietnam, das den Sprung von einem der ärmsten Länder der Welt hin zu einem Schwellenland vollzogen hat, steht beispielhaft für diese Entwicklung. Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit den Chancen und Herausforderungen, die sich für Vietnam durch die Implementierung von neuen Entwicklungszielen bieten. Für ein besseres Verständnis bzgl. der aktuellen Situation des Landes werden im ersten Teil dieses Artikels die jüngere wirtschaftliche Geschichte und der Erreichungsgrad der MDGs dargestellt. Im zweiten Teil wird auf die Bedeutung neuer Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele für Vietnam eingegangen. Den Abschluss bildet ein Ausblick über die potenziellen Auswirkungen der neuen Ziele auf die Entwicklung des Landes.

Vietnams sozialistische Marktwirtschaft und die MDGs

Als Reaktion auf die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Missstände des Landes entschied sich die Führung Vietnams Mitte der 1980er Jahre zu einem entscheidenden Strategiewechsel. Der VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) leitete im Jahr 1986 einen weitreichenden wirtschaftlichen Transformationsprozess ein. Das wirtschaftliche System wird seitdem von einer Planwirtschaft hin zu einer staatlich gelenkten Marktwirtschaft reformiert, die offiziell als „Marktwirtschaft mit sozialistischer Prägung“ bezeichnet wird. Im Unterschied zur Transformation vieler anderer Länder des ehemaligen Ostblocks zeichnet sich der vietnamesische Weg bisher durch einen graduellen Prozess aus. Ähnlich wie in der VR China waren die wirtschaftlichen Neuerungen aber bisher nicht mit politischen Reformen und einer demokratischen Legitimierung verbunden.¹ Das Ziel der Gewährleistung politischer und sozialer Stabilität wirkt in diesem Kontext sowohl als Motivation als auch als Rechtfertigungsgrund für den Machterhalt der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV). Die bis heute andauernde Liberalisierung des vietnamesischen Wirtschaftssystems erfolgte in mehreren Phasen (siehe Box 1).²

Box 1

1988 Landreform

- Private Bewirtschaftung und die freie Wahl der Anbauprodukte möglich
- In der Folge starke Erhöhung der Reisproduktion
- Entwicklung von Reisimporteuren zu Reisesporteurs (innerhalb von zwei Jahren)

1990/91 Anerkennung von Privateigentum

- Gründung von kleinen privaten Unternehmen wurde ermöglicht
- Einführung einer beschränkten Gewerbefreiheit

1994-96 Liberalisierung von internationalen Handelsbeziehungen

- Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu USA
- Eintritt in Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) und Asia Free Trade Area (AFTA)

1999 Recht auf Freiheit der Geschäftsfeldwahl

- Unternehmer dürfen mit wenigen Ausnahmen in allen Geschäftsfeldern aktiv sein

2007 Beitritt zur WHO

Die Đổi Mới Politik (vietnamesisch für Erneuerung) ermöglichte den meisten Vietnamesen erstmalig sich selbstständig privatwirtschaftlich zu betätigen. Dabei wird deutlich, dass die konsequente Dezentralisierung der Eigentumsverhältnisse hin zu einer individuellen Nutzung, das Fundament des vietnamesischen Wirtschaftswunders bildet. Umgangssprachlich wird deshalb für die Transformation häufig auch der treffendere Begriff Cải Trói (vietnamesisch für Befreiung) verwendet. Die durch die Đổi Mới Reformen hervorgerufenen Erfolge Vietnams sind beeindruckend: Die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten betragen in den letzten zwei Jahrzehnten durchschnittlich sieben Prozent.^{3 4} Vietnam gehört damit zu den sich am schnellsten entwickelnden Ländern weltweit und hat sich, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner von 1.532 USD im Jahr 2011, von einem *Low Income Country* zu einem *Lower Middle Income Country* entwickelt. Auch der *Human Development Report 2013* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) bescheinigt Vietnam eine

Verbesserung des *Human Development Index* (HDI)⁵ um 41 Prozent in den Jahren zwischen 1990 und 2012.⁶

Durch das hohe Wirtschaftswachstum sank die Armutsquote von 58 Prozent im Jahr 1993 auf unter zwölf Prozent im Jahr 2012.⁷ Aufgrund der Kombination von wirtschaftlichem Wachstum und starker Armutsminderung lobt die internationale Gemeinschaft Vietnam als ein Musterland für armutsreduzierendes Wachstum (*Pro-Poor-Growth*).⁸ Diese erfolgreiche Entwicklung hat wesentlich dazu beigetragen, dass Vietnam in den letzten Jahren bemerkenswerte Fortschritte bei der Erreichung der MDGs gemacht hat.⁹ Seit dem Jahrtausendwechsel wurden beispielsweise die Sozialausgaben mehr als verdreifacht. Das wichtigste Entwicklungsziel der Vereinten Nationen, die Armut bis 2015 zu halbieren, konnte Vietnam dadurch bereits deutlich früher erfüllen. Insgesamt hat das Land bereits vor der gesetzten Frist, fünf der acht Entwicklungsziele erreicht. Bei zwei weiteren Millenniumszielen gilt die Umsetzung als wahrscheinlich.^{10, 11} Zu diesem Erfolg hat maßgeblich auch die Ent-

wicklung eigener vietnamesischer Entwicklungsziele beigetragen (siehe Box 2). Sie konkretisieren die globalen Millenniumsziele der internationalen Staatengemeinschaft im vietnamesischen Kontext. Dies macht deutlich, dass die vietnamesische Regierung der Umsetzung der Entwicklungsziele eine hohe Priorität eingeräumt hat.

Trotz der beeindruckenden Fortschritte gibt es auch Bereiche, deren Entwicklung weniger erfolgreich verlief. So verstärkten sich, trotz einer starken Armutsminderung, Disparitäten zwischen Bevölkerungsgruppen und Regionen. In der Folge lebt die Hälfte der ethnischen Minoritäten weiterhin unterhalb der Armutsgrenze. Eine weitere

Box 2

MDG1 – Bekämpfung extremer Armut und Hunger:

- + Rate der Armut ist von 58,1 Prozent im Jahr 1993 auf 14,5 Prozent im Jahr 2008 gesunken
- + Rate der Nahrungsarmut ist von 24,9 Prozent im Jahr 1993 auf 6,9 Prozent im Jahr 2008 gesunken

MDG2 – Primärschulbildung für alle:

- + Rate der registrierten Schüler in Grundschulen stieg auf 95,5 Prozent (2009)
- + Rate der Schüler mit abgeschlossener Grundschulausbildung stieg auf 88,2 Prozent (2009)
- + Alphabetisierungsrate der 15 bis 24 jährigen stieg auf 97,1 Prozent (2009)
- Ausbildungsqualität ist in Vietnam weiterhin problematisch

MDG3 – Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen:

- + Statistisch sind Frauen in fast allen Gesellschaftsschichten Männern gleichgestellt
- + Rate der Mädchen ist bei der schulischen Ausbildung auf einem ähnlichen Niveau wie die der Jungen. Bei der höheren Ausbildung wird diese sogar überstiegen.
- Geschlechtsselektion bei der Geburt sowie häusliche Gewalt gegen Frauen stellt ein Problem dar

MDG4 – Senkung der Kindersterblichkeit:

- + Sowohl Sterblichkeitsrate der Unterfünfjährigen als auch Säuglingssterblichkeit zwischen 1990 und 2006 halbiert

MDG5 – Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter:

- + Muttersterblichkeitsrate von 233 (je 100.000 Lebendgeburten) im Jahr 1990 auf 69 im Jahr 2009 verringert

MDG6 – Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schwerwiegenden Krankheiten:

- + Verbesserung des politisch-rechtlichen Rahmens in Bezug auf HIV
- + Eindrucksvolle Fortschritte auf dem Gebiet der Kontamination von Malaria, SARS, H5N1 und H1N1
- Ziel der Reduktion von HIV-Infektionen wird voraussichtlich nicht erreicht

MDG7 – Ökologische Nachhaltigkeit:

- + Aufforstungsprojekte wurden erfolgreich durchgeführt
- Klimawandel, Wasser und Abwasser sowie Biodiversität werden bisher unzureichend berücksichtigt
- Auswirkungen des Klimawandels gefährden den Entwicklungsprozess

MDG8 – Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

- + Regierung unterhält Entwicklungspartnerschaften und fördert die Geberkoordination

Quelle: UN (2012): The Millennium Development Goals Report 2012.

Herausforderung ergibt sich durch den hohen Bevölkerungsanteil junger Menschen; 60 Prozent sind jünger als 30 Jahre.¹² Für sie müssen pro Jahr eine Million neue Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden. Dieses Ziel verfehlte die Regierung unter der zuletzt etwas schwächeren Wirtschaftsentwicklung. Die Jugendarbeitslosigkeit ist damit ein neues wachsendes Problem. Neben den sozialen steigen auch die ökologischen Herausforderungen. Grundsätzlich war bisher der Wunsch Vietnams nach hohem wirtschaftlichem Wachstum stärker, als die Fokussierung auf Nachhaltigkeit. Dies wird besonders an der Nichterreichung des MDG 7, der Sicherung von ökologischer Nachhaltigkeit, erkennbar.¹³ Mit Ausnahme der Aufforstung wird vermutlich keines der Unterziele des MDG 7 erreicht werden. Nachholbedarf besteht in den Bereichen Wasser/ Abwasser und Biodiversität. Zudem kommt es durch das rasante Bevölkerungswachstum zu infrastrukturellen Engpässen. Die Verkehrssituation und die damit verbundene Umweltverschmutzung in den Großstädten verschlechtern sich weiter. Obwohl das Land in einer der am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffenen Regionen liegt, berücksichtigt die zentrale Entwicklungsstrategie Vietnams diesen Aspekt bisher nur wenig.

Bedeutung der Post-2015 Agenda für Vietnam

Das *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) zählt Vietnam zu den fünf am stärksten betroffenen Ländern weltweit. Zwei große Deltaregionen, das Mekong- und das Rote Fluss Delta, sowie eine über 3.000 km lange Küstenlinie, machen das Land besonders verwundbar für Naturkatastrophen. Die Region erfährt eine steigende Anzahl an Stürmen und Überschwemmungen, die in der jüngeren Vergangenheit auch an Intensität zugenommen haben.¹⁴ Der finanzielle Aufwand für die Beseitigung der Klima- und Umweltschäden bremst das Land in seinen Entwicklungsbemühungen.¹⁵¹⁶ Eine Anpassung an die fortschrei-

tenden klimatischen Veränderungen liegt daher auch im eigenen sozioökonomischen Interesse des Landes. Die bisherige Wirtschaftspolitik beachtet die umwelt- und klimapolitischen Auswirkungen bisher jedoch nur unzureichend. So findet beispielsweise fast die gesamte industrielle Entwicklung des Landes in den beiden Deltaregionen statt; Gebiete, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sein werden.

Eine weitere große Herausforderung, der sich Vietnam in naher Zukunft stellen muss, besteht in der Vermeidung der sogenannten *Middle-Income-Trap*, die bei wenig entwickelten Ländern mit hohen Wachstumsraten auftreten kann. Durch Wachstum kommt es in der Regel zu einer Verschiebung der Faktorintensitäten – von einer arbeitsintensiven, hin zu einer kapitalintensiven Produktion – und zu einer stärkeren Bedeutung des inländischen Marktes. In der Folge wächst besonders der Dienstleistungssektor im Inland und die Löhne von hoch qualifizierten Fachkräften steigen schnell an. Wenn mit steigenden Faktorpreisen die Produktionskosten zunehmen, die Qualität der Produkte aber, z. B. durch fehlende qualifizierte Fachkräfte, nicht im gleichen Maße steigt, leidet die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Länder der *Middle-Income-Trap* können weder mit den arbeitsintensiven Billigproduktionsländern noch mit den hochgradig entwickelten Volkswirtschaften der Industrieländer konkurrieren. Die Folge ist ein besonders geringes Wachstum, wie es beispielsweise die Philippinen, Brasilien oder Südafrika in den 1990ern und 2000er Jahren erlebt haben.¹⁷ Die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele kann in diesem Zusammenhang einen wesentlichen Beitrag für ein nachhaltiges Wachstum in Vietnam leisten und damit helfen, die *Middle Income Trap* zu vermeiden. Denn die oft auch armutsbedingte Übernutzung des vietnamesischen Ökosystems gefährdet langfristig die natürlichen Ressourcen des Landes. Durch ein nachhaltiges Wirtschaften, das nicht auf den Kosten nächster Generation erfolgt, könnten natürliche Ressourcen geschont werden. Mit der Verabschiedung

einer Green-Growth Strategie im Jahr 2013 hat Vietnam bereits einen ersten Schritt für ein nachhaltigeres Wachstum unternommen.

Projekte der HSS

Ein Hauptkritikpunkt an den bisherigen MDGs ist eine mangelnde Mitbestimmung der Entwicklungsländer bei deren Ausarbeitung. Einer der wesentlichen Gründe hierfür war das unzureichende Know-how in diesen Ländern. In der Post-2015 Agenda werden die Entwicklungs- und Schwellenländer stärker mit einbezogen. Es besteht jedoch weiterhin ein Mangel an Expertise. Hier setzt das Projekt der Hanns Seidel Stiftung zur Anpassung an den Klimawandel an, das die Entwicklung und Umsetzung der Post-2015 Entwicklungsziele zur Anpassung an den Klimawandel in der Region verbessert. Hierbei zielt das Vorhaben darauf ab, das Fachwissen über die Folgen des Klimawandels bei Vertretern von Wirtschafts- und Umweltministerien in der Region sowie Mitgliedern von Wirtschafts- und Umweltverbänden der CLMV-Länder zu verbessern. Die Vermittlung dieses Know-hows ist zwingende Voraussetzung dafür, dass die SDGs in gemeinsame Politik- und Strategieentwürfen einfließen. Zusätzlich soll auch auf nationaler Ebene der Gesetzgebungsprozess zur Erstellung von Umweltgesetzen und -verordnungen im Bereich Klimaanpassung gefördert werden. Um die Erstellung von Umweltrichtlinien für die vom Klimawandel betroffenen Regionen zu verdeutlichen, ist die Schaffung von Best Practices wichtig. Weil Beispiele anschaulich und greifbar sind, erhöhen sie das öffentliche und politische Bewusstsein für die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und subnationaler Ebene. In den besonders gefährdeten Küsten- und Deltaregionen dieser Länder unterstützt die HSS daher Kleinstprojekte zu diesem Thema.

Mehr zu unserer Arbeit unter
www.hss.de/vietnam

Die Bedeutung der Post-2015 Agenda wird für Vietnam durch die Transformation von einem Entwicklungs- zu einem Schwellenland verstärkt. Aufgrund der neuen wirtschafts- und entwicklungspolitischen Stellung werden die *Official Development Assistance* (ODA) für die Maßnahmen zur Armutsreduzierung kurzfristig reduziert werden und mittelfristig auslaufen.¹⁸ In diesem Kontext diskutiert die Weltbank bereits die Entwicklungskredite ab dem Jahr 2015 schrittweise auf Marktkonditionen umzustellen. Mittel zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bieten in diesem Zusammenhang eine Chance, diese Lücke vorübergehend zu schließen. Ganz pragmatisch bemüht sich die Regierung deshalb um eine stärkere Fokussierung der nationalen Entwicklungsthemen auf umweltpolitische Schwerpunkte. Es muss in diesem Kontext jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass dieser Prozess lediglich von der Regierung eingeleitet wird (*Top-down*) und bisher nicht das Bewusstsein der breiten Bevölkerung widerspiegelt (*Bottom-up*). Im Gegenteil, das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung Vietnams ist, wie in vielen anderen Entwicklungsländern auch, nach wie vor nur sehr gering ausgeprägt.

Fazit

Die bisherige Entwicklung Vietnams, besonders mit Blick auf die erfolgreichen Bemühungen des Landes bei der Erreichung der MDGs, weist darauf hin, dass globale Entwicklungsziele als Richtlinien und Orientierung für Entwicklungsländer erfolgreich sein können. Vietnam hat sich die meisten MDGs der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 zu eigen gemacht, indem es aufbauend auf diesen Zielen eine eigene nationale Entwicklungsstrategie entwickelt hat. In der Gruppe der Entwicklungsländer nimmt Vietnam damit schon jetzt eine Vorreiterrolle ein.

Der erfolgreiche Umgang mit den MDGs macht es wahrscheinlich, dass Vietnam sich auch aktiv an der Post-2015 Diskussion beteiligen und diese auch in ihrer nationalen

Entwicklungsstrategie implementieren wird. Hierbei ist es unerheblich, ob gesonderte Nachhaltigkeitsziele entwickelt werden, oder ob das Thema in eine Post-2015 Agenda integriert wird. Besonders in diesem Kontext bieten sich für die politischen Stiftungen Handlungsräume, in denen sie positiv auf die nationalen Gesetzgebungsprozesse einwirken und damit einen Wandel aktiv mitgestalten können. Ein weiteres Betätigungsfeld bietet sich bei der Förderung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung. Eine Neuorientierung im Rahmen nachhaltiger Entwicklungsziele ist für Vietnam auch deshalb wichtig, da eine stabile Wirtschaftsentwicklung bisher noch nicht gewährleistet ist. Langfristig besteht bei der derzeitigen starken Fokussierung auf Wachstum die Gefahr, dass es zu einer ineffizienten Verteilung von natürlichen Ressourcen kommt.

Die Post-2015 Agenda bedeutet in diesem Zusammenhang auch eine Chance für Vietnam die bisherige Wirtschaftspolitik zu überdenken. Sie könnte helfen, insbesondere Umwelt- und Klimaschutzaspekte, die bisher nur unzureichend adressiert wurden, stärker in die vietnamesische politische Agenda einfließen zu lassen. Dafür sprechen verschiedene Gründe: Mit wachsendem Wohlstand wird auch das Umweltbewusstsein der vietnamesischen Bevölkerung steigen. Zunehmende Umweltbelastungen werden deshalb zukünftig weniger akzeptiert werden. Weiterhin besteht die Gefahr, dass die durch Umwelt- und Klimaschäden entstehenden Kosten, trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, die Einnahmen übersteigen. Ein frühzeitiges Handeln im Bereich der Umwelt- und Klimaschutzpolitik kann dem entgegenwirken. Gleichzeitig bietet die frühzeitige Neuorientierung die Chance, Mittel der Entwicklungszusammenarbeit vorerst zu halten oder zu ersetzen. Vietnam benötigt auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit jedoch Unterstützung. Die gemeinsame Entwicklung der Post-2015 Agenda durch Vietnam und die internationale Staatengemeinschaft könnte dazu beitragen. Die in diesem Prozess entstehenden

Entwicklungsziele haben das Potenzial, sich zu einem Instrument auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit in Vietnam zu entwickeln.

|| AXEL NEUBERT

Auslandsmitarbeiter Vietnam

Unter Mitarbeit von Moritz Michel, Programmkraft

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Mensel, Nadine (2013): Der Entwicklungsprozess der Sozialistischen Republik Vietnam - Erfolge und Herausforderungen durch staatlich gelenkte Entwicklung, Wiesbaden, S. 460.
- 2 Vgl. Neubert, Axel / Roeckel, Katja (2008): The Vietnamese Market Economy – What Remains of its Socialist Orientation?, Pacific News Nr. 29, S. 8-10.
- 3 Vgl. Weltbank (2013): How we Classify Countries, URL <http://data.worldbank.org/about/country-classifications> [15.01.2014].
- 4 Vgl. International Monetary Fund (2013): World Economic Outlook Database, October 2013, URL <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/02/weo/data/index.aspx> [15.01.2014].
- 5 Der HDI ist ein Wohlstandsindikator der Vereinten Nationen, dem drei Basisgrößen der menschlichen Entwicklung zugrunde liegen: Lebenserwartung Zugang zu Bildung und Lebensstandard.
- 6 Vgl. UNDP (2013): Human Development Report 2013. The Rise of the South. Human Progress in a Diverse World, URL http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/14/hdr2013_en_complete.pdf [15.01.2014].
- 7 Vgl. UN (2013): Viet Nam at a Glance, URL <http://www.un.org.vn/en/about-viet-nam/overview.html> [15.01.2014].
- 8 Vgl. Klump, Rainer (2007): Pro-Poor Growth in Vietnam: Miracle or Model?, in: Delivering on the Promise of Pro-Poor Growth. Insights and Lessons from Country Experiences, hrsg. von Timothy Besley und Louise J. Cord, Washington D.C., S. 119-147.
- 9 Vgl. UN (2000): A Better World for All. Progress Towards the International Development Goals, New York, S. 25.
- 10 SR Vietnam (2010): Millennium Development Goals 2010 National Report. Viet Nam 2/3 of the Way Achieving the Millennium Development Goals and Towards 2015, in: The Vietnam's Socio-Economic Development Review, No.63 2010, S. 164.
- 11 Vgl. UN (2012a): The Millennium Development Goals Report 2012, New York, S. 68.
- 12 Vgl. United States of America, Central Intelligence Agency (2014): The World Factbook, URL <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/vm.html> [15.01.2014].
- 13 Overseas Development Institute (2010), Millennium Development Goals Report Card: Measuring Progress Across Countries, London, S. 118.
- 14 Vgl. IPCC (2013): Climate Change 2013. Fifth Assessment Report. Geneva, S. 27.
- 15 Vgl. ISPONRE (2009): Vietnam Assessment Report on Climate Change. Hanoi, S. 127.
- 16 Vgl. Weltbank (2010): Economics of Adaptation to Climate Change. Vietnam. Washington D.C., S. 101.
- 17 Vgl. ADB (2011): Asia 2050: Realizing the Asian Century, Manila, S. 127.
- 18 Vgl. Sørensen, Mia Ji (2013): Developing Vietnam with whom? Restoration 2.0 for the Resurgence of Modern Vietnam, URL <http://infocus.asiaportal.info/2013/12/04/developing-vietnam-with-whom> [15.01.2014].

BOLIVIENS BESTREBUNGEN, FORTSCHRITT UND TRADITION ZU VEREINEN

PHILIPP FLEISCHHAUER ||

Die Zeit wird knapp. Es bleiben noch 23 Monate, bis die im Jahr 2000 festgelegten Millennium-Entwicklungsziele (engl. Millennium Development Goals - MDGs) weltweit erreicht sein sollen. Bereits in den Berichten aus vergangenen Jahren deutete sich jedoch an, dass dies selbst mit größten Anstrengungen aller Beteiligten nicht in allen Punkten und Ländern gelingen wird.¹ Die Fortschritte sind weltweit sichtbar, wenn auch nicht homogen bezogen auf die einzelnen Handlungsfelder und geographischen Regionen. Es gibt Erfolge, Halberfolge und leider auch Rückschritte, weltweit und auch in Bolivien.

Bolivien ist das ärmste Land Lateinamerikas. Aufgrund seiner großen Vorkommen an Bodenschätzen, natürlichen Ressourcen und Gas, ist das Land schon seit Zeiten der spanischen Kolonisierung ein Bettler auf dem goldenen Thron.² Nichtsdestotrotz kann Bolivien in allen acht Millenniumszielen sehr wohl einige Erfolge und Teilerfolge verzeichnen, die sich in den Zahlen der Vereinten Nationen widerspiegeln. Zu berücksichtigen ist, dass nicht für alle MDGs konkrete Daten vorliegen, in manchen Punkten sind die Zahlen geschätzt, in anderen reichen sie nicht bis zum Jahr 2013. Die lokale Wirklichkeit muss also genau betrachtet werden, um die Komplexität der Situation zu beschreiben.

Acht Ziele für viele Realitäten

Bolivien ist mit einer Fläche von 1.098.581 km² mehr als dreimal so groß wie Deutschland. Es beherbergt nicht nur 36 unterschiedliche ethnische Völkergruppen mit eigenen Sprachen und Kulturen, sondern ist auch geographisch und klimatisch durch enorme Gegensätze zwischen dem Altiplano und dem Tiefland mit dem Amazonasbecken charakterisiert. Diese Gegensätze prägen die Lebensweisen und Mentalität der Einwohner ebenso, wie die Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und ihren Zugang zu Bildung und Gesundheitsvorsorge.

Sowohl die bolivianische Regierung als auch im Land tätige lokale und internationale Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen haben eine Vielzahl an Programmen und Projekten geschaffen, die sich die Armutsbekämpfung, die Aidsaufklärung, den Schutz der Umwelt und die Chancengleichheit der Geschlechter auf die Fahnen schreiben. Als Grundlage dieser Projekte dienen die MDGs als international anerkanntes Instrument. Dabei taucht jedoch ein Problem auf, das sich in Bolivien in aller Bandbreite manifestiert: Die acht MDGs treffen auf eine Ausgangssituation, die in sich durchwegs heterogen ist und Voraussetzungen schafft, die zum Erreichen oder Scheitern der MDGs maßgeblich beitragen.

Jede Institution, die Entwicklungsarbeit in Bolivien leistet, stößt über kurz oder lang an ihre Grenzen bei dem Versuch, Veränderungen mit einer Blaupause herbeizuführen. Die MDGs geben die Richtung vor, doch die Wege dorthin müssen in einem Land wie Bolivien so vielfältig sein, wie seine Realitäten. Um die Schwierigkeiten dabei besser zu illustrieren, sollen das zweite und dritte MDG exemplarisch für die Lebenswirklichkeit Boliviens dargestellt werden.

MDG 2: Primärschulbildung für alle

*„Without education your children can never really meet the challenges they will face. So it's very important to give children education and explain that they should play a role for their country“*³, sagte der kürzlich verstorbene Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela im Jahr 2005. Das größte Problem sei die Verbindung von Armut und fehlender Bildung. Schulbildung ist die Basis für persönliche Entwicklung, verbesserte Lebens- und Einkommensbedingungen und gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen an allen Bereichen des Alltags – und sie ist die Grundlage dafür, ein selbstbestimmtes Leben mit bewussten Entscheidungen zu führen.

Die Zahlen zeigen, dass in Bolivien die Primärschulbildung für alle, insbesondere für Mädchen, Fortschritte gemacht hat. Der Zugang zu Schulbildung ist Teil der bolivianischen Verfassung⁴, die staatlichen Schulen sind unentgeltlich, es besteht eine achtjährige Schulpflicht. Im Jahr 2000 schlossen 72,2 Prozent der Mädchen die Grundschulausbildung erfolgreich ab, im Jahr 2009 waren es bereits 84,6 Prozent. Zum Vergleich stieg die Zahl der Jungen im gleichen Zeitraum von 76,5 Prozent auf 85,2 Prozent.⁵ Im Jahr 2008 waren 90 Prozent aller Jungen und Mädchen zwischen 6 und 13 Jahren in eine Grundschule eingeschrieben.⁶

Die Fortschritte sind sichtbar, doch laut Prognose wird bis zum Jahr 2015 der Indi-

kator der Schüler, die eine Primärschulbildung abschließen, nur auf 88,7 Prozent steigen. Das bedeutet aber immer noch eine große Lücke bis zu den 100 Prozent, die es zu erreichen gilt.⁷

Was steht also dem Erreichen des MDG 2 im Wege? Bei näherem Betrachten fällt zunächst der große Unterschied zwischen Stadt und Land ins Auge. Während die urbanen Zentren über eine Vielzahl staatlicher und privater Bildungseinrichtungen, Instituten, Sprachschulen und Universitäten verfügen, gibt es im ländlichen Bereich oft nur eine Schule für zahlreiche, abgelegene Gemeinden. Die geographischen Gegebenheiten führen in der Praxis dazu, dass Kinder nicht selten einen Fußweg von bis zu drei Stunden einfach zu bewältigen haben, um zu ihrer Schule zu gelangen. In der Regenzeit oder im Winter erschweren diese Bedingungen das Lernen beträchtlich. Aus vielen verstreuten, kleinen und schwer zugänglichen Dörfern kommen die Schüler in einer Schule zusammen, doch die einzige Straße dorthin führt durch ein Flussbett, das in der Regenzeit nicht passierbar ist und eine Brücke gibt es nicht.⁸ So verzögert sich der Schulanfang von Februar auf April, Schulbücher und Materialien kommen nicht rechtzeitig an.

Die Lehrkräfte sind nach ihrer Universitätsausbildung verpflichtet, ein Praxisjahr auf dem Land zu absolvieren. Hier wäre es wichtig, Anreize zu schaffen, um die Arbeit weit weg von zu Hause und unter einfachsten Lebensbedingungen attraktiv zu gestalten und die Lehrer zu motivieren. Ein weiterer Ansatzpunkt wäre, zu versuchen, Lehrer aus dem ländlichen Raum auszubilden. So könnten auch die sprachlichen Hindernisse leichter überwunden werden, denn der offizielle Lehrplan sieht Unterricht auf Spanisch vor. Besonders in abgelegenen Gebieten sprechen die Kinder aber nur ihre eigenen Sprachen wie Quechua, Aymara, Guaraní. So muss der Grundschulunterricht neben Lesen, Schreiben und Rechnen auch die Unterrichtssprache Spanisch beinhalten. Da-

durch geht Zeit verloren, und es können nicht alle Inhalte vermittelt werden.

Eine Alternative wären Internate, die den Schülern und Schülerinnen die täglichen weiten Wege ersparen würden. Allein den meisten Eltern fehlen die finanziellen Mittel, um eine solche Einrichtung zu bezahlen.⁹ Viele Familien verlieren zu Hause und auf dem Feld eine Arbeitskraft, wenn sie ihre Kinder auf die Schule schicken. Dazu kommt, dass vor allem auf dem Land das schulische Wissen im täglichen Leben wenig oder keinen praktischen Bezug hat. Immer noch sind paternalistische Rollenmuster vorherrschend, so dass Kenntnisse im Haushalt und in der Landwirtschaft für Frauen als wichtiger angesehen werden, als theoretisches Wissen. Dies führt jedoch zur Verfestigung der Muster und behindert insbesondere die Mädchen, später ein selbstbestimmtes Leben zu führen – die Aussicht auf eine bessere Zukunft schwindet.



Bild 1: Kein Umfeld für einen erfrischenden Unterricht - vielerorts sind die Lernbedingungen im ländlichen Bolivien trostlos, Quelle: Radoslaw Czajkowski.

Regierungsprogramme wie der *Bono Juancito Pinto*, der dafür sorgen soll, dass die Schüler ihre Schulzeit erfolgreich beenden; der *Plan Nacional de Profesionalización de Maestros Interinos*, ein Programm zur Professionalisierung und Ausbildung von Lehrern oder das *Programa de Infraestructura Educativa, Equipamiento y Procesos Pedagógicos a través de los Gobiernos Municipales*, welches der Bildungsqualität und der Verbesserung der schulischen Infrastruktur dienen soll, setzen bei den Schwachpunkten des bolivianischen

Bildungssystems an. Die Qualität der Schulbildung hängt auch von der Verwirklichung der genannten Programme ab. Geographische Hindernisse, Rollenmuster und Pflichten, überholte Denk- und Unterrichtsweisen stehen dem globalen Anspruch gegenüber, so dass die regionalen Erfolge weit hinter diesem zurückliegen.

Positiv zu verzeichnen ist, dass der Analfabetismus in den letzten Jahren dank eines Programmes (*Programa Nacional de Alfabetización „Yo Si Puedo“*) der Regierung von Evo Morales Ayma zumindest in bestimmten Zielgruppen fast vollständig der Vergangenheit angehört. So konnten im Jahr 2009 99,4 Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren lesen und schreiben.¹⁰

MDG 3: Gleichstellung der Geschlechter/Stärkung der Rolle der Frauen

Die Gleichstellung der Geschlechter und das Einbeziehen der Frauen in alle Prozesse der Entwicklung eines Landes sind keine neuen Aspekte, doch spielen sie in den MDGs eine besondere Rolle. Wird damit doch anerkannt, dass es keinen wirklichen Fortschritt geben kann, wenn die Hälfte der Bevölkerung davon ausgeschlossen ist.

Frauen beziehen vor allem aus dem informellen Arbeitsmarkt ihr Einkommen. Die Zahlen zeigen, dass im Jahr 2009 35,1 Prozent der Frauen eine feste, bezahlte Arbeitsstelle hatten. Ein gewaltiger Fortschritt, 1996 waren es nur 20,9 Prozent.¹¹ Dies darf aber keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass die große Mehrheit der Frauen nach wie vor einer Arbeit nachgeht, die weder Arbeitsvertrag, Versicherungsschutz noch Rentenbeitrag beinhaltet. Überwiegend handelt es sich um kleine Gewerbe, um den Verkauf von Lebensmitteln, Speisen und Getränken oder Kleinprodukten an mobilen Ständen auf den Straßen. Gründe dafür sind einerseits eine mangelnde Bildung und daher weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sowie andererseits das Lebenskon-

zept vieler Familien, das es für Frauen schwierig macht, tägliche, geregelte Arbeitszeiten einzuhalten. Speziell die indigenen Bevölkerungsgruppen sind hiervon betroffen, doch zeigt sich auch hier ein leichter Wandel. Heute sind 30,6 Prozent der indigenen Frauen in einer Arbeit tätig, die nicht mit der Landwirtschaft zu tun hat.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung Bolivien unterstützt seit 2010 den Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprozess in verschiedenen Regionalparlamenten und Munizipien im Land. Bei der gemeinsamen Arbeit wird ein besonderes Augenmerk auf die Aus- und Weiterbildung von Frauen gelegt. Mit den zwei führenden Universitäten des Landes kooperiert die Stiftung zudem in verschiedenen Projekten zur Förderung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachwuchsführungskräften. Seit 2012 vergibt die Hanns-Seidel-Stiftung in Bolivien ferner Hochschulstipendien an begabte junge Bolivianer und Bolivianerinnen (hauptsächlich aus dem indigenen Sektor), die sich ohne finanzielle Unterstützung kein Studium leisten könnten. Dabei verzeichnet die Stiftung sowohl mehr Bewerberinnen als auch letztlich mehr Stipendiatinnen und trägt so aktiv zur Erreichung der MDGs bei. Aktuell sind knapp 70 Prozent der Stipendiaten Frauen.

Mehr zu unserer Arbeit unter
www.hss.de/bolivien

Kritisch betrachtet sind diese Entwicklungen aber nicht nur positiv. Frauen verlassen ihre ländlichen Gemeinden und wandern in die Städte aus. Aufgrund ihrer Ausgangssituation erwartet sie dort der informelle Arbeitsmarkt, auf dem sie den ganzen Tag für wenig Geld arbeiten. Ihre Kinder bleiben alleine zu Hause, oft von den älteren Geschwistern versorgt. Obwohl das städtische Umfeld die Bedingungen für eine bessere Entwicklung bieten würde, können viele dieser Frauen nicht davon profitieren. Dazu kommt Ausgrenzung – bis hin zu Ras-

sismus – der städtischen, gegenüber der ländlichen, zugewanderten Bevölkerung. Da die Landflucht die urbanen Probleme verschärft und die Probleme der ländlichen Bevölkerung nicht löst, wäre es wichtig, in ruralen Gebieten bessere Einkommensmöglichkeiten in allen Sektoren zu schaffen und die landwirtschaftliche Produktion wirtschaftlich stärker zu fördern. Zwischenhändler verkaufen ihre Ware für den dreifachen Preis, den sie den Landwirten bezahlen.

Bei der Gleichstellung der Geschlechter im politischen Bereich zeigt sich ein gemischtes Bild zwischen Zahlen und Realität (mehr zu diesem Thema in AMEZ 9 „Die politische und gesellschaftliche Emanzipation der bolivianischen Frau“). 49 Prozent der *Asamblea Legislativa Plurinacional* sind Frauen und auch in der Kommunalpolitik sind die Zahlen steigend.¹² Waren im Jahr 2004 nur 18,8 Prozent der Abgeordneten Frauen, brachten die Wahlen 2010 einen Frauenanteil von 42,9 Prozent hervor.¹³ In allen neun *Departamentos* Boliviens liegt die Frauenquote in den Regierungen über 40 Prozent.

Während die Gesetzeslage eindeutig ist, die bolivianische Verfassung die Frauenquote festlegt, und auch die Fakten der Wahlen einen deutlichen Anstieg des Frauenanteils zeigen, sind viele Frauen oftmals in Entscheidungsfindungsprozessen und Abstimmungen an ihre männlichen Kollegen gebunden. Die Geschlechterdifferenz zeigt sich in der Ausübung des Amtes darin, dass jede Abgeordnete einen Stellvertreter hat, der in den meisten Fällen männlich ist. Dazu kommt, dass es Frauen, vor allem im Hochland, nicht gewöhnt sind, in der Öffentlichkeit zu sprechen oder ihre Meinung zu vertreten. Die Fähigkeit, zu argumentieren und zu diskutieren ist besonders im ländlichen Bereich noch eine männliche. Frauen werden von den männlichen Abgeordneten weder ernst genommen noch wird ihre Meinung respektiert. Fälle von Bedrohung, Mobbing oder sexueller Belästigung¹⁴ zeigen, dass die Frauenquote in der Theorie bereits erfüllt wird; in der Praxis ist die

Gleichstellung der Geschlechter und die Beteiligung der Frauen am politischen Leben aber noch ein neues Projekt, das Zeit brauchen wird, um sich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch durchzusetzen.

Ausblick

Fortschritte und Teilerfolge sind sichtbar, doch werden diese innerhalb Boliviens, vor allem was den Kampf gegen die Armut und den Bereich Bildung betrifft, nicht auf die Vereinbarung der Vereinten Nationen über die MDGs zurückgeführt, sondern sie werden der Regierung zugeschrieben.

Programme gegen Analphabetismus, für die Einführung eines Kindergeldes, Zuschuss zu Schulmaterialien und für eine staatliche Rente haben dazu beigetragen, die Einkommenssituation positiv zu verändern. Natürlich spielen bei der Umsetzung politischer Ziele Einflüsse von außen, ausländische Investoren und in Bolivien tätige Nichtregierungsorganisationen eine Rolle, gerade weil diese Institutionen oft näher vor Ort und in abgelegenen Regionen tätig sind als die nationale Regierung selbst.

Doch schafft die Regierung die Rahmenbedingungen, in denen sich alle Aktionen abspielen können und müssen. Gerade in den vergangenen Jahren wurde hier deutlich, dass die Regierung von Evo Morales Ayma die Beteiligung ausländischer Institutionen kritisch betrachtet und auch vor drastischen Schritten, wie beispielsweise ihrer Ausweisung, nicht zurückschreckt.¹⁵ Vor diesem Hintergrund muss gefragt werden, wie stark MDG 8 in Bolivien greift, da die Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, auch im Hinblick der Dekolonisation, nicht mehr in dem Maße gewünscht wird, wie früher.

Im wirtschaftlichen Bereich ist es für Bolivien enorm schwierig, in Industrieländer zu exportieren. Einfuhrbestimmungen, Zölle und Handelsbeschränkungen sind die Gründe dafür, wobei insbesondere die In-

dustrieländer ihre getroffenen Zusagen bislang nicht eingehalten haben.

Um Fortschritte zu erreichen, müssen nationale Regierungen, internationale Kooperationen, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft und kirchliche Einrichtungen in dieselbe Richtung arbeiten. Der Wille und die Bereitschaft dazu müssen aber von den betroffenen Ländern ausgehen. Schließlich muss die gesellschaftliche Entwicklung mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung mithalten können. Denn in der Realität hat sich oft gezeigt, dass kulturelle und soziale Verbesserungen nicht in der gleichen Geschwindigkeit kommen wie die finanzielle Entwicklung.

Projekte der HSS

Seit dem Jahr 2013 verstärkt die HSS mit ihren Aktivitäten die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, dem MDG 7. Mit Sondermitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt die HSS die bolivianische Organisation SICIREC im Rahmen des Projektes „ArBolivia“, welches sich die Umweltbildung, Dialogförderung und Einkommensverbesserung (MDG 1) zum Ziel setzt. Dabei werden Kleinbauern und staatliche Akteure zu den Themen Klimawandel, Umweltschutz, nachhaltige ökologische Landwirtschaft, Agroforstsysteme, Schutz von Bäumen und Wäldern sowie nachhaltige Produktion und Vermarktung von Nahrungsmitteln und Agrofrostprodukten geschult.

Hilfestellung beim Aufbau stabiler politischer Strukturen, Bewusstsein für demokratische Prozesse, Chancengleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit sind nötig, um die Rahmenbedingungen zu bilden, in denen sich optimale Entwicklungszusammenarbeit entfalten kann. Bei diesem Prozess sollte es nur um die MDGs gehen und darum, wie diese an die Wirklichkeit Boliviens angepasst werden können.

Bolivien übernimmt für das Jahr 2014 die turnusmäßige Präsidentschaft des Staatenzusammenschlusses der G-77 und Chinas.

Nach 24 Jahren und exakt zum 50-jährigen Bestehen der G-77 wird Bolivien die Interessen der Entwicklungsländer vertreten. Ein Erfolg, der zeigt, dass sich die Entwicklungsländer auch auf dem internationalen Parkett stärker behaupten. Bolivien wolle „die Interessen und Hoffnungen der sich entwickelnden Länder in allen Foren und Prozessen im Rahmen der Post-2015 Agenda für eine nachhaltige Entwicklung transparent und effektiv anleiten“, so Sacha Llorenti, ständiger Vertreter Boliviens bei den Vereinten Nationen.¹⁶ Bolivien bekommt ein neues Gesicht. Nach innen gefestigter, hat Präsident Morales sein Land auch international positioniert. Das zweitstärkste Wirtschaftswachstum und ein eigener Satellit zur Telekommunikation sind die sichtbaren Zeichen, dass sich Bolivien nicht länger als armes und hilfsbedürftiges Land sieht. Vielmehr hat man die eigenen Schwächen erkannt und vertritt seine Stärken selbstbewusst gegenüber der Welt.

Diese Entwicklung darf als Anhaltspunkt gewertet werden, in welche Richtung es in der Post-2015 Agenda gehen wird. Entwicklungszusammenarbeit wird stärker von den Wünschen und Bedürfnissen derer geprägt sein, die sie empfangen, nicht derer, die geben. Schon in seiner Antrittsrede machte Präsident Morales einmal mehr deutlich, dass imperialistische Einmischung von außen nicht gewünscht sei. Innerhalb der Diskussion über die Post-2015 Agenda sammelt Bolivien Daten und Meinungen, die zu einem ausgewogenen Prozess beitragen sollen. Gemeinsam mit den 133 anderen Mitgliedern soll ein Konsens gefunden werden, den Bolivien dann den entwickelten Ländern in der Versammlung der Vereinten Nationen vorstellt.

|| PHILIPP FLEISCHHAUER

Projektassistent Bolivien

Unter Mitarbeit von Laura Lederer

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Holz, Uwe (2010): Die Millenniumsentwicklungsziele - eine gemischte Bilanz, URL <http://www.bpb.de/apuz/32901/die-millenniumsentwicklungsziele-eine-gemischte-bilanz?p=all> [04.02.2014].
- 2 Vgl. Burghardt, Peter (2009): Salziges Gold, URL www.sueddeutsche.de/wirtschaft/lithium-rausch-in-bolivien-salziges-gold-1.35122 [04.02.2014].
- 3 Readers Digest (2005): Who Is Nelson Mandela? A Reader's Digest Exclusive Interview, URL <http://www.rd.com/slideshows/who-is-nelson-mandela-a-readers-digest-exclusive-interview/> [04.02.2014].
- 4 Vgl. Nueva Constitución Política del Estado Plurinacional; La Paz Bolivien, Artikel 9, Paragraph 5 und Artikel 17.
- 5 Vgl. UN (2014): Indicadores de los Objetivos de Desarrollo del Milenio - Bolivia, URL <http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Data.aspx?cr=68> [04.02.2014].
- 6 Vgl. Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas (UDAPE) (2010): Sexto informe de progreso de los objetivos de Desarrollo del Milenio en Bolivia. S. 54.
- 7 Vgl. Ebd., S. 57.
- 8 Beispiel aus den Gemeinden Tacopaya, Sacaca und Kisivilque.
- 9 Vgl. Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas (UDAPE) (2010): S. 55.
- 10 Vgl. Unidad de Análisis de Políticas Sociales y Económicas (UDAPE) (2010): S. 59.
- 11 Vgl. Ebd., S. 71.
- 12 Vgl. Ebd., S. 72.
- 13 Vgl. Ebd., S. 73.
- 14 Vgl. Comunidad de Derechos Humanos (2011): Anteproyecto de Ley Contra el Acoso y Violencia Política en Razón de Género - El Acoso y Violencia Política Contra las Mujeres en Bolivia, URL http://www.comunidad.org.bo/archivos/publicaciones/boletin_politica-ok.pdf [04.02.2014].
- 15 Exemplarisch dient hierzu der von Fall USAID im Jahr 2013. Vgl. Botschaft der USA in Bolivien (2013): Programa de Cooperación de USAID en Bolivia, URL <http://spanish.bolivia.usembassy.gov/usaid.html> [04.02.2014].
- 16 Llorenti, Sacha (2013): in: Bolivia preside ya bloque de 133 países en desarrollo, URL <http://www3.abi.bo/nucleo/noticias.php?i=2&j=20131107182118> [10.02.2014].

MYANMAR UND DIE POST-2015 ENTWICKLUNGSAGENDA

ACHIM MUNZ ||

Die derzeitige Diskussion um ein Nachfolgeabkommen der Millenniumsentwicklungsziele (engl. *Millennium Development Goals* – MDGs) zeigt ein neues, erstarktes Selbstbewusstsein der Entwicklungsländer. Die zentrale Herausforderung bei der Gestaltung der Post-2015 Entwicklungsziele besteht darin, eine umfassende und gleichzeitig widerspruchsfreie Agenda zu entwickeln, die Armut nachhaltig und systematisch bekämpft. Myanmar hat hinsichtlich der Erreichung der gesetzten Entwicklungsziele einiges nachzuholen. Die Post-2015 Entwicklungsagenda wird daher für die weitere entwicklungspolitische Schwerpunktsetzung in Myanmar eine entscheidende Rolle spielen.

1. Die zwei internationalen Entwicklungsagenden

Die internationale Entwicklungsagenda wird seit über zwei Dekaden von zwei unterschiedlichen Agenden geprägt, deren Prämissen, Philosophie und Schwerpunktsetzung unterschieden werden müssen. Zum einen handelt es sich um die 1992 entworfene, eher holistische Rio-Agenda, deren Fokus auf Nachhaltigkeit und Ökologie liegt. Die Staatengemeinschaft entwickelte diese Agenda 2002 in Südafrika und 2012 erneut in Rio de Janeiro weiter, mit dem Ziel der so genannten *Sustainable De-*

velopment Goals (SDGs) im Jahr 2014. Dabei stehen verschiedene Aspekte von Nachhaltigkeit als elementare Bestandteile jeder Art von Armutsbekämpfung im Fokus.

Parallel zu den SDGs etablierte sich Anfang des Jahrtausends die Millenniumsagenda mit acht konkreten MDGs, die schwerpunktmäßig die ökonomische und humanitäre Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern bis 2015 propagieren. Die Agenda wurde 2005 und 2010 in New York teilweise modifiziert.

Momentan arbeiten zwei Arbeitsgruppen der Vereinten Nationen (VN) mehrgleisig und unabhängig voneinander an einer Fortsetzung der MDGs nach 2015, sowie an der Formulierung der SDGs. Die eigentliche Herausforderung stellt jedoch die Realisierung eines einheitlichen Zielsystems der internationalen Post-2015 Entwicklungsagenda dar, in dem Armuts- und Nachhaltigkeitsagenda miteinander verwoben sind. Diese Vorgehensweise soll Ressourcen bündeln und eliminiert Widersprüche, ohne dabei Effektivität und Messbarkeit einzubüßen.

Schon heute stimmen die beiden Agenden in wesentlichen Punkten überein. Grundsätzlich herrscht Konsens bezüglich der generellen Zielsetzung: der Bekämpfung von Armut und Ungerechtigkeit. Der Unterschied der beiden Agenden liegt je-

doch in ihrem jeweiligen Verständnis von Armut.

In den MDGs wird Armut vor allem als rein ökonomisches und humanitäres Phänomen gesehen. Dagegen neigen die SDGs dazu, mit unterschiedlichen Aspekten von Nachhaltigkeit geradezu überladen und damit wenig schlagkräftig zu sein. Da es sich bei Armut um ein multidimensionales und daher sehr komplexes Phänomen handelt, scheint eine Erweiterung der Prämissen der MDGs jedoch unumgänglich.¹

In Myanmar steht die internationale Entwicklungszusammenarbeit seit der schrittweisen Aufhebung der Sanktionen am Anfang. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, aus vergangenen Fehlern und Erfolgen in der Entwicklungszusammenarbeit Konsequenzen zu ziehen, um die Entwicklungsagenda in Myanmar erfolgreich und nachhaltig zu gestalten. In diesem Zusammenhang evaluiert der vorliegende Beitrag die bisherigen Anstrengungen zur Erreichung der MDGs in Myanmar. Darauf aufbauend wird das Konzept, welches den MDGs zugrunde liegt, diskutiert und Ansatzpunkte identifiziert, wie klassische Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit in einer Post-2015 Entwicklungsagenda speziell im myanmarischen Kontext erfolgreich verbunden werden können.

2. Die MDGs in Myanmar

MDG 1: Einkommensarmut und Hunger bekämpfen

Im Kampf gegen Armut und Hunger erzielt Myanmar seit 2005 Erfolge: der Anteil der von extremer Armut Betroffenen ging seit 2005 von 32 Prozent auf heute circa 26 Prozent zurück. Allerdings sind Hunger und Armut vor allem in der Peripherie und den Siedlungsgebieten der ethnischen Minderheiten oft wesentlich höher als im Landesdurchschnitt. Im nordwestlich gelegenen Chin-Staat zum Beispiel liegt die Armutsquote bei über 70 Prozent, die der Unterernährten bei 40 Prozent.²

Der Anteil der Erwerbstätigen stieg von 54,3 Prozent auf 57,1 Prozent. Die Verbesserung der Ernährungssituation von Kindern

gestaltet sich hingegen langsam und noch immer sind 23 Prozent der Kinder unter fünf Jahren untergewichtig.³

Die Erfolge Myanmars sind zumeist auf die ab 2010 veranlassten Wirtschaftsreformen zurückzuführen, welche die Inflation reduzierten und das Handelsvolumen konstant steigerten. Daher gestaltet sich die Entwicklung in Myanmar derzeit dynamischer als beispielsweise im Vergleich zum Nachbarn Bangladesch und ASEAN-Mitglied Kambodscha. Auf nationaler Ebene liegt keine umfassende und kohärente Strategie zur Armutsbekämpfung vor, wodurch die fragmentierten Bemühungen nur sporadisch wirken. Gleichzeitig nimmt die Schere zwischen reich und arm zu, da vor allem die etablierten Eliten von den 2010 eingeleiteten Reformen und dem damit verbundenen Wachstum profitieren.⁴

Um das MDG 1 in Myanmar bis 2015 zu erreichen, sind verstärkte und koordinierte Maßnahmen nötig, die integratives und dezentrales Wachstum, abseits der Ballungszentren, anregen. Vor allem die Senkung der Armutsrate von ca. 25 Prozent auf die angestrebten 16 Prozent darf als ambitioniert bezeichnet werden.⁵

MDG 2: Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten

Myanmar wird den angestrebten Alphabetisierungsgrad der 15- bis 24-Jährigen von 98 Prozent voraussichtlich rechtzeitig erreichen. Seit 2005 stieg die Alphabetisierungsquote der Jugendlichen von 92 Prozent auf aktuell ca. 96 Prozent, wobei diese Zahlen zunächst nur den quantitativen Aspekt betrachten. So brechen circa 23 Prozent der Schüler die Grundschule vor allem aus Kostengründen ab.⁶

Aktuell teilen sich 13 Ministerien die Verantwortlichkeit für Bildung in Myanmar. Die fragmentierten Zuständigkeiten belasten die ohnehin begrenzten finanziellen Ressourcen für Bildung und wirken sich auch negativ auf die Qualität der wenigen Bildungsangebote aus. Schulabsolventen erfüllen selten die Anforderungen und Profile der Pri-

vatwirtschaft. Außerdem unterrichten die Schulen nicht die Sprachen der Minderheiten. Gebühren und notwendige Auslagen für Bildung sind die Hauptursache für die zahlreichen Schulabbrüche und Nichteinschulungen.⁷

MDG 3: Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rolle der Frauen stärken

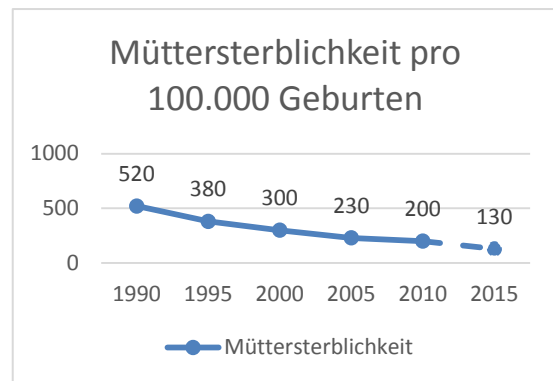
Im Bildungswesen sind Frauen und Männer gleichgestellt. Bestehende Benachteiligungen sind weniger geschlechterbedingt, sondern vielmehr auf Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Armut und Standort zurückzuführen.⁸ Allerdings sind Frauen durchaus strukturell benachteiligt, was die Vergabe von Führungspositionen in Politik und Wirtschaft angeht. Zwar beschäftigen Verwaltung und Ministerien in Myanmar circa 50 Prozent weibliche Angestellte und Beamtinnen, allerdings äußerst selten in Führungspositionen.⁹ Die Gleichstellung in der politischen Sphäre gestaltet sich als sehr problematisch. Seit der Unabhängigkeit 1947 wurde bis 2011 keine Frau als Ministerin oder stellvertretende Ministerin ernannt. In der 2010 gewählten Nationalversammlung liegt der Anteil der weiblichen Abgeordneten bei lediglich 4,3 Prozent.¹⁰ 50 Jahre Militärdiktatur haben ihre Spuren hinterlassen. Die Streitkräfte und die Mönchsorden stellen Kerninstitutionen in der myanmarischen Gesellschaft dar, werden aber von Männern dominiert. Zudem ist die Sensibilisierung bezüglich häuslicher und sexueller Gewalt sehr gering. Diese Phänomene erfasst das MDG 3 nicht.

MDG 4 & 5: Kindersterblichkeit senken und Gesundheit der Mütter verbessern

Die Kindersterblichkeit in Myanmar ist rückläufig. Seit 1988 halbierte sich die Sterblichkeitsrate der unter 5-Jährigen von 13 Prozent auf 6,2 Prozent. Das 2015 angestrebte Ziel von 38,5 Todesfällen auf 1000 Geburten scheint aber außer Reichweite. Inzwischen erhalten jedoch 83,6 Prozent der Kinder die empfohlenen Impfungen.

Die angestrebten 90 Prozent könnte Myanmar nach Einschätzung der UNO bis 2015 durchaus erreichen.¹¹

Da 88 Prozent der Geburten in Myanmar zu Hause stattfinden, sind Mütter nur unzureichend vor, während und nach der Geburt betreut. Vor allem arme Bewohner der ländlich geprägten Regionen besitzen keinen ausreichenden Zugang zu medizinischen Einrichtungen. Risikoschwangerschaften im Jugendalter werden auf Grund sozialer Tabuisierung ebenfalls nur notdürftig betreut. 25 Prozent der schwangeren Frauen in Myanmar besuchen weder Arzt, Krankenschwester, noch Hebamme. Primitive Abtreibungsmethoden und Hämorrhagien sind die Hauptursachen für die Müttersterblichkeit. Nur 38 Prozent der verheirateten Frauen benutzen Verhütungsmittel, 18 Prozent haben Zugang zu Familienplanungsdiensten.¹² Es gibt zwar eine kontinuierliche Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Mütter (zu Müttersterblichkeit siehe Grafik 1), jedoch kommt diese nur langsam voran.



Grafik 1: Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Republic of the Union of Myanmar (2013)¹³

MDG 6: HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen

Bei der Bekämpfung von Malaria und Tuberkulose kann Myanmar Erfolge vorweisen. Schon 2007 wurde die Malariasterblichkeit im Vergleich zu 1990 um 50 Prozent gesenkt.¹⁴ Ein Jahr später wurde Tuberkulose im gleichen Maße zurückgedrängt. Die Bekämpfung von HIV verhindert seit 2000 eine Ausbreitung der Immunschwäche-

krankheit. Auch wenn breite Bevölkerungsgruppen von HIV kaum bedroht sind, sind Risikogruppen, wie Prostituierte und Drogenabhängige sehr gefährdet. Gruppenspezifische Präventionsmaßnahmen und die medizinische Versorgung Infizierter sind hier unzulänglich.¹⁵

Die Gesundheitspolitik in Myanmar leidet unter mangelhafter Koordination und dramatischer Unterfinanzierung. Oft finanzieren nur internationale Geber oder private Sponser die bestehenden Angebote. Personal und Technologie entsprechen nicht den internationalen Standards und sind oft überholt. Armut, ethnische Zugehörigkeit und periphere Wohnlage verschlimmern die ohnehin angespannte medizinische Versorgung. Die breite Bevölkerung verfügt zudem nicht über ausreichende Kenntnisse bezüglich Hygiene, Verhütung und Infektionsrisiken.¹⁶

MDG 7: Ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten

Die Indikatoren für die Erreichung des siebten MDGs umfassen Trinkwasser, Lebensbedingungen in Slums und Artenvielfalt. Nach offiziellen Angaben wurden diese Vorgaben vorzeitig erfüllt. Die Trinkwasserversorgung ist dank der enormen natürlichen Wasservorkommen für einen Großteil der Bevölkerung nachhaltig gewährleistet. Der Zugang zu sanitären Einrichtungen stieg zwischen 1995 bis 2008 in den ländlichen Regionen von 39 Prozent auf 79 Prozent. Hauptursache für diesen bemerkenswerten Fortschritt ist eine 1998 von der Regierung ins Leben gerufene Kampagne, die grundlegende und alltägliche Hygienemaßnahmen vermittelt.¹⁷ Obwohl strenge Armut in Myanmar vor allem ein ländliches Phänomen ist, leben mit sinkender Tendenz 27,5 Prozent der städtischen Bevölkerung in slumähnlichen Wohnvierteln.¹⁸

Myanmar zeichnet sich durch einen besonders hohen Grad an Biodiversität und Ressourcenreichtum aus. Große Waldflächen und enorme Vorkommen an natürlichen Ressourcen stellen Chancen, sowie

Herausforderungen dar. Myanmar hat bereits in den 1970er Jahren weitläufige Naturschutzgebiete eingerichtet, um neben der Tierwelt auch die großen Teakwälder zu erhalten. Dennoch schreitet die meist illegale Abholzung der Regenwälder in besorgniserregendem Tempo voran. Myanmar exportiert 75 Prozent des weltweiten Bedarfs an Teakholz.¹⁹ Die Schätzungen wie viel Waldfläche seit 1990 verloren ging, schwanken zwischen elf²⁰ und 18 Prozent²¹. Viele der offiziell eingerichteten Arten- und Naturschutzgebiete existieren nur auf dem Papier und werden oft rücksichtslos geplündert. Die Zerstörung von natürlichen Lebensräumen, Wilderei, Rohstoffausbeutung und eine unzulängliche Implementierung der in Schutzgebieten geltenden Gesetze bedrohen die einzigartige Biodiversität in Myanmar essentiell.²²

MDG 8: Eine globale Entwicklungspartnerschaft aufbauen

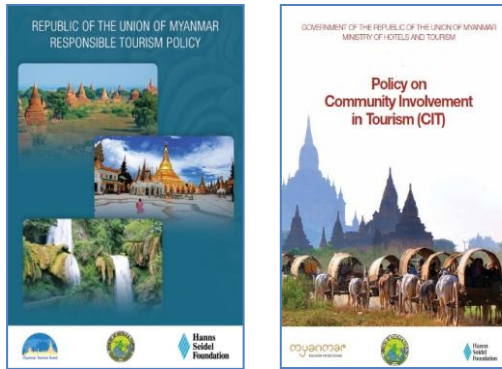
Seit 2011 lockerten die Europäische Union und die Vereinigten Staaten schrittweise die Sanktionen gegenüber Myanmar. Dadurch nahm die Entwicklungshilfe für Myanmar rasant zu und der lange isolierte Markt zieht ausländische Direktinvestitionen an.²³ Mit der Unterstützung internationaler Experten ist ein modernes Banken- und Finanzsystem im Aufbau. Auch die notwendige Kommunikationsinfrastruktur, wie beispielsweise der Ausbau des unterentwickelten Telefon- und Internetnetzes, wird in Kooperation mit ausländischen Investoren vorangetrieben.

Myanmar leidet jedoch unter einer chronischen Exportabhängigkeit von Rohstoffen. Direkte Investitionen aus dem Ausland finden meist nur im Rohstoffsektor statt.²⁴ Angesichts der sehr begrenzten Kapazitäten Myanmars die steigenden Entwicklungsgelder zu verwalten, muss zunächst darauf geachtet werden, die Allokation der Gelder angemessen zu koordinieren. Hier sind langsame Fortschritte erkennbar. Beispielsweise wurde im Februar 2013 mit dem so genannten „*Nay Pyi Taw Accord for*

Effective Development Cooperation“ ein Rahmenwerk zur Koordination, Durchführung und Evaluation verschiedener entwicklungspolitischer Projekte durch verschiedene „Sector Working Groups“ geschaffen.²⁵

Projekte der HSS

Die HSS berät das Tourismusministerium und den Tourismusverband bei der Ausarbeitung von Richtlinien zur Umsetzung einer verantwortlichen und nachhaltigen Tourismusentwicklung. Im Zentrum der Maßnahmen steht die Umsetzung der „Responsible Tourism Policy“ und der „Policy on Community Involvement in Tourism“. Beide Politikempfehlungen wurden vom Tourismusministerium in Kooperation mit der HSS entwickelt und bilden ein Rahmenwerk für eine nachhaltige und sozialverträgliche Tourismusentwicklung in Myanmar. Eine Entwicklung, die sowohl langfristige Arbeitsplätze garantiert, als auch den Schutz zur Umwelt zum Ziel hat und so direkt auf die MDGs 1 und 7 wirkt.



Mehr zu unser Arbeit unter www.hss.de/myanmar

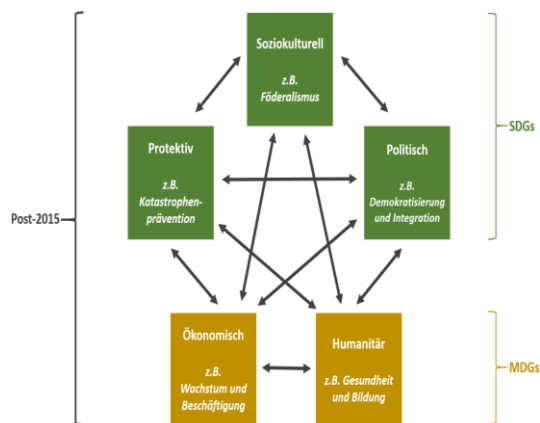
Zusammenfassend ist festzustellen, dass Myanmar für die Erreichung der MDGs großen Nachholbedarf hat. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass viele Fortschritte mehr oder weniger direkt auf die angestoßenen Reformen seit 2010 zurückzuführen sind. Des Weiteren muss angemerkt werden, dass die Datenlage im Land äußerst schwierig ist. Die letzte systemati-

sche Datenerhebung hat im Jahr 1983 stattgefunden und die meisten Daten basieren auf Schätzungen internationaler Organisationen. Der offizielle Bericht der Regierung Myanmars zum Status der MDGs im Land verzeichnet zwei Indikatoren der MDGs als vorzeitig erreicht und sieben weitere als sehr wahrscheinlich bis 2015 erreichbar.²⁶ Auch wenn Myanmar keineswegs alle Ziele und Unterziele der MDGs bis 2015 erreicht, kann eine kohärente und nachhaltig gestaltete Post-2015 Entwicklungsagenda Myanmar dabei helfen, zukünftige Entwicklungsschwerpunkte zu setzen und angestrebte Ziele zu erreichen.

3. Allgemeine Kritik an den MDGs

Damit eine Post-2015 Entwicklungsagenda erfolgreich erarbeitet und umgesetzt werden kann, gilt es zunächst die Millenniumsagenda kritisch zu betrachten. Einige allgemeine Kritikpunkte an der Millenniumsagenda sind im Falle von Myanmar besonders zutreffend. Beispielsweise berücksichtigen die MDGs keine Verteilungsfragen. Eine prozentual sinkende Kindersterblichkeit, sagt nicht aus, ob die Kinder benachteiligter Bevölkerungsgruppen wirklich besser versorgt und geschützt werden oder ob sich lediglich die Gesundheitsversorgung der privilegierten Gruppen verbessert hat und sich positiv auf die Statistik auswirkt. Gerade die etablierte Oberschicht in Myanmar profitiert enorm von den seit 2011 angestoßenen Reformen, während sich die positiven Auswirkungen für Mittel- und Unterschicht in Grenzen halten. Außerdem messen die MDGs nur quantitative Fortschritte. Ein Kind, welches eine Grundschule besucht und abschließt, wird als Erfolg verbucht. Die Qualität des Bildungsangebots bleibt dabei völlig unberücksichtigt. Gerade die Schulen in den von Minderheiten besiedelten Gebieten in Myanmar leiden unter mangelhafter Ausstattung. Nur 21 Prozent der Schüler beherrschen gerade einmal 50 Prozent des vermittelten Lernstoffs in Mathematik, was sich jedoch keineswegs negativ auf die Evaluierung der MDGs aus-

wirkt.²⁷ Die Berufsqualifikation der Schüler wird auf diese Weise aber erheblich limitiert und letztendlich Armut dadurch mit verursacht. Schul- und Universitätsabsolventen entsprechen zumeist nicht den Anforderungen der Wirtschaft, was ihnen einen sozialen Aufstieg unmöglich macht. Arbeitgeber bedauern insbesondere das Fehlen von Selbstständigkeit und analytischem Denken.



Grakik 2: Dimensionen von Armut nach der Definition der OECD, Quelle: HSS Myanmar

Neben fehlender Verteilungssensitivität und mangelnder qualitativer Evaluierung leidet die Aussagekraft der MDGs vor allem unter der reduktionistischen Auffassung von Armut. Während das MDG 1 lediglich ökonomische Möglichkeiten skizziert und die MDGs 2-7 humanitäre Verwirklichungschancen reflektieren, bleiben andere Dimensionen von Armut außen vor.²⁸ Die Armutsdefinition der OECD dagegen, die sich auf ein Konzept von Nobelpreisträger Amartya Sen stützt, beschreibt Armut als Mangel an Möglichkeiten oder Verwirklichungschancen (*capabilities*) in mehreren Kategorien (siehe Grafik 2).²⁹ Zu diesen Kategorien gehören neben ökonomischen und humanitären Verwirklichungschancen auch politische, sozio-kulturelle und protektive. Die Einbeziehung dieser Armutskategorien fügt sich nahtlos in die Diskussion um die Post-2015 Entwicklungsagenda ein, da genau hier der Unterschied zwischen den MDGs und den in der Diskussion befindlichen SDGs liegt. Abbildung 2 veranschaulicht die verschiedenen Dimensionen

von Armut und zeigt welche Dimensionen den MDGs und welche den SDGs zugeordnet werden können.

Im Folgenden soll zunächst der Prozess zur Erarbeitung der SDGs erläutert werden. Darauf aufbauend wird diskutiert, inwieweit die in Abbildung 2 genannten SDG-Schwerpunkte im myanmarischen Kontext die Millenniumsagenda sinnvoll ergänzen und sich auf dieser Basis eine kohärente Post-2015 Entwicklungsagenda entwickeln kann.

Projekte der HSS

Im Bereich Umweltschutz und umweltfreundlichem Wirtschaftswachstum unterstützt die HSS die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Myanmar und Vietnam. Beispielsweise organisierte die HSS eine Delegationsreise des myanmarischen Umweltministeriums im Oktober 2013 nach Vietnam, um mit vietnamesischen Kollegen Erfahrungen auszutauschen und Chancen sowie Probleme zu erörtern. Beide Staaten werden maßgeblich von Flusslandschaften und Deltaregionen geprägt und ringen daher mit ähnlichen Umweltveränderungen, wie ein steigender Meeresspiegel und Versalzung. Die Etablierung von regelmäßiger umweltpolitischer Kooperation bietet sich deshalb besonders an, um gemeinsam effektive umweltpolitische Lösungen zu entwickeln und die Umsetzung des MDG 7 voranzutreiben.

4. Die SDGs in Myanmar: Ansatzpunkte für eine Post-2015 Entwicklungsagenda

Der Fahrplan zur Entwicklung der Post-2015 Entwicklungsagenda ist ambitioniert. Ende 2014 soll demnach ein ausgereiftes und beschlussfähiges Konzept erarbeitet sein. Die maßgeblichen Institutionen dabei sind das *UN Task Team* und das *High-level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 UN Development Agenda*. Der finale Bericht der *Open Working Group (OWG) on Sustainable Development Goals* wird im Herbst 2014 erwartet (siehe Grafik 3).³⁰

rigen Auseinandersetzungen zwischen den nationalen Streitkräften (*Tatmadaw*) und den über 30 Rebellengruppen.³⁹ Der Mangel an föderalen Strukturen verursacht sehr begrenzte Möglichkeiten zur autonomen Selbstverwaltung der ethnischen Minderheiten. Die daraus resultierende Frustration, gepaart mit Diskriminierung und Perspektivlosigkeit ganzer Volksgruppen, schlägt nicht selten in Gewalt um. Aktuellstes Beispiel ist der Konflikt im Kachin Staat im äußersten Norden Myanmars. Hier kämpft die Kachin Independence Organisation (KIO) gegen die myanmarische Armee für mehr Selbstbestimmung. Nach Schätzungen mussten durch die anhaltenden Kämpfe im Jahr 2013 100.000 Zivilisten aus der Region fliehen.⁴⁰ In den Flüchtlingslagern herrscht extreme Armut und Hilfsorganisationen haben nur sehr begrenzt Zugang zu den Betroffenen. Dies wiederum schließt Entwicklung in den betroffenen Regionen praktisch aus und die Stigmatisierung der Minderheiten nimmt weiter zu.



Foto 1: Die myanmarische Delegation besuchte im Rahmen der 2. Wildbad Kreuther Föderalismustage den Bundesrat in Berlin, Quelle: HSS Myanmar.

Das *High Level Panel of Eminent Persons* fordert die Aufnahme von guter Regierungsführung und effektiven Institutionen in die Post-2015 Entwicklungsagenda.⁴¹ Für den myanmarischen Kontext ist in diesem Zusammenhang die Etablierung von föderalen und dezentralisierten Institutionen besonders vielversprechend, da diese in Myanmar langfristig inklusive Entwicklung und gute Regierungsführung fördern könnten. Eine föderal strukturierte Allokationspolitik könnte sich zudem positiv auf entwicklungs-

politische Themen, wie Gesundheit, Transport und Bildung auswirken.⁴² Nicht umsonst bezeichnete Parlamentssprecher Thura U Shwe Mann Föderalismus als „*the very issue of the country*“.⁴³

Projekte der HSS

Im Bereich Demokratieförderung, mögliche neue Indikatoren in einem Post-2015 Prozess, stehen Themen wie Föderalismus und Kooperationsmechanismen zwischen subnationaler und nationaler Ebene im Fokus der HSS-Projektarbeit. Beispielsweise organisierte die HSS im November 2013 eine Delegationsreise zu den zweiten Wildbad Kreuther Föderalismustagen. Die myanmarische Delegation bestand aus Abgeordneten der regionalen Parlamente und des nationalen Parlaments, die mit Teilnehmern aus Europa und Asien Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und subnationaler Kooperation bezüglich Finanzmanagement, Konfliktlösung und Kompetenzverteilung diskutierten. Gerade in einem heterogenen Flächenstaat wie Myanmar bieten föderale Strukturen bei der Etablierung von Frieden, Rechtsstaat und Demokratie eine aussichtsreiche Alternative.

Politische Verwirklichungschancen

Politische Verwirklichungschancen ermöglichen gesellschaftliche Partizipation an politischen Prozessen. Nur durch möglichst uneingeschränkte freie Meinungsäußerung, Informationsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und faire und freie Wahlen können die Bürger ihre Vertreter auswählen und kontrollieren. Myanmars Fortschritte im Demokratisierungsprozess sind evident, verlaufen jedoch besonders im sicherheitspolitischen Bereich zögerlich.⁴⁴ Die ersten landesweiten freien und allgemeinen Wahlen stehen 2015 erst noch bevor. Nach über 50 Jahren Militärrherrschaft verfügt Myanmar über eine unterentwickelte Zivilgesellschaft und eine verkümmerte, vom Militär dominierte politische Kultur. Im Bericht des *High-Level Panel of Eminent Persons* wird die Steigerung

von öffentlicher Teilhabe und zivilem Engagement als elementarer Teil für eine Post-2015 Entwicklungsagenda genannt.⁴⁵ Hier besteht viel Nachholbedarf. 28 Prozent der Kinder in Myanmar werden bei der Geburt nicht registriert und sind somit von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten ausgeschlossen.⁴⁶ Korruption grassiert immer noch in Myanmar und lähmt die politische und wirtschaftliche Entwicklung, da Nepotismus die etablierten Machtstrukturen stärkt. Die internationale Gemeinschaft kann auf der zwischenstaatlichen Ebene externe Anreize setzen, um Myanmars Anstrengungen und Reformen zu honorieren und zu forcieren. Die regionale Integration Myanmars in den ASEAN-Staatenbund, die besonders durch den erstmaligen ASEAN-Vorsitz Myanmars 2014 deutlich wird, ist nur ein Beispiel dafür.

Projekte der HSS

Die HSS unterstützt das myanmarische Außenministerium seit Mitte der 1990er Jahre bei der regionalen Integration in den ASEAN-Staatenbund vor allem mit der Aus- und Fortbildung von Diplomaten. Im Jahr 2013 organisierte die HSS in Kooperation mit dem myanmarischen Außenministerium zwei öffentliche Talkshows, welche die erstmalige ASEAN-Präsidentschaft Myanmars 2014 thematisierten und für die breite Öffentlichkeit verständlich aufbereiteten.

werden können. Eine Post-2015 Agenda, welche neben den MDG-Schwerpunkten auch protektive, soziokulturelle und politische Aspekte integriert, kann einen enormen Beitrag leisten, Armut und Unterentwicklung nachhaltig zu beseitigen. Da die Entwicklungszusammenarbeit in Myanmar noch vergleichsweise in den Kinderschuhen steckt, wird die Post-2015 Entwicklungsagenda zukünftig eine entscheidende Rolle spielen. Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz betont das enorme Wachstumspotential Myanmars. Wegen seiner strategisch günstigen Lage als Bindeglied zwischen Indien, China und Südostasien, könnte Myanmars Wirtschaft innerhalb des nächsten Jahrzehnts geradezu explodieren.⁴⁷ Ob diese Entwicklung jedoch inklusiv und nachhaltig stattfindet, hängt nicht zuletzt auch von den Schwerpunkten der zukünftigen internationalen Entwicklungsagenda ab.

|| ACHIM MUNZ

Projektassistent Myanmar

Unter Mitarbeit von Michael Siegner und Lorenz Fischer

5. Zusammenfassung und Fazit

Der Artikel legt dar, dass den MDGs und den SDG verschiedene Armutskonzeptionen zugrunde liegen. Eine Integration rein ökonomisch-humanitärer Armutsbekämpfung nach bekanntem MDG-Muster und Nachhaltigkeitselementen, wie sie von den SDGs propagiert werden, stellt die große Herausforderung für eine kohärente internationale Post-2015 Entwicklungsagenda dar.

Das Beispiel Myanmar zeigt, dass Umweltschutz, gute Regierungsführung und gesellschaftliche Partizipation nicht von nachhaltiger Entwicklungspolitik getrennt

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Loewe, Markus (2012): Nach 2015: wie lassen sich die Millennium Development Goals mit den in Rio beschlossenen Sustainable Development Goals verbinden?, URL http://www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_14.2012.pdf [01.12.2013].
- 2 Vgl. Ebd., S. 13-14.
- 3 Vgl. Republic of the Union of Myanmar - Millennium Development Goals Report 2013, S. 5, URL <http://www.se.undp.org/content/dam/sweden/Rapporter/MDG%20report%20Myanmar.pdf> [05.12.2013].
Vgl. United Nations Country Team Thematic Analysis 2011, S. 13-15, URL <http://www.undg.org/docs/12434/Thematic-Analysis-2011-for-Myanmar.pdf> [05.12.2013].
- 4 Vgl. Ebd., S. 14-15.
- 5 Vgl. Ebd., S. 13-14.
- 6 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 19; Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2013), S. 5.
- 7 Vgl. Ebd., S. 19-21.
- 8 Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2013), S. 5-6.
- 9 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 23.
- 10 Vgl. Ebd., S. 23.
- 11 Vgl. Ebd., S. 27.
- 12 Vgl. Ebd., S. 28.
- 13 Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2013), S. 7.
- 14 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 28.
- 15 Vgl. Ebd., S. 27-28.
- 16 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 28-29.
- 17 Vgl. Ebd., S. 32-33.
- 18 Vgl. Ebd., S. 33.
- 19 Vgl. Science News (22.08.2012), Myanmar in deforestation crisis. URL http://www.upi.com/Science_News/2012/08/22/Myanmar-in-deforestation-crisis/UPI-50031345670650/ [09.01.2014].
- 20 Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2013), S. 8.
- 21 Vgl. The United Nations Collaborative Programme on Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries, URL http://www.un-redd.org/AsiaPacific_Myanmar/tabid/104264/Default.aspx [30.12.2013].
- 22 Vgl. Rao, Madhu, Htun, Saw, Platt, Steven G., Tizard, Robert, Poole, Colin, Myint, Than und Watson, James E. M. (2013): Biodiversity Conservation in a Changing Climate: A Review of Threats and Implications for Conservation Planning in Myanmar, Springer, S. 5 ff.
- 23 Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2013), S. 9.
- 24 Vgl. Ministry of National Planning and Economic Development - Directorate of Investment and Company Administration (DICA): FOREIGN INVESTMENT OF PERMITTED ENTERPRISES AS OF (30/11/2013) (BY SECTOR), URL <http://www.dica.gov.mm/dicagraph.htm> [12.12.2013].
- 25 Vgl. Nay Pyi Taw Accord for Effective Development Cooperation, URL <http://www.president-office.gov.mm/en/?q=briefing-room/announcements/2013/01/29/id-1493> [09.01.2014].
- 26 Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2013), S. 128-134.
- 27 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 20-21.
- 28 Vgl. The UN System Task Team on the Post-2015 UN Development Agenda (2012), S. 8 ff, URL http://www.un.org/en/development/desa/policy/untaskteam_undf/untt_report.pdf [05.12.2013].
- 29 Vgl. Sen, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen - Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München, S. 52 ff.
- 30 Vgl. UN Water (2013): Water in the post-2015 process – An overview, URL <http://www.unwater.org/post2015.html> [18.12.2013].
- 31 Vgl. Development Co-operation Directorate (2001), S. 38.
- 32 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 30.
- 33 Vgl. Musch-Borowska, Bernd (2012): „Nargis“ – Das Trauma bleibt, URL <http://www.tagesschau.de/ausland/nargis100.html> [12.12.2013].
- 34 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 30-34 und Republic of the Union of Myanmar (2013), S. 8-9.
- 35 Vgl. The Report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda (2013), S. 38, URL <http://www.post2015hlp.org/wp-content/uploads/2013/05/UN-Report.pdf> [05.12.2013].
- 36 Vgl. Kulke, Ulli (2008): Mangroven zwischen Mensch und Naturgewalt, URL <http://www.welt.de/wissenschaft/article1978016/Mangroven-zwischen-Mensch-und-Naturgewalt.html> [13.12.2013].
- 37 Vgl. Elster, Carola (2001): Mangroven - Ihr Stellenwert Ursachen ihrer Schädigungen Möglichkeit ihrer Rehabilitation, S. 9-32, URL <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/02-0088.pdf> [12.12.2013].
- 38 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 15; Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2013), S. 20 ff.
- 39 Vgl. Keenan, Paul (2012): By Force of Arms – Armed Ethnic Groups in Burma, Chiang Mai, S. 5-6.
- 40 Vgl. The Irrawaddy, Januar 2014, S. 12.
- 41 Vgl. The Report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda (2013), S. 50.
- 42 Vgl. Munz, Achim und Siegner, Michael (2012): Federalism in Myanmar: Status Quo, Positions and Outlook, in Federalism in Asia and beyond - The Wildbad Kreuth Federalism Days 2012, hrsg. von Christian J. Hegemer und Hanns Bühler, München, S. 312.
- 43 Vgl. Asia Inquirer (2013): Without federal system Myanmar's peace agenda will be difficult, in: Asia Inquirer, 04.09.2013.
- 44 Vgl. Selth, Andrew (2013): Burma's Security Forces: Performing, Reforming or Transforming?, S. 12 ff, URL http://www.griffith.edu.au/_data/assets/pdf_file/0011/559127/Regional-Outlook-Paper-45-Selth.pdf [13.12.2013].
- 45 Vgl. The Report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda (2013), S. 50.
- 46 Vgl. Unicef Statistics (2011): Myanmar, Republic of the Union of, URL http://www.unicef.org/infobycountry/myanmar_statistics.html [19.12.2013].
- 47 Vgl. United Nations Country Team (2011), S. 10.

DIE MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE IN KENIA: UMSETZUNG, HERAUSFORDERUNGEN UND AUSBLICK

MARKUS BALDUS ||

Kenia entwickelt sich nur langsam. Im Human Development Index (HDI) ist Kenia auf Platz 145 (von 187) zurückgefallen. Viele Menschen sind von großer Armut und Ernährungsunsicherheit betroffen, die Kindersterblichkeit ist hoch und die Gesundheitsversorgung von Müttern schlecht. An der Lösung dieser Probleme setzen die im Jahr 2000 definierten Millenniumsentwicklungsziele (engl. Millennium Development Goals - MDGs) an. Kenia wird es jedoch voraussichtlich nur gelingen, ein einziges dieser Ziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

Entstehung und aktueller Stand

Bereits im Jahr 1965, zwei Jahre nach der Unabhängigkeit, erarbeitete Kenia einen Strategieplan um Armut, Krankheiten und mangelnde Bildung zu bekämpfen. Dieser erste Versuch, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, führte jedoch nicht zu einer dauerhaften Verbesserung der Entwicklungsdefizite in Kenia, da das Land noch immer im HDI auf einem Platz im unteren Viertel rangiert. Nachdem sich Kenia im Jahr 2000 mit 188 weiteren Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zur Umsetzung der MDGs verpflichtet hatte, begann im September 2002

der Implementierungsprozess. Zunächst sollten die MDGs in den nationalen Planungsrahmen eingearbeitet werden, wobei die kenianische Regierung jedoch erst im Mai 2004 ein Konzept erstellte.¹ Zuständig für die Umsetzung wurde das Ministerium für Planung und nationale Entwicklung, das heute Ministerium für Devolution und Planung heißt. Zwei weitere wichtige Akteure im Implementierungsprozess sind das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die finnische Regierung, die den Prozess beratend und finanziell stark unterstützt und dazu beitrug, dass die MDGs in den kenianischen Entwicklungsprozess integriert wurden.²

Über den Stand der Umsetzung der MDGs wird sehr unterschiedlich berichtet. Vor allem die Regierungsinstitutionen sowie beteiligte Organisationen stellen große Fortschritte Kenias bei der Zielerreichung fest. Diese lägen vor allem in den Bereichen der Primarschulbildung, der Gleichstellung der Geschlechter und der Bekämpfung von Kindersterblichkeit, HIV und AIDS, Malaria und anderen Krankheiten.³

Kritisch hingegen bewerten die Vereinten Nationen, andere internationale sowie nicht-staatliche lokale Organisationen und die

Fachpresse die Entwicklung. Diese gehen davon aus, dass Kenia außer dem MDG, das auf allgemeine Primarschulbildung abzielt, voraussichtlich die Ziele bis 2015 nicht erreichen wird. Einen positiven Einfluss könnte lediglich die am 27. August 2010 formal per Referendum in Kraft gesetzte neue Verfassung haben.

Betrachtet man die verfügbaren Daten, lässt sich der größte Fortschritt im Bereich der Primarschulbildung verzeichnen. Es ist zu erwarten, dass im Jahr 2015 nahezu 100 Prozent aller Kinder die Grundschule besuchen und die Möglichkeit eines Abschlusses haben werden. Dies bedeutet, dass man hier auch im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter Fortschritte gemacht hat, da sowohl Mädchen als auch Jungen die Primarschule in gleichem Maße besuchen.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist auch in der neuen Verfassung verankert. So müssen etwa gewählte Gremien zu jeweils mindestens einem Drittel mit Frauen beziehungsweise Männern besetzt sein: Durch nachträgliche Nominierungen erfolgte dies bereits nach den Wahlen 2013 auf Ebene der County-Versammlungen, für das nationale Parlament wurde die Umsetzung jedoch per Entscheid des Obersten Gerichtshofs zunächst verschoben, das diese Maßnahme im Rahmen der letzten Wahlen für nicht realisierbar hielt.

Die übrige Bilanz der MDGs ist jedoch ernüchternd. Besonders schlecht schneidet Kenia bei der Bekämpfung von extremer Armut und Hunger sowie bei den Gesundheitszielen ab.⁴ Sehr bedenklich ist der Anstieg der Müttersterblichkeit: Während 2003 noch 414 von 100.000 Frauen in der Schwangerschaft oder bei der Entbindung starben, waren es 2008/09 bereits 488 von 100.000 Frauen.⁵ In einigen, vor allem ländlichen Regionen beträgt diese Rate bis zu einem Prozent, da hier der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen besonders schwierig ist. Für die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger war die Ausgangssituation im Jahr 2000 bereits sehr schlecht. So lag zu Beginn der Implementie-

rung die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen bei über 50 Prozent.⁶ Im Jahr 2011 waren es immer noch über 46 Prozent. Dürren und andere Folgen des Klimawandels sind entscheidende Faktoren für das Fortbestehen der Ernährungsunsicherheit. Auch im Bereich der Bekämpfung von HIV/AIDS ließen sich nur geringe Fortschritte erzielen, ebenso wie im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit.⁷

Somit ist davon auszugehen, dass Kenia tatsächlich nur ein einziges MDG innerhalb des gesetzten Zeitrahmens bis 2015 erreichen wird.

Neue Hoffnung durch die Vision 2030?

Am 10. Juni 2008 rief der damalige Präsident Mwai Kibaki das kenianische Entwicklungsprogramm *Vision 2030* ins Leben. Ziel der *Vision 2030* ist es, Kenia bis 2030 in ein „industrialisiertes“ Land mit mittlerem Einkommen zu transformieren, das allen Bürgern eine hohe Lebensqualität in einer sauberen und sicheren Umwelt bietet, so dass alle Kenianer vom Wohlstand profitieren können.⁸ Zahlreiche Akteure aus dem öffentlichen sowie privaten Sektor, Zivilgesellschaft, Medien und internationale Partner erarbeiteten in einem partizipativen Prozess einen Entwicklungsplan, der 2008 in Kraft trat und auf drei Säulen basiert:

Die wirtschaftliche Säule zielt vor allem auf ein jährliches zehnpromotiges Wirtschaftswachstum ab. Durch die Identifikation und wirtschaftlich nachhaltige Nutzung der Sektoren mit großen wirtschaftlichen Potentialen soll vor allem das MDG zur Bekämpfung von extremer Armut und Hunger erreicht werden. Die sozialen und politischen Reformen sollen dazu beitragen, die wirtschaftlichen Ziele zu realisieren und die Nachhaltigkeit zu fördern. Dies zeigt sich im hohen wirtschaftlichen Wachstum: Während 2008 die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukt nur 1,5 Prozent betragen hatte, war sie im Jahr 2012 bereits auf 4,6 Prozent gestiegen.⁹

Die soziale Säule hat eine gerechte und solidarische Gesellschaft zum Ziel, die an

einer fairen sozialen Entwicklung in einer sauberen und sicheren Umwelt teilhat. Diese Säule ist mit den Gesundheitszielen sowie dem MDG der Primarschulbildung verknüpft.

Im Rahmen der politischen Säule sollen Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung in Kenia gewährleistet werden, was der Absicht der Millenniumserklärung entspricht, Demokratie und Menschenrechte zu fördern.¹⁰

Somit definierte die Regierung und die kenianische Zivilgesellschaft die Ziele von Vision 2030 in Übereinstimmung mit den MDGs, wobei insbesondere die soziale Säule diesen Rechnung trug. Nach der Entwicklung des Strategiepapiers wurden im ganzen Land Foren durchgeführt, um die Bevölkerung für die Entwicklungsprobleme sowie die Vision-2030-Strategie zu sensibilisieren.¹¹ Positiv ist zu bewerten, dass die im Rahmen der Vision 2030 definierten Ziele die speziellen, für Kenia relevanten Bedingungen berücksichtigen und damit konkreter sind als die allgemein und für alle Länder gleich geforderten MDGs.

Eine beispielhafte Umsetzung durch die Millenniumsdörfer?

Neben dem Ministerium für Planung und nationale Entwicklung, dem für die Umsetzung der MDGs verantwortlichen Hauptakteur, engagieren sich noch weitere staatliche und nicht-staatliche Akteure, um zur Erreichung dieser Ziele beizutragen. Eine dieser Institutionen ist das Earth Institute der Columbia Universität in New York, das auch in Kenia in zwei Regionen Programme durchführt.

Schon 1979 führten die indische Regierung, die Ford Foundation und die Weltbank in der Region Nyanza in der Nähe des Victoria-Sees das sogenannte Second Integrated Agricultural Development Project (IADP II) durch, das landwirtschaftliche Entwicklung zum Ziel hatte. Jedoch stellte die Weltbank 1983 das Projekt ein, da sie viele Herausforderungen unterschätzt hatte und das Projekt trotz bester Absichten so gut wie

keine Wirkung für die Bauern in der Region erzielte. Die Weltbank sah als Hauptgrund für das Scheitern, dass das Projekt von der Zentralregierung und nicht von der Distriktebene umgesetzt wurde.¹² Die Vereinten Nationen gründeten in der gleichen Region 25 Jahre später das erste Millenniumsdorf.¹³ Ähnliche Dörfer gibt es im Rahmen dieses Projekts inzwischen in zehn afrikanischen Ländern.¹⁴ Ziel der Millenniumsdörfer ist es, in diesen exemplarisch die MDGs zu erreichen, wobei der Schwerpunkt vor allem auf der Bekämpfung absoluter Armut liegt.¹⁵ Für jedes Dorf werden Aktionspläne erstellt, die genau auf die spezifischen Bedürfnisse jedes einzelnen Dorfes zugeschnitten sind. Oftmals können die Probleme durch einfache Maßnahmen bekämpft werden: So können etwa mit Insektiziden behandelte Moskitonetze Malaria eindämmen.¹⁶

In Kenia gibt es zwei solcher Millenniumsdörfer: Sauri befindet sich im County Siaya im Westen des Landes nahe des Victoria-Sees, und Dertu liegt im County Garissa im Nordosten Kenias, nicht weit von der somalischen Grenze entfernt.¹⁷

Dertu ist ein Nomadendorf, das in einer sehr trockenen Gegend liegt. Die Menschen leiden unter extremer Armut und sind seit Jahren von Nahrungsmittelhilfen abhängig. Im Rahmen des Projekts der Millenniumsdörfer konnten seit 2006 die Wasserversorgung verbessert sowie mobile Schulen und mobile Kliniken eingerichtet werden, die mit der nomadischen Dorfgemeinschaft umherziehen. Ferner finden zehnmal mehr Geburten als früher in Begleitung von medizinisch geschultem Personal statt und verbesserte Anbaumethoden gewährleisten eine bessere Nahrungsmittelversorgung.¹⁸ Außerdem unterstützen die Telekommunikationsunternehmen Ericsson und Zain die Gemeinschaft, indem sie die Stromversorgung in dem abgelegenen Dorf gewährleisten und ein Mobilfunknetz aufbauten.¹⁹ Da in ländlichen Regionen Kenias kaum Festnetzanschlüsse existieren, bietet die inzwischen landesweit genutzte Mobilfunktechnologie den Bewohnern die Möglichkeit, in Notfällen

schnell Gesundheitseinrichtungen zu kontaktieren oder günstigen Zugang zu Informationen aller Art zu erhalten. Ferner können auf diesem Weg Geschäftsleute mit Kunden oder Zulieferern in Kontakt treten und so Reisekosten einsparen. Somit trägt die Mobilfunktechnologie zum Erreichen der MDGs bei. Inzwischen ist man zuversichtlich, dass die MDGs in Dertu bald erreicht sein werden. „Wenn ich etwas gelernt habe, dann das: Es ist nicht schwer, die MDGs zu erreichen. [...]Es ist nur schwer, wenn wir nicht wirklich ernst damit machen“²⁰, so zuversichtlich äußert sich Patrick Mutuo, Leiter des Projektes im Millenniumsdorf Dertu.

Sauri ist ein Gebiet, das aus elf Dörfern besteht und seit Sommer 2004 Unterstützung erhält, als 85 Prozent der Bevölkerung von Ernährungsunsicherheit betroffen waren. Das Projekt hilft vor allem dabei, eine saubere Trinkwasserversorgung zu garantieren, Grubenlatrinen zu bauen, Malaria durch das Verteilen von Moskitonetzen einzudämmen und die Umwelt durch Anpflanzen von in projekteigenen Baumschulen gezüchteten Bäumen zu verbessern. Erfolge stellten sich schnell ein. So verdreifachte sich die Maisproduktion, das bereits bestehende Mittagessenprogramm für die Schulen gewann an Qualität und die Malariaprävalenz sank von 55 auf 13 Prozent.²¹

Ein Besuch des im Gebiet Sauri liegenden Millenniumsdorfes Luero im Oktober 2013 zeigte jedoch auch die negativen Seiten des Projekts. Im Gegensatz zu den Dörfern im Umland sah das Gebiet sehr gepflegt aus. Charakteristisch für die Sichtweise der Einwohner äußerte ein Dorfbewohner: „Ich glaube, ich spreche für alle, wenn ich sage, dass wir sehr glücklich sind, dass unser Dorf ausgewählt wurde. Aber leider wissen wir auch, dass in zwei Jahren die Unterstützung wegfällt.“ Er machte deutlich, dass sich viele Dinge zum Positiven verändert haben. So verbesserten der Ausbau der Straßen und die Versorgung mit Elektrizität die Infrastruktur in den Dörfern. Auch hat man die Landwirte, die hauptsächlich

Subsistenzlandwirtschaft betreiben, geschult sowie mit Dünger und Samen versorgt, was zu einer deutlich besseren Nahrungsmittelversorgung führte. Ferner leistete die Initiative Aufklärung zu HIV/AIDS, um dessen Verbreitung einzudämmen. Als weltweit erstes und bekanntestes Millenniumsdorf galt Sauri oft als das *Wunderdorf*.²² Spricht man jedoch die Dorfbewohner auf die Nachhaltigkeit des Projekts an, so zeigen sich deutliche Bedenken und Zweifel. Ein Landwirt berichtete, dass er zwar dankbar für die erhaltenen Düngemittel und Samen sei, seine Ernte aber trotzdem nur in sehr geringen Mengen vermarkten könne, da der Ertrag gerade den Eigenbedarf decke. Er sei sich bewusst, dass die Hilfe spätestens 2015 wegfallen werde und die Bevölkerung dann wieder alleine dastehe. Dann existierten zwar Gesundheitszentren, man könne aber die Ärzte in diesen nicht mehr bezahlen. Auch könne die Dorfbevölkerung die neu gebaute Straße bald nicht mehr in Stand halten. Ferner sei die Solarzelle, die auf seinem Hausdach installiert sei, nutzlos, da eine Batterie fehle, die auch nachts Elektrizität bringen könnte. Der Vater von neun Kindern hat Angst vor der Zukunft, da er fürchtet, dass die Dörfer 2015, nach Beendigung des Projekts, wieder auf den früheren Entwicklungsstand zurückfallen werden, vielleicht lediglich mit einer besseren Wasserversorgung.

Auch die Welthungerhilfe hat im Jahr 2006 Millenniumsdörfer gegründet, um die MDGs bis zum Jahr 2015 beispielhaft umzusetzen. Sie wenden das Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“ an, um so die Nachhaltigkeit zu gewährleisten.²³ So gibt es auch in Kenia im County Kajiado ein Millenniumsdorf der Welthungerhilfe. In diesem konzentriert sich die Hilfe auf den Wassersektor: So errichtete das Projekt Regenfänge und Wassertanks. Die Bürger können gegen eine kleine Gebühr an sogenannten Wasserkiosken Frischwasser kaufen, wobei die Einnahmen aus den Gebühren in die Instandhaltung fließen. „Auf diese Weise sollen die schlimmsten Auswirkungen zukünftiger Dür-

ren verhindert werden.“²⁴, sagt die Welthungerhilfe.

Grundsätzlich und vor allem aus akademischer Sicht, um Erfahrungen im Kleinen hinsichtlich der Erreichung der MDGs zu sammeln, war der Ansatz, exemplarisch Millenniumsdörfer einzurichten, sicherlich gut; allerdings ist die Nachhaltigkeit fragwürdig. Das direkte Gespräch mit Dorfbewohnern hat gezeigt, dass sie selbst an der Nachhaltigkeit des Projekts zweifeln. Sie sehen das Projekt als eine zeitlich begrenzte Hilfe und nicht als eine langfristige Veränderung ihrer Lebensumstände. Daher bleibt fraglich, ob die Millenniumsdörfer tatsächlich als Vorbild bei der Umsetzung der MDGs dienen können. Die Ziele werden zwar eher erreicht als in vergleichbaren Regionen, die nicht diese Unterstützung erfahren. Jedoch ist davon auszugehen, dass den Millenniumsdörfern in einigen Jahren die finanziellen Mittel fehlen werden, um etwa die neue Infrastruktur in Stand zu halten oder begonnene Initiativen fortzusetzen, so dass sie dann wohl wieder auf den früheren Entwicklungsstand und auf das Niveau anderer Dörfer in der Umgebung zurückfallen werden.

Herausforderungen auf dem Weg der Zielerreichung

Bei der Umsetzung der MDGs sind viele Herausforderungen aufgetreten. Ein großes Problem ist, dass die „Harmonisierung und Koordination der MDG-Aktivitäten mangelhaft ist“²⁵, da die Prozesse auf Regierungsebene zu wenig abgestimmt werden. Um diesem Problem entgegen zu wirken, hat die Regierung Kenias ein Komitee mit Mitgliedern verschiedener Ministerien gegründet, um die Kommunikation und Kooperation zwischen den verantwortlichen Ministerien zu den MDGs zu fördern. Bislang fanden jedoch keine regelmäßigen Treffen des Komitees statt, da die Mitglieder noch zahlreiche andere Aufgaben in ihren Ministerien zu bewältigen haben. Ferner hat die für die Umsetzung der MDGs zuständige Einheit der Regierung mit Personalmangel zu

kämpfen, so dass diese nur einen geringen Einfluss auf die Umsetzung der MDGs ausüben kann.

Zu den nationalen Herausforderungen zählt, dass die MDGs noch nicht ausreichend in die Sektorstrategien der einzelnen Ministerien integriert sind. Bei den meisten staatlichen Investitionen ist ein Fokus auf Armutsbekämpfung und die MDGs nicht erkennbar, die in allen Bereichen präsenter werden müssen. Eine weitere nationale Herausforderung stellt die auf allen politischen Ebenen erforderliche Kontrolle der Umsetzung der MDGs sowie die Berichterstattung dar. Problematisch ist ferner die geringe Zusammenarbeit mit kenianischen Forschungsinstitutionen im Bereich der MDGs. Dadurch ist die Datenlage zum Stand der Umsetzung insbesondere in ländlichen Gebieten unzureichend. Die Forschung sollte auch auf weitere Bereiche wie etwa die Nachhaltigkeit oder den Handel ausgeweitet werden. Jedoch ist die „Grundlage für auf die MDGs bezogene Statistiken in sehr vielen Gebieten sehr schlecht“²⁶. Hierfür lassen sich verschiedene Gründe aufführen. Da die Indikatoren der MDGs sehr spezifisch sind, lassen sich die Daten, die zu Indikatoren anderer Statistiken gesammelt wurden, nur schwer auf die Themenbereiche der MDGs anwenden. Ferner sind die verfügbaren Daten und Statistiken oft nicht aktuell. Auf lokaler Ebene, auf der die Ziele ja umgesetzt werden, erfolgt wenig Berichterstattung. Außerdem fehlt ausreichende finanzielle und technische Unterstützung der zuständigen Ministerien, wie dem Planungs- und Finanzministerium.

Neben den nationalen Herausforderungen gibt es auch lokale Herausforderungen. Diese liegen in besonderem Maß in der unzureichenden Leistungsfähigkeit der Verwaltungen und Versammlungen (Legislative) auf County-Ebene, um lokale Initiativen zu planen und zu koordinieren. Auch lassen sich die Aktivitäten der verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure nur schwer koordinieren, da oft kaum Informationen über die Aktivitäten der verschie-

denen Akteure existieren und ein regelmäßiger Austausch nicht stattfindet.

Ein weiteres Problem ist, dass wirkungsvolle Aktivitäten fehlen, die die Erreichung der MDGs beschleunigen würden, da notwendige Investitionen der Regierung ausbleiben und somit nur geringe Finanzierungsmöglichkeiten vorhanden sind.²⁷ Die mangelnde Finanzierung schränkt auch die Möglichkeiten auf der County-Ebene ein, Maßnahmen zur Erreichung der MDGs umzusetzen.

Projekte der HSS

Die HSS unterstützt das kenianische Ministerium für Planung und nationale Entwicklung im Bereich des Klimaschutzes und trägt damit aktiv zu einer Post-2015 Entwicklung bei. Hierzu werden führende Beamte des Vision-2030-Sekretariats sowie weiterer Ministerien zu Relevanz und Folgen des Klimawandels sensibilisiert und in der Integration von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel innerhalb großer Entwicklungsprojekte, die unter dem nationalen Vision-2030-Entwicklungsplan stehen, weitergebildet. Ein Mentoring-Programm stellt sicher, dass die Verantwortlichen so lange Unterstützung bekommen, bis Klimaschutzmaßnahmen einen selbstverständlichen Teil aller neuen Entwicklungsprojekte darstellen. In den nächsten Jahren werden entsprechende Maßnahmen auch pilotmäßig in einigen ausgewählten Counties mit relevanten Entwicklungsprojekten auf County-Ebene umgesetzt.

Mehr zu unserer Arbeit unter www.hss.de/kenia

Viele afrikanische Staaten sehen die Finanzierung als ein großes Problem an. Immer wieder wird beklagt, dass die Industriestaaten nicht die geplanten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereitstellen, wie diese im Rahmen der Unterzeichnung der MDGs erneut versprochen haben.²⁸ Fraglich

ist jedoch, wie nachhaltig und wirksam diese höhere externe Finanzierung langfristig ist und ob tatsächlich ausreichender politischer Wille in den Empfängerländern vorhanden ist. Auch der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel sagte, dass es nicht schwer sei, viel Geld auszugeben, aber: „Die richtige Wirkung zu erzielen, darin besteht die Kunst“.²⁹

Der Klimawandel und dessen schwerwiegende Folgen erschweren zusätzlich gerade für afrikanische Länder die Aufgabe, die MDGs bis 2015 zu erreichen.³⁰ Diese Folgen zeigen sich besonders deutlich in ausbleibenden Niederschlägen und extremen Hitzewellen. Gegenwärtig gibt es viermal mehr Dürrephasen als vor 25 Jahren.³¹ Gerade Landwirte und Hirten sind von diesen Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen, was die Erreichung der MDGs zusätzlich erschwert.³²

Ferner zeigte sich, dass das Interesse der Mehrheit der Kenianer für die MDGs sehr gering und kaum Wissen über diese und deren Umsetzung vorhanden ist. Dies hat sich auch bei dem Besuch des Millenniumdorfes im Gebiet Sauri gezeigt, da in der nahe gelegenen Stadt Kisumu selbst politisch und sozial engagierte Personen nichts von der Existenz des Millenniumdorfes wussten. Auch Professor Michael Chege, Berater im Ministerium für Planung und nationale Entwicklung - Vision 2030, bestätigte, dass das Interesse der Kenianer an den MDGs sehr gering ist und von der Vielzahl nationaler und lokaler politischer Themen überlagert sei. Auch die Medien berichten kaum zu den MDGs im Gegensatz zu den zahlreichen politischen Themen. Hierzu führte der Autor auch ein ausführliches Interview mit Prof. Chege, welches im Anschluss abgedruckt ist.

Auch die Regierung sah das Thema der MDGs nicht als vorrangig und attraktiv genug, um Wählerstimmen zu sichern; denn die vergangenen Jahre waren vor allem vom Wahlkampf mit dem Ziel des politischen Machterhalts, den Anklagen gegen den Präsidenten und seinen Stellvertreter

vor dem Internationalen Strafgerichtshof sowie von der angespannten Sicherheitslage bestimmt. Dies spiegelte sich auch in der Berichterstattung in den Medien wider. Ferner wurde der MDG-Prozess immer als Angelegenheit der UN sowie anderer Geber und nicht als eigene Agenda empfunden. Ohne den politischen Willen auf Seiten der Regierenden ist jedoch nicht mit dem Engagement der Bürger zu rechnen.

Ein Ausblick auf die nachhaltigen Entwicklungsziele

Im Jahr 2015 enden die MDGs, die Kenia aus genannten Gründen bis auf das Ziel allgemeiner Primarschulbildung nicht erreichen wird. Im Rahmen der Post-2015-Agenda versucht man nun, die Schwächen im Prozess der Umsetzung der MDGs zu erkennen, aus diesen zu lernen und bei der Formulierung der nachhaltigen Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Ein entscheidender Mangel war etwa die geringe Partizipation der Bürger in der Formulierung des Entwicklungsprozesses. Ferner habe es einen starken Fokus auf die sozialen Aspekte von Entwicklung gegeben, wie sie in den Gesundheits- und Bildungszielen sowie in der Armutsreduzierung formuliert waren. Hingegen wurden wichtige Aspekte wie Gute Regierungsführung, Sicherheit, Konflikt und Klimawandel nicht berücksichtigt. Ein weiteres Problem war die mangelnde Nachhaltigkeit bei der Umsetzung der MDGs. Schwierig in der Kontrolle der Umsetzung war auch die schlechte Informations- und Datenlage. Ferner waren die global formulierten MDGs zu wenig auf die jeweilige Situation in den Ländern angepasst. Die rigiden Zielformulierungen und Indikatoren erschwerten ebenfalls die Zielerreichung, da Anpassungen nicht möglich waren. In Kenia wirkte auch der Regierungswechsel mit seinen neuen Schwerpunkten eher hemmend.

Um die Entwicklung auch nach 2015 weiter vorantreiben zu können, sollten die Bürger zu den neuen nachhaltigen Entwicklungszielen stärker sensibilisiert und bereits

an dem Prozess der Formulierung beteiligt werden, da die MDGs für die meisten Kenianer aufgrund fehlender Aufklärung unbekannt waren oder lediglich als von den Vereinten Nationen vorgeschrieben gesehen wurden, ohne dass die Bürger sich als Teil des Prozesses empfanden. Die Bürger sehen die erzielten Fortschritte als Teil des kenianischen Strategie- und Entwicklungsplans Vision 2030, in welchem sie sich stärker beteiligen konnten, und nicht als Teil des Prozesses der Umsetzung der MDGs. Voraussetzung für eine zukünftige effektive Partizipation der Bürger ist die Schaffung eines Verständnisses für den neuen Prozess der Formulierung der nachhaltigen Entwicklungsziele. Hierbei sollten auch benachteiligte Gruppen wie Behinderte, Frauen, Jugendliche und Kinder berücksichtigt werden. Die Beteiligung der Bürger sollte in den Counties bei der Erstellung der jeweiligen Entwicklungspläne erfolgen, wie dies auch von der kenianischen Verfassung vorgesehen ist.

Es ist damit zu rechnen, dass die nachhaltigen Entwicklungsziele weniger spezifisch und technisch formuliert und mehr die besonderen Entwicklungserfordernisse der einzelnen Länder berücksichtigen werden. Gesundheitsthemen, aber auch neue Aspekte wie Geschlechterrepräsentanz in Politik, Regierung und Beruf sowie Beschäftigung, insbesondere Jugendbeschäftigung, könnten Basis der neuen nachhaltigen Entwicklungsziele für Kenia werden. Auch Aspekte wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit in der Ausübung von Bürgerrechten und gute Regierungsführung sollten und könnten stärkere Berücksichtigung finden, da diese Themen bei der Formulierung der MDGs vernachlässigt wurden, jedoch eine große Bedeutung für die Entwicklung eines Landes haben und in der kenianischen Verfassung explizit gefordert werden. Bislang fehlt ein Konzept, in dem Verfassungsmäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit oder auch Pressefreiheit verankert sind. Dieser Bereich sollte in den nachhaltigen Entwicklungszielen enthalten sein.³³

Ein weiteres Defizit, das die Post-2015-Agenda lösen sollte, ist die Koordination der verschiedenen Akteure, die an der Umsetzung der Ziele beteiligt sind. Neben den derzeit drei wichtigsten Umsetzungsinstitutionen, der kenianischen Regierung, der finnischen Regierung und UNDP, gibt es auch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, die sich an der Implementierung beteiligen. Schwierig ist, dass sich viele Organisationen nur auf einzelne Bereiche konzentrieren und andere außer Acht lassen. Um alle Bereiche abzudecken, ist daher eine gute Koordination erforderlich. Die neue Regierung ist nun auf dem richtigen Weg und organisiert regelmäßig Foren und Dialoge mit allen relevanten Akteuren, um die Koordination zu erleichtern.³⁴

Ferner sollte die Partnerschaft zwischen der Regierung, internationalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren verbessert werden. Entwicklung ist ein Prozess, der die Zusammenarbeit von verschiedenen Institutionen erfordert. Die Regierung als koordinierende Institution sollte bei der Implementierung der Entwicklungsziele die verschiedenen Organisationen unterstützen. In der globalen Welt existieren zunehmend Herausforderungen, wie etwa der internationale Terrorismus, dessen Bekämpfung gute, stabile und vertrauensvolle Partnerschaften erfordert.³⁵

Schließlich muss in Zukunft auch eine realistische Finanzplanung erfolgen, um die Deckung der Kosten sicherzustellen. In diesen Prozess muss auch das Finanzministerium eingebunden werden, damit im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele eine gute und verlässliche Budgetierung gewährleistet ist.³⁶

Die Erfahrung aus der Umsetzung des MDG-Prozesses in Kenia zeigt, dass es entscheidend ist, dass die Initiative – so wie bei der Vision-2030-Entwicklungsstrategie – aus dem Land selber kommen muss. Ownership und politischer Wille sind unabdingbar für den Erfolg und wichtiger als die externe Unterstützung, um die Nachhaltigkeit des Prozesses sicherzustellen.

|| MARKUS BALDUS

Auslandsmitarbeiter Ostafrika, Sitz Kenia

Unter Mitarbeit von Vanessa van den Hövel

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Government of Kenya / Government of Finland / UNDP Kenya (Hrsg.) (2005): MDGs Status Report for Kenya 2005, S. 9 f.
- 2 Vgl. Purhonen, Osmo / Mburu, Boniface (2010): Mainstreaming, coordinating and accelerating Millennium Development Goals in Kenya's development process, Phase II, 2010-2013, S. 2.
- 3 Vgl. Heraf (2013): Kenya's Health MDGs Status Report, URL <http://herafkenya.wordpress.com/2013/05/23/kenyas-health-mdgs-status-report/> [11.11.2013].
- 4 Vgl. Government of Finland (Hrsg.) (2012): Status on Progress on MDGs in Kenya by 2012, S. 1 ff.
- 5 Vgl. UNDP (2013): Improve maternal health, URL <http://www.undp.org/content/kenya/en/home/mdgoverview/overview/mdg5/> [14.11.2013].
- 6 Vgl. Government of Kenya / The United Nations Kenya (Hrsg.) (2003): Millennium Development Goals: Progress Report for Kenya 2003, S. 10.
- 7 Vgl. Mailu, G.M. (2011): Kenya's MDGs Status Report to date, vom: Ministry of State for Planning, National Development and Vision 2030, S. 12 ff.
- 8 Vgl. Government of Kenya (Hrsg.) (2007): Kenya Vision 2030- The popular Version, S. 1 ff. [ins Deutsche übersetzt].
- 9 Vgl. The World Bank (2013): Kenya Economic Update, June 2013, Edition No. 8, Annex 2, S. 58, URL <http://www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/Africa/Kenya/kenya-economic-update-june-2013.pdf> [12.11.2013].
- 10 Vgl. Government of Kenya (Hrsg.) (2007): Kenya Vision 2030 - The popular Version, S. 1 ff. [ins Deutsche übersetzt].
- 11 Vgl. Ebd.
- 12 Vgl. The World Bank: Project Completion Report, Kenya, Second Integrated Agricultural Development Project, 11. Mai 1990, URL <http://documents.worldbank.org/curated/en/1990/06/738018/kenya-agricultural-sector-adjustment-project> [12.11.2013].
- 13 Die Millenniumsdörfer sind eine gemeinsame Initiative des Earth Institute, der Nichtregierungsorganisation Millennium Promise und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Insbesondere Jeffrey Sachs, dem Sonderberater des VN-Generalsekretärs für die MDGs und Direktor des Earth Institute ist ein prominenter Sprecher dieser Kampagne.
- 14 Vgl. Clemens, Michael A. / Demombynes, Gabriel (2010): When does rigorous Impact Evaluation make a difference? The case of the Millennium Villages, Working Paper 225 - Center for Global Development, S. 5.
- 15 Vgl. Novartis Stiftung: Das Millennium Villages Project, URL <http://www.novartisstiftung.org/page/content/index.asp?MenuID=517&ID=1639&Menu=2&Item=7.21> [13.11.2013].
- 16 Vgl. Ebd.
- 17 Vgl. Thaxton, Melissa (2007): Integrating population, health, and environment in Kenya, Population Reference Bureau, S. 6.
- 18 Vgl. N.N.: Dertu, Kenya, URL <http://millenniumvillages.org/the-villages/dertu-kenya/> [19.09.2013].
- 19 Vgl. Ericsson Corporate Public & Media Relations (2009): Ericsson and Zain power Millennium Village site by wind and sun, URL <http://www.ericsson.com/news/1289656> [24.09.2013].
- 20 Engelhardt, Marcel (2010): Hoffnungsschimmer in der Wüste, URL <http://www.neues-deutschland.de/artikel/179994.hoffnungsschimmer-in-der-wueste.html> [18.09.2013].
- 21 Vgl. N.N.: Sauri, Kenya, URL <http://millenniumvillages.org/the-villages/sauri-kenya/> [19.09.2013].
- 22 Vgl. Ehlert, Stefan (2006): Das Wunder von Sauri, in: Berliner Zeitung, 07.09.2006.
- 23 Vgl. Welthungerhilfe (2011a): Hier beginnt die Welt von Morgen!, in: Welthungerhilfe- Das Magazin 4/2011, S. 11 ff., URL http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Mediathek/Magazin/dwhh_magazin_4_2011.pdf [13.11.2013].
- 24 Vgl. Welthungerhilfe: Wasser in Kenia, URL <http://www.welthungerhilfe.de/informieren/projekte/projekt/wasser-in-kenia.html#!a338/> [19.09.2013].
- 25 Purhonen/ Mburu (2010): S. 10 [ins Deutsche übersetzt].
- 26 Ebd., S. 11 [ins Deutsche übersetzt].
- 27 Vgl. Ebd., S. 14.
- 28 Vgl. Ministry of Planning and National Development, Courtesy of the UNDP, Kenya, Government of Finland (Hrsg.) (2005): Millennium Development Goals in Kenya: Needs and Costs, S. 6.
- 29 N.N. (2013): Bundesregierung hält nichts mehr von Quoten, URL <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/entwicklungshilfe-bundesregierung-haelt-nichts-mehr-von-quoten/8670174.html> [14.11.2013].
- 30 Vgl. Government of Kenya / Government of Finland / UNDP Kenya (Hrsg.) (2005): S. 8.
- 31 Vgl. Welthungerhilfe (2011b): Von Felsen Regen fangen, in: Welthungerhilfe - Das Magazin 4/2011, S. 5., URL http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Mediathek/Magazin/dwhh_magazin_4_2011.pdf [13.11.2013].
- 32 Vgl. N.N. (2008): Climate Challenge to Achieving the Millennium Development Goals in Africa, URL <http://kenvironews.wordpress.com/2008/07/03/climate-challenge-to-achieving-the-millennium-development-goals-in-africa/> [06.11.2013].
- 33 Vgl. Maloba, Innocent / Ministry of Devolution and Planning (2013): Key Highlights of the Post-2015 Process in Kenya.
- 34 Vgl. Teixeira, Afredo (2013): It's time to accelerate MDG attainment in Kenya, URL http://www.undp.org/content/kenya/en/home/ourperspective/ourperspectivearticles/Its_time_to_accelerate_MDG_attainment_in_Kenya.html [21.10.2013].
- 35 Vgl. Purhonen / Mburu (2010): S. 12.
- 36 Vgl. Maloba, Innocent / Ministry of Devolution and Planning (2013).

„DIE POST-2015 AGENDA IST EHER EINE PHILOSOPHIE ALS EINE KONKRETE ZIELDEFINITION.“

MARKUS BALDUS ||

[Baldus] **Sehr geehrter Herr Professor Chege, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Die Millenniums-entwicklungsziele (engl. Millennium Development Goals - MDGs) haben die internationale entwicklungspolitische Debatte der letzten Dekade umfassend geprägt. In welchem Bereich hat Ihrer Meinung nach in Kenia im Hinblick auf die MDGs der größte Fortschritt bzw. die wichtigste qualitative Veränderung stattgefunden?**

[Chege]: Das ist für mich ganz eindeutig im Bereich der Bildung, da wir inzwischen fast eine flächendeckende Primarschulbildung haben. Heutzutage geht fast jedes Kind zur Grundschule. Wenn alle Kinder eingeschult werden, bedeutet das, dass man auch eine Geschlechtergleichstellung erreicht, da 51 Prozent aller zur Schule gehenden Kinder Mädchen und 49 Prozent Jungen sind. Derzeit wechseln 70 Prozent der Kinder von der Primar- zur Sekundarschule, während dies 2002, kurz nachdem die Vereinten Nationen die MDGs verkündeten, nur 38 Prozent waren. Auch dies ist ein großer Erfolg. Die Alphabetisierungsrate ist mit 80 Prozent ebenfalls hoch.

[Baldus] **Basieren die Ziele der kenianischen Entwicklungsstrategie Vision 2030**

auf den MDGs, und hat der erste mittelfristige Plan der Vision 2030, der von 2008 bis 2012 lief, zum Erreichen der MDGs beigetragen? Falls ja, wie und in welcher Weise?

[Chege] Ja, auf jeden Fall. Als die Regierung 2008 das Entwicklungsprogramm Vision 2030 verabschiedet hat, wurde die Konformität mit den MDGs berücksichtigt. Wenn man sich die Ziele in der sozialen Säule anschaut, stimmen sie sehr mit den MDGs überein. Im Bereich der Bildung etwa wurden komplette Einschulung und Geschlechtergleichstellung mit in die Ziele aufgenommen, ebenso wie die qualitative Verbesserung des Schulunterrichts und der Einbezug auch der Landesteile, die bisher keinen Zugang zum Bildungssystem hatten. Der andere Sektor ist natürlich Gesundheit. Hier möchte man die Müttersterblichkeitsrate reduzieren und die Impfraten bei Kindern erhöhen. Dies sind Ziele innerhalb der sozialen Säule der Vision 2030, aber ebenso Teil der MDGs. Auch Minderung von Armut und Unterernährung sind Teil der Vision 2030 sowie der MDGs, ebenso wie besserer Zugang zu Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Slumsanierung sowie eine Verbesserung der Wohnsituation. Unter die politische Säule fällt die Frage der Geschlechtergleichstellung in politischen und

gewählten Ämtern, die die neue Verfassung fordert, wobei wir auf nationaler Ebene noch viel Arbeit vor uns haben. Ich denke jedoch, dass wir uns noch nicht ausreichend mit der Frage beschäftigt haben, wie das auf politischer Ebene umgesetzt werden kann. Bisher ist die Gleichstellung der Geschlechter in politischen und öffentlichen Ämtern in Kenia noch kaum vorhanden, obwohl dies Teil der MDGs ist.

[Baldus] Was sind die größten Herausforderungen für Kenia hinsichtlich des Erreichens der MDGs und was sind die Hauptgründe dafür?

[Chege] Ich halte auf jeden Fall die soeben angesprochene Gleichstellung der Geschlechter in öffentlichen und gewählten Ämtern für die größte Herausforderung, einerseits aufgrund der Kultur und andererseits aufgrund der Tatsache, dass wir zwei schwer vereinbare Dinge zusammenzubringen versuchen: Man möchte freie Wahlen haben und gleichzeitig sagt man, dass die Geschlechter gleich vertreten sein müssen. In den letzten Wahlen waren auf County-Ebene Sitze für Frauen reserviert. Aber wie sollen 50 Prozent erreicht werden? Der Oberste Gerichtshof entschied, dass dies zwar nicht sofort umgesetzt werden muss, aber mit der Zeit müssen Wege gefunden werden, dies zu gewährleisten. Der Wahlprozess überlässt Geschlechtergleichstellung sowie Vertretung von Behinderten und anderen Minderheiten den Parteien, die die entsprechenden Parteilisten erstellen müssen, auch wenn dies wohl nicht so wie in den USA oder Norwegen gelingen wird. Die zweite Schwierigkeit ist es meiner Meinung nach, die MDGs im Bereich Gesundheit zu erreichen.

[Baldus] Und was sind die Gründe, dass die MDGs in den Sektoren Gesundheit und Wasser wohl nicht erreicht werden?

[Chege] Im Sektor Gesundheit ist es sehr schwierig. Wenn man sich städtische Gebiete anschaut, sind die Zahlen sehr ermuti-

gend. Wenn man sich aber ländliche Gebiete ansieht, ist das sehr entmutigend. Bei nomadisch lebenden Gemeinschaften wie den Maasai sind die Indikatoren zu Gesundheit sehr schlecht. Im Durchschnitt können wir die Gesundheitsziele leider wohl nicht erreichen, auch wenn dies in den Stadtgebieten kein Problem ist. Am entmutigendsten ist der Indikator für Müttersterblichkeit, d.h. zu viele Frauen sterben weiterhin während der Geburt. Die Regierung gewährt kostenlose Versorgung für Frauen, die in Krankenhäusern gebären. Trotzdem scheint die Sterblichkeitsrate nicht zu fallen, sondern möglicherweise sogar zu steigen. Man muss genauer untersuchen, wann die Mütter sterben: War dies während der Geburt oder danach? Das andere Problem ist die hohe Säuglingssterblichkeit, die mit der Müttersterblichkeit zusammenhängt: Wenn man die Mutter nicht ausreichend versorgen kann, kann man sich auch nicht genügend um das Kind kümmern. Die Mütter sind ja diejenigen, die sicherstellen, dass die Kinder überleben und geimpft werden. Die Impfraten wachsen sogar als ein Ergebnis der Kampagne zu den MDGs. Aber wir brauchen genauere Zahlen, da sich auf nationaler Ebene besonders Mütter- und Kindersterblichkeit nicht ausreichend stark verbessern.

[Baldus] Und was denken Sie, könnte anders gemacht werden, um die Zahlen zu erreichen?

[Chege]: Ich denke, vor allem im Gesundheitssektor müssen wir neue Wege finden, die Gemeinden zu erreichen, die man bisher nicht erreichen konnte, da sie zu weit von den städtischen Gebieten, Straßen und Kommunikationsnetzen entfernt liegen. Neue und intelligente Technologien und Vorgehensweisen müssen zur Anwendung kommen, die diese Menschen erreichen und sie mit Gesundheitsdienstleistungen und Bildung versorgen können.

Die Menschen können auch nur Regierungskrankenhäuser erreichen, wenn sie in deren Nähe wohnen. Hier muss das staatli-

che Gesundheitsmanagement Lösungen für die Menschen finden, die an schwer erreichbaren Orten, etwa an der äthiopischen Grenze oder im Maasai-Land an der Grenze zu Tansania, leben. Im Rahmen des zweiten mittelfristigen Plans der Vision 2030 haben die Institutionen des Gesundheitsdienstes, die jetzt auf der County-Ebene angesiedelt sind, den Auftrag, eine Möglichkeit zu finden, diese Gemeinden zu erreichen. Auch Slumgebiete wie Kibera oder Mathare müssen berücksichtigt werden, da sie dieselben Probleme haben, nämlich, dass die Kinder nicht geimpft sind und die Müttersterblichkeitsrate hoch ist.

[Baldus] Was könnte also getan werden, um sie zu erreichen?

[Chege] Neue Systeme müssen geschaffen werden. Mein Lieblingsbeispiel ist Kuba, wo es einfache Ärzte gibt, die von Haus zu Haus gehen, um herauszufinden, ob eine Frau ein Kind erwartet und schon in einer Klinik war. Dann kann ihr Puls gemessen und sie weiter überwacht werden. Hierfür braucht man keinen voll ausgebildeten Arzt; ein Gesundheitshelfer wäre ausreichend. Aber in den meisten Ländern dieser Region denkt man nicht in diesem Sinne, sondern erwartet immer einen voll ausgebildeten Arzt und eine Krankenschwester sowie eine voll eingerichtete Klinik mit moderner Technologie.

[Baldus] Was natürlich zu teuer ist.

[Chege] Ja, und dieses System ist billig. Und Kuba hat eine Lebenserwartung, die sogar höher als in vielen entwickelten Ländern ist. Aber in einer Demokratie kann man ihnen sagen: „Komm nicht in mein Haus!“ In einem totalitären System wie Kuba gibt es diese Möglichkeit nicht.

[Baldus] In welcher Weise wurde in Kenia der Prozess der Erreichung der MDGs politisch und finanziell von der Regierung unterstützt? Ich habe festgestellt, dass man kaum etwas über die MDGs in

den Zeitungen liest oder im öffentlichen Diskurs hört, da sich die Menschen mehr für die vielen hochpolitischen Themen zu interessieren scheinen.

[Chege] Politisch unterstützt die Regierung den Prozess, aber die Finanzierung ist ein Problem, da der Bildungssektor gegenwärtig bereits jetzt schon 25 Prozent des Budgets beansprucht. Dies ist der teuerste Einzelposten in den öffentlichen Ausgaben. Die Regierung hat auch die Ausgaben für Gesundheit, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erhöht. Innerhalb der Regierung wird das Thema der MDGs diskutiert, aber nicht außerhalb.

Warum hört man nichts in den Medien? Wir haben uns eigentlich stark bemüht, die Presse zu bekommen und haben sogar Seminare und Workshops zu dem Thema für sie angeboten. Aber Zeitungen wollen nur über das schreiben, was sich gut verkaufen lässt. Wenn man den Lesern nur Zahlen mitteilt, ist das einfach nicht so spannend. Finnland hat die MDGs zu seinem einzigen Programm in der Entwicklungszusammenarbeit mit Kenia gemacht, sogar mit afrikanischen Staaten allgemein, aber man hört nicht viel davon. Es ist sehr schwer, Menschen mit Artikeln in der Presse anzusprechen, die ihnen mitteilen, dass die Zahlen um diesen oder jenen Wert gesunken sind. Wenn es um ein Gebäude ging, das die Chinesen gebaut haben, würde eine Geschichte daraus gemacht, aber die MDGs sind kein attraktives Thema. Aber wenn man sich anschaut, was Entwicklungsinstitutionen wie die Weltbank in Bezug auf die kenianische Regierung schreiben, ist der Bezug zu den MDGs nach wie vor vorhanden.

[Baldus] Was denken Sie mit Blick auf die Zukunft, wie die Post-2015 Agenda, also die nachhaltigen Entwicklungsziele nach dem Jahr 2015, aussehen wird? Was sollte dazu gehören?

[Chege] Dies ist nun meine persönliche Meinung. Die Post-2015 Agenda wurde

bisher nur sehr vage dargelegt: im Sinne einer wirtschaftlichen und sozialen Transformation. Der Bericht, der dem Generalsekretär im Juli 2013 vorgestellt wurde, spricht über einen Transformationsansatz und Integration aller sowie über eine hohe Lebensqualität für bislang ausgegrenzte Menschen, Gesundheitserziehung und Geschlechtergleichstellung für ausgegrenzte Gruppen.

Ich denke nicht, dass die nachhaltigen Entwicklungsziele die Schärfe der MDGs mit solch klaren Indikatoren haben werden. Die Post-2015 Agenda ist eher eine Philosophie als eine konkrete Zieldefinition. Die Zielformulierungen werden vermutlich den jeweiligen Ländern selbst überlassen, da die Länder nach den Erfahrungen der letzten 15 Jahre ihre eigenen unterschiedlichen Prioritäten haben. Für afrikanische Länder ist Gesundheit die höchste Priorität und danach kommt das Problem der Geschlechtergleichstellung in politischen und öffentlichen Ämtern, und dann natürlich Armut und Arbeitslosigkeit, besonders die damit einhergehende Jugendarbeitslosigkeit. Jedes Land muss nun eine Prioritätenliste bezogen auf den eigenen Fall aufstellen.

[Baldus] Es wird also nicht mehr diese klaren Indikatoren oder Ziele geben, da die meisten Länder es nicht geschafft haben, die MDGs zu erreichen?

[Chege] Wir sollten keine allgemeingültigen Ziele haben. Es gab viel Kritik von einigen Wissenschaftlern an den MDGs, da die Zahlen nicht glaubwürdig waren. Wenn man ein Land nach seinen Zahlen fragt, wird die Regierung vermutlich nur diejenigen herausgeben, die gut aussehen. Einige Leute fragen auch, ob die Ziele die richtigen sind oder ob nicht andere sogar wichtiger wären.

[Baldus] Was denken Sie also, wie die nachhaltigen Entwicklungsziele aussehen? Glauben Sie, dass andere Ziele hinzukommen werden, die eher erreicht werden können und für Kenia wichtiger sind?

[Chege] Es wird neue Ziele geben, die nicht auf den MDGs basieren. Ich denke, dass es für Kenia und andere afrikanische Staaten – egal, ob wir das mögen oder nicht – einen Wechsel von an sozialer und menschlicher Entwicklung orientierten Entwicklungszielen hin zu einem Schwerpunkt auf wirtschaftliche Entwicklung und Infrastruktur geben wird, z.B. in Bezug auf den Zugang des ländlichen Raums zu Elektrizität, Straßen und Wasserversorgung. Ferner wird es sicher einen Schwerpunkt auf Jugend und Jugendbeschäftigung geben, da Afrika ein sehr junger Kontinent mit 60 Prozent jungen Leuten ist. Obwohl die Wirtschaft expandiert, wächst die Zahl der Arbeitsplätze noch nicht. Das ist sowohl ein politisches als auch ein soziales Problem. Es ist problematisch, dass zu viele junge Menschen arbeitslos sind. All die Probleme, die von den MDGs nicht berücksichtigt wurden, werden Teil der nachhaltigen Entwicklungsziele werden. Wenn man die afrikanischen Staaten fragt, was ihre Prioritäten sind, sehe ich, dass sie sich sehr in diese Richtung bewegen. Wenn wir uns um Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung kümmern, beschäftigen wir uns auch mit sozialen Fragen.

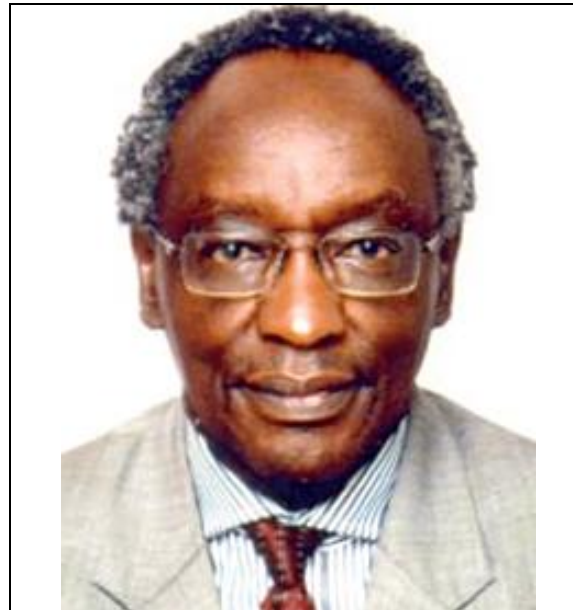
[Baldus] Wie kann man Nachhaltigkeit beim Erreichen der MDGs oder auch der Post-2015-Nachhaltigkeitsziele erwirken? Was wird passieren, nachdem die Finanzierung, der andauernde externe Input, aufhört?

[Chege] Ich sah mir kürzlich zufällig eine sehr alte Zeitschrift an: 1953, als die britische Kolonialmacht noch im Land war, schauten wir uns die Versprechen bezüglich Entwicklungshilfe an und stellten fest, dass diese nicht eingehalten wurden. In den 60er Jahren das gleiche Bild: Viele Versprechen, wenig konkrete Umsetzung. Und jetzt in der Zeit der MDGs halten die OECD-Länder - entwickelte, industrialisierte Demokratien - ihr schon vor langer Zeit gegebenes Versprechen, 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe zu geben, erneut nicht ein. Auch wenn die Verspre-

chen eingehalten worden wären, denke ich nicht, dass die MDGs nur durch Entwicklungshilfe nachhaltig werden können. Im Millennium-Entwicklungsdorf Sauri kann man deutlich einen sehr drastischen Wandel gegenüber der Zeit davor sehen: Es gibt mehr Nahrungsmittel, den Kindern geht es besser, die Ernährung ist besser, und da die Kinder besser ernährt sind, sind sie gesünder und besser in der Schule. Aber sogar Jeffrey Sachs sagt, dass das Geld für Projekte wie das in Sauri, das eine Menge Gelder von der Columbia University und karitativen Organisationen erhielt, nicht für ganz Afrika zur Verfügung steht. Und wenn man sich die derzeitige Krise in Europa oder Amerika anschaut, sieht man, dass sie dort ihre eigenen Probleme haben. Wer weiß, ob sie das Geld haben werden, das sie für Entwicklungshilfe versprochen haben. Daher ist es wahrscheinlich, dass die Entwicklungshilfe nicht wachsen, sondern vielmehr abnehmen wird. Daher ist die in Sauri verfolgte Strategie zur Erreichung der MDGs nicht nachhaltig, weil nicht dauerhaft finanzierbar.

Wenn Sie mich nach einer konkreten Lösung fragen, ist meine Antwort, dass man den Menschen eine Gelegenheit geben sollte, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, zu arbeiten, um ein mittleres Einkommen zu erzielen und dieses Einkommen dann für Bildung, Verbesserung der Gesundheit, Wasserversorgung, Wohnen und so weiter zu verwenden. Ich habe niemals besonders daran geglaubt, dass der Staat oder die öffentliche Hand einem sagen sollte, was man tun soll. Warum sprechen wir nicht von Chancengleichheit für alle, dass jeder zur Schule gehen kann, dass jeder gesund und geimpft ist und Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung hat und dass alle die Chance auf Erwerbstätigkeit haben und planen können, wie viele Kinder sie haben wollen? Warum haben wir ein Bevölkerungswachstum von fast drei Prozent in Afrika, an machen Orten sogar vier Prozent? Sicherlich, wenn man so viele Kinder hat, sollte man auch die Verantwortung übernehmen, sich um sie zu kümmern. Das

Bevölkerungswachstum in der Region um den Mount Kenya ist zur Zeit ein Prozent, aber an anderen Orten in Kenia ist es noch immer zwei Prozent. Wenn der Bildungsgrad der Frauen hoch ist, ist das Bevölkerungswachstum niedriger. Durch die Verbesserung der Bildung wird man auch andere MDGs erreichen, an die man nicht gedacht hat.



Prof. Michael Chege

Der Fokus von Prof. Chege liegt auf der politischen Entwicklungsökonomie in Afrika. Er promovierte an der UC Berkeley und ist zurzeit als Berater für Internationale Entwicklungspolitik innerhalb des Ministeriums für Planung und nationale Entwicklung tätig. Er lehrte an der Universität Florida, der Universität Nairobi und dem Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung in Genf. Außerdem war er für die Ford-Stiftung in New York tätig.

[Baldus] Dann ist der Prozess der Post-2015-Entwicklungsziele nachhaltiger als die MDGs, weil er noch mehr auf den Einzelnen und die Wirtschaft setzen sollte?

[Chege] Ja, ich denke, er wird nachhaltig sein, da – wenn man irgendetwas gelernt hat – man wissen sollte, dass es eigentlich

das Beste ist, den Einzelnen zu befähigen, Verantwortung für Entwicklung zu übernehmen. Ich habe daher sehr viel Verständnis für diejenigen, die sagen, dass wir mehr Arbeitsplätze für junge Leute schaffen sollten. Aber das ist nicht möglich, wenn man keine wachsende Wirtschaft hat. Wenn man niemals die Wirtschaft entwickelt, nicht nur in Kenia oder Afrika, sondern weltweit, wird es sehr schwer. Wenn etwa die europäischen Volkswirtschaften leiden, werden keine Touristen hierher kommen und wir werden ein Problem in den kenianischen Touristenregionen bekommen, da dann Leute entlassen werden müssen, die dann wieder ohne Einkommensmöglichkeit sind.

[Baldus] Danke für das Gespräch, Professor Chege.

Die Aussagen von Prof. Chege spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Hanns-Seidel-Stiftung wider.

Das Interview führte Herr Baldus am 23.10.2013 mit Prof. Chege.

|| MARKUS BALDUS

Auslandsmitarbeiter Ostafrika, Sitz Kenia

DIE EU ALS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTEUR UND DIE (POST-) MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE

KATHARINA PATZELT ||

Die Millenniumentwicklungsziele (engl. Millennium Development Goals - MDGs) der Vereinten Nationen haben nach weiter Meinung der Fachwelt seit ihrer Erklärung im Jahre 2002 einen erheblichen Beitrag zur Koordinierung und Optimierung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit geleistet. Sie sind sicherlich weder perfekt, insbesondere was ihre Messung betrifft, noch vollständig, da sie wichtige Aspekte der Armut wie Ungleichheit, Marginalisierung gesellschaftlicher Gruppen und politische Rechte nicht berücksichtigen. Doch haben sie zu einer umfassenden Debatte über entwicklungspolitische Ansätze und Methoden geführt und die Geber-Staaten zu verstärkten Bemühungen animiert.

Die Europäische Union spielt als weltweit größter Akteur der Entwicklungszusammenarbeit von Beginn an eine bedeutende Rolle im MDG-Rahmen, indem sie international kontinuierlich eine Diskussion über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit anregt, um größere Kohärenz aller Politikressorts zu Gunsten einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung wirbt und einen Ansatz zu den sogenannten Globalen Öffentlichen Gütern entwirft, der den globalen Herausforderungen der Entwicklung wie in

Bezug auf Klimapolitik und Ernährungssicherung Rechnung trägt.

So liegt es auf der Hand, dass die EU aufgrund ihrer Mobilisierungs- und Koordinierungsfunktion ebenfalls eine prominente Rolle in der Ausarbeitung einer Strategie für die Zeit nach 2015, dem formalen vorläufigen Endpunkt der MDGs, einnehmen sollte. Zu dieser Schlussfolgerung kommt auch der Europaabgeordnete Filip Kaczmarek in seinem Bericht für den Entwicklungsausschuss im Mai 2013 über die MDGs und die Festlegung der Rahmenvorgaben für die Zeit nach 2015: „Angesichts der Vorbereitungen zum nächsten UN-Sondergipfel ist es unerlässlich, dass die EU einen abgestimmten und kohärenten Standpunkt zu den Entwicklungs-Rahmenvorgaben für die Zeit nach 2015 einnimmt; andernfalls besteht ein großes Risiko, dass der Prozess ins Stocken gerät. [...] Der Berichterstatter unterstützt verantwortungsvolle und umfassende Rahmenvorgaben für die Zeit nach 2015, die auf den Grundsätzen der Menschenrechte, Gleichheit, Nichtdiskriminierung, Nachhaltigkeit, guten Regierungsführung und Kohärenz in der Entwicklungspolitik aufgebaut sein sollten [...]“¹

Der vorliegende Artikel betrachtet, welchen Stellenwert die MDGs in der Strategie der internationalen Zusammenarbeit der EU einnehmen und wie sie implementiert werden, bevor er bewertet, inwieweit sich die EU bislang in die Post-MDG Debatte einbringt. Ein abschließender Ausblick zeigt auf, welche Aufgabe den politischen Stiftungen in der Entwicklungsstrategie nach 2015 zukommen könnte.

1. EU und MDGs

Generell ist es aufgrund des Zusammenspiels verschiedenster Projektaktivitäten und Faktoren in den Ländern schwierig, die exakte Wirkung des Beitrags eines einzelnen Gebers zum Erfolg der MDGs zu bestimmen. Dies stellt bereits ein Bericht im Auftrag der EU fest, der das Erreichte zur Halbzeit der Zielzeitspanne analysiert.² Sehr wohl können aber thematische Schwerpunkte und Projekte aufgezeigt werden, die den Zielsetzungen der MDGs entsprechen und sich damit positiv auf ihre Erreichung auswirken, so auch innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit der EU.

Auch wenn die Europäische Union nicht explizit in der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zur Ausarbeitung der MDGs im Jahre 2001 vertreten war, stellte sie sich als weltweit größter Geber der Entwicklungszusammenarbeit rasch hinter den Prozess. In den Ratsschlussfolgerungen vom 19. Juli 2004 zeigten sich die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten besorgt über den zögerlichen Fortschritt und bekräftigten ihre Verpflichtung zu den MDGs.³ Auch der erste Bericht der Europäischen Kommission zu den MDGs, der 2004 für den Zeitraum ab 2000 erschien, verdeutlicht, dass die Ausarbeitung der MDGs zunächst ein paralleler Prozess der UN war, der weitgehend ohne EU-Beteiligung ablief. Denn es heißt hier, dass der neue entwicklungspolitische Rahmen der EU von November 2000 aufgrund des Zeitpunkts seiner Vorbereitung und Veröffentlichung die Ziele noch nicht erwähne. Doch seien die Zielsetzungen der EU in

vollem Umfang kompatibel mit der Millenniumserklärung.⁴ Thematisch setzt die EU durch die Betonung von Menschenrechten und Guter Regierungsführung einen deutlicheren Akzent auf politische Strukturen in den Partnerländern, als es die MDGs später tun werden. Die Kommission gibt in ihrem Bericht an, die EU-Entwicklungszusammenarbeit habe sich nach 2000 zunehmend auf die MDGs fokussiert und hierfür Schlüsselindikatoren übernommen. Qualitativ ist das EU-Engagement für die globalen Ziele im Laufe der Jahre sicherlich angestiegen, insbesondere da die Bedeutung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung immer ersichtlicher wurde.

Heute weist die EU die MDGs als maßgebenden Rahmen ihres entwicklungspolitischen Engagements aus. So schreibt die Europäische Kommission, Generaldirektion Entwicklung und Zusammenarbeit – EuropeAid, die für die Umsetzung der entwicklungspolitischen Kooperation der EU zuständig ist, in ihrem Internetauftritt explizit, das hauptsächliche und übergreifende Ziel der EU-Entwicklungspolitik sei die Beseitigung der Armut im Kontext nachhaltiger Entwicklung, einschließlich der Erreichung der MDGs.⁵ Wenn die Ziele nun tatsächlich in den Mittelpunkt gerückt sind, muss sich dies auch in einer thematischen Schwerpunktsetzung wiederfinden. Gemäß einer Studie für den Entwicklungsausschuss des Parlamentes entfiel in 2011 mit 38 Prozent der höchste Anteil der europäischen staatlichen Entwicklungshilfe (ODA von Official Development Assistance) pro Sektor auf den Bereich sozialer Infrastrukturen wie Bildung, Gesundheit, Wasser und Zivilgesellschaft.⁶ Indem die EU verstärkt Mittel zur Förderung von Schulbildung und Gesundheitssystemen sowie der soziopolitischen Teilhabe der Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern aufwendet, trägt sie dem Fokus der MDGs auf menschliche Entwicklung Rechnung und geht sogar über ihn hinaus. Denn es ist gerade ein Kritikpunkt an den bisherigen Entwicklungszielen, dass eine politische Dimension wie Gute Regierungs-

führung und demokratische Strukturen, zu denen auch eine starke Zivilgesellschaft gehört, nahezu völlig fehlt, sieht man von der Gleichberechtigung der Frauen ab. Die EU leistet also projektbezogen ihren Beitrag auf dem Weg zur Zielerreichung. Doch als noch weitaus gewichtigerer Verdienst der EU am Millenniumsrahmen ist ihre Prägung der entwicklungspolitischen Debatte durch entsprechende Strategien zu werten.

1.1. Agenda for Change: Neuorientierung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit

Mit ihrer 2011 erschienenen Kommunikation „Increasing the impact of EU Development Policy: an Agenda for Change“ strebt die Europäische Kommission unter Kommissar Andris Piebalgs eine Neuorientierung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit hin zu einer strategischeren und effizienteren Umsetzung des Ziels der Armutsreduzierung an. In ihr wird von Beginn an ein enger Zusammenhang zu den MDGs hergestellt: Die EU befinde sich an einer wichtigen Kreuzung, angesichts neuer globaler Herausforderungen, der näher rückenden 2015-Marke und der Vorbereitungen ihres eigenen mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020. Sie müsse die richtige Mischung aus Politiken, Mitteln und Ressourcen wählen, um wirksam im Kampf gegen Armut und für Nachhaltigkeit vorzugehen. Der Kommissar schlage eine Agenda für den Wandel vor, um Europas Solidarität mit den Entwicklungsländern in diesem Kampf zu stärken.⁷ Um für die eingesetzten Mittel eine größtmögliche Wirkung zu erzielen, baut die EU dabei auf sogenannte „differenzierte Entwicklungspartnerschaften“. Besondere Bedeutung soll der Nachbarschaftsregion der EU und Subsahara-Afrika, prinzipiell aber den ärmsten Ländern, einschließlich fragiler Staaten, zukommen. Den aufstrebenden Ländern Indien, China, Brasilien und Südafrika, die nachhaltiges Wirtschaftswachstum erfahren und über ausreichende Ressourcen verfügen, wird eine Partner-

schaft mit anderem Stellenwert in Aussicht gestellt.

Die Entwicklungszusammenarbeit der EU konzentriert sich künftig auf zwei Schwerpunktbereiche: Demokratie, Menschenrechte und andere Kernelemente der Guten Regierungsführung einerseits sowie umfassendes und nachhaltiges Wachstum für die menschliche Entwicklung andererseits. Aus diesen Bereichen ergeben sich drei Spezialgebiete der Hilfe: zum einen Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und Arbeitsplätze, zum zweiten wirtschaftliche Rahmenbedingungen, regionale Integration und Weltmarkt sowie zum dritten nachhaltige Landwirtschaft und Energie. Desweiteren strebt die EU an, zur Steigerung der Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit ihre Strategien und Programme mit den einzelnen Mitgliedsstaaten besser zu koordinieren sowie eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Gebern zu erwirken. Da interne Politiken der EU, insbesondere im Bereich Handel, Umwelt und Klima, große Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben, soll die Kohärenz zwischen internen und externen Politiken künftig stärker gewährleistet werden. Zusätzlich will die EU neue Wege der finanziellen Unterstützung gehen, indem sie beispielsweise Zuschüsse und Darlehen miteinander verknüpft und den Privatsektor verstärkt einbindet.⁸

Mir ihrer Kommunikation spricht sich die Europäische Kommission somit für größere Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit aus, die nicht zuletzt durch konsequentere Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche innerhalb eines Staates sowie auch zwischen Mitgliedsstaaten und EU erreicht werden soll. In diesem Sinne kann das Engagement der EU insbesondere MDG 8, dem Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung, zugeschrieben werden. Allerdings lässt die EU ihrer strategischen Rolle noch nicht im ausreichenden Maße konkrete Taten folgen. Dieser Meinung ist auch Mikaela Gavas in ihrer Studie zur Rolle der EU im Bereich der Globalen Güter:

“The EU wishes to play a leading role in implementing effective multilateral cooperation and in defining rules for a legitimate and efficient global governance system. [...] Even though it is quite obvious that the EU Member States would generally benefit from a European response to many global problems, national self-interest and a lack of political will often prevail. If the EU really intends to fulfil its often noble ambitions, it has to narrow the gap between rhetoric and action and develop a coherent strategic approach to reaching these aims.”⁹

1.2. Spezifische MDG-Initiativen der EU

Welche konkreten Taten hat die EU nun aber unternommen, um Entwicklungspolitik im Sinne der MDGs zu prägen? Die EU implementiert hier eine Reihe spezifischer Projekte. So wurde anlässlich des UN-Gipfels in New York 2010 eine Milliarde Euro für eine sogenannte MDG-Initiative bereit gestellt, die Projekte im Bereich der bislang am wenigsten erfolgreichen Ziele unterstützt. Themen sind die Reduzierung von Hunger und Kindersterblichkeit, eine gesicherte Gesundheitsversorgung für Mütter und verbesserter Zugang zu Wasser und sanitären Anlagen in 36 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern. Projektbeispiele in diesem Bereich sind das „1 Tasse Milch pro Tag“-Projekt in Ruanda, das Kinder in Vor- und Grundschulen mit Milch versorgt (MDG 4 Senkung der Kindersterblichkeit), eine Initiative zur Bereitstellung von sauberem Wasser mittels der Regenwasseraufbereitung für die ärmsten Haushalte auf Samoa (MDG 7 Ökologische Nachhaltigkeit: 7C Zugang zu sauberem Wasser) oder ein Programm zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und des Zugangs zu Nahrung in Mosambik (MDG 1 Bekämpfung von extremer Armut und Hunger).¹⁰

Zusätzlich zur MDG-Initiative folgt die EU seit April 2010 einem 12-Punkte-Aktionsplan als umfassendem Ansatz zur Erreichung der Entwicklungsziele. Hier werden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, mittels nationaler

Aktionspläne den einzelnen Zielen nachzukommen und zu einer besseren Koordination und Arbeitsteilung mit der EU beizutragen. Dabei soll stets ein Bemühen um größtmögliche Effizienz der Hilfe im Fokus stehen. Speziell die ärmsten Länder sind Empfänger von Entwicklungsmaßnahmen, wobei sich großes Augenmerk auf die am weitesten zurückliegenden Ziele durch Projekte im Bereich Geschlechtergleichheit, Gesundheit, Bildung und Ernährungssicherung richtet. Im wirtschaftlichen Sektor unterstützt die EU regionale Integrationsbestreben sowie Handel für Wachstum und Arbeitsplätze. Auch in den Entwicklungsländern soll das Engagement für den MDG-Rahmen durch die Förderung von Entwicklungspartnerschaften wie beispielsweise der gemeinsamen Afrika-EU-Strategie verstärkt werden. Der Aktionsplan zielt ebenfalls darauf ab, den Entwicklungsländern in der Architektur der internationalen Ordnungspolitik eine gewichtigere Position zu verschaffen.¹¹

Als längerfristige Form der Unterstützung hat die EU in 2008 den Ansatz eines sogenannten MDG-Vertrages initiiert, der den Entwicklungsländern im Rahmen des zehnten Europäischen Entwicklungsfonds in Form von Budgethilfe besser vorhersehbare Mittel zur Verfügung stellt. Dabei werden als Budgethilfe Finanzmittel direkt in den Haushalt des Empfängerlandes eingestellt, unter Angabe einer genauen Konditionalität der Verwendung. Die Zielsetzung der Hilfe orientiert sich an den MDGs, insbesondere den Bereichen Bildung und Gesundheit. Derartige MDG-Verträge wurden nach Angabe der Kommission mit Burkina Faso, Ghana, Mali, Mosambik, Ruanda, Tansania, Uganda und Sambia abgeschlossen.¹²

2. EU und Post-2015

Die Europäische Kommission gibt selbst an, eine führende Rolle im globalen Kampf gegen Armut und in der Bemühung um nachhaltige Entwicklung einnehmen zu wollen. Sie verpflichtet sich zu verstärktem

Engagement für die Erreichung der MDGs bis 2015, aber anerkennt auch, dass einige Länder und Ziele noch weit vom Erfolg entfernt sind. Aufgabe für die entwicklungspolitische Strategie nach 2015 muss es auch sein, aus den Erfahrungen und Fehlern der MDGs zu lernen. Gleichzeitig soll der entwicklungspolitische Rahmen mit den Nachhaltigkeitszielen (engl. Sustainable Development Goals - SDGs), die aus dem Prozess um die Rio+20-Konferenz der UN zur nachhaltigen Entwicklung im Juni 2012 entstanden sind, vereint werden. Für die Zusammenführung der beiden Linien hat die UN eigens ein Panel eminenten Personen gebildet, dem mit Entwicklungskommissar Andris Piebalgs auch eine kompetente Stimme der EU angehört. Europäische Vertreter sind weiterhin u.a. der britische Premierminister David Cameron und der ehemalige deutsche Bundespräsident Horst Köhler. Von politischer Seite ist die EU prominent vertreten.¹³

Um die Meinung der verschiedensten entwicklungspolitischen Akteure aus Zivilgesellschaft, staatlichen Einrichtungen, Privatsektor und Wissenschaft zur Post-2015 Strategie einzuholen, führte die Kommission im Sommer 2012 eine öffentliche online-Konsultation durch, bei der sich Interessierte zu den Themen Erreichtes und Grenzen der MDGs sowie der Machbarkeit, des Umfangs und der Form eines künftigen Rahmens äußern konnten. 119 Einzelpersonen und Organisationen haben sich laut des abschließenden Berichts beteiligt. Viele Rückmeldungen hätten für die Phase nach 2015 einen inklusiven und partizipativen Rahmen angemahnt, der es den Entwicklungsländern ermögliche, sich den Prozess wirklich zu Eigen zu machen.¹⁴ Die EU hat sich verpflichtet, diese Kommentare und Wünsche in ihre Position einfließen zu lassen.

Im Rahmen des sogenannten *Policy Forums on Development* tritt die Kommission in einen regelmäßigen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren der Entwick-

lungszusammenarbeit. Hier beteiligt sich auch das Europäische Netzwerk der politischen Stiftungen ENoP¹⁵ und bringt insbesondere die Themen in die Debatte ein, die aus Sicht des weltweiten Engagements von politischen Stiftungen bislang zu kurz im MDG-Prozess kamen, wie die Förderung von demokratischen Strukturen, Zivilgesellschaft und politischen Rechten.

2.1. Ein angemessenes Leben für alle

In verschiedenen Mitteilungen und Publikationen verdeutlicht die Europäische Kommission in 2013 ihre Position für eine einheitliche Post-2015 Agenda. Im Februar legt sie in der Mitteilung „A decent life for all: Ending poverty and giving the world a sustainable future“ ihre Prioritäten auf dem Weg zu einem „angemessenen Leben“ für alle Menschen bis 2030 dar.¹⁶ Es werde nicht möglich sein, Armut weltweit abzuschaffen und ein angemessenes Leben für alle zu garantieren, ohne sich gleichzeitig um globale ökologische Nachhaltigkeit zu kümmern, und umgekehrt. Denn die negativen Auswirkungen des Klimawandels wie Naturkatastrophen oder Dürre betreffen insbesondere die ärmsten Bevölkerungsteile der Erde. Der neue politische Rahmen muss dabei als Anstoß für transparentes Regierungshandeln, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stärkung der Frauen in allen Ländern dienen. Als Hauptbestandteile soll er die grundlegenden Lebensstandards aller Menschen absichern, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie den verantwortlichen Umgang mit Naturressourcen fördern und sich einsetzen für Gleichheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden.

Wichtig sei es, im Bereich Bildung und Gesundheit die Problematik nationaler Ungleichheiten anzugehen und sich mehr auf Qualität denn allein Quantität zu konzentrieren. Die Ziele müssten anregen zur Schaffung angemessener Arbeitsplätze für alle, insbesondere für die Jugend, Frauen und Menschen mit Behinderungen. Die Wirt-

schaftssysteme aller Länder in den verschiedensten Entwicklungsstadien müssten zu offenen, marktfreundlichen transformiert werden, die ihre produktiven Fähigkeiten steigern, die Entwicklung des Privatsektors fördern und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft vorantreiben, von deren Leistung alle Gesellschaftsschichten profitieren. Auf dem Gebiet Naturressourcen seien wichtige Aspekte u.a. der Schutz der Biodiversität, die Verbesserung der Bodenqualität sowie die Ernährungssicherung. Die strategische Agenda nach 2015 solle sich auch verstärkt an den Menschenrechten orientieren; die Bedeutung von Demokratie, Gleichheit der Geschlechter und Korruptionsbekämpfung wird betont. Denn speziell fragile Staaten bieten ihren Einwohnern wenig Sicherheit, Gerechtigkeit und Perspektive auf ein angemessenes Leben. Aber auch außerhalb fragiler Staaten untergraben kriminelle Netzwerke und übernationaler Terrorismus jegliches Entwicklungspotential. Hier müssten die künftigen Ziele auf den bereits laufenden Maßnahmen zur Friedens- und Staatenbildung aufbauen. Aus Sicht des entwicklungspolitischen Engagements der politischen Stiftungen ist es zu begrüßen, wenn die EU dem politischen Rahmen für die Entwicklung eines Landes stärkere Bedeutung beimisst und sich entsprechend verstärkt für die Förderung demokratischer Strukturen einsetzt. Nur so können Entwicklungsfortschritte allen Teilen der Bevölkerung zu Gute kommen, anstatt soziale Unterschiede zu verstärken und Spannungen zu schaffen.

Was die Art des neuen Zielrahmens betrifft, so plädiert die EU für eine begrenzte Anzahl von Zielen, die für alle Länder universell gelte, aber in ihrer Umsetzung auf die jeweiligen nationalen Kontexte angepasst sei. Auch seien die speziellen Bedürfnisse fragiler Staaten zu berücksichtigen. Dabei liege die Verantwortung für die Zielerreichung zunächst bei jedem Land, es seien alle Ressourcen zu mobilisieren: inländische, internationale, private und öffentliche. Sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als

auch der Privatsektor sollten an der Entwicklung und Implementierung des Rahmens eng beteiligt sein. Als zeitlicher Rahmen sollten eine Vision mit Blick auf 2050 sowie konkrete Ziele bis 2030 dienen. Im Sinne eines effektiven Monitorings müsse der Grad der Zielerreichung messbar sein. Für Kohärenz mit anderen bestehenden internationalen Zielsetzungen sei zu sorgen.

2.2. Jenseits 2015

Im Juli beschäftigt sich eine weiterer Bericht der Europäischen Kommission mit der Frage des „Wie“, der Finanzierung von Entwicklung nach 2015: „Beyond 2015: towards a comprehensive and integrated approach to financing poverty eradication and sustainable development“.¹⁷ Das Papier schlägt nach eigenen Angaben keine neuen Aktivitäten oder Verpflichtungen der EU vor, diese könnten zu einem späteren Zeitpunkt im Kontext einer globalen Einigung folgen. Hier geht es darum, der sich ändernden globalen Finanzlandschaft Rechnung zu tragen und aufzuzeigen, welche Ressourcen über welche Prozesse mobilisiert werden können. Die Kommission bezieht sich auf eine Bestandsaufnahme von Daten aus dem Jahre 2010, die verdeutlicht, dass internationale öffentliche Mittel im Schnitt nur zwei Prozent der in Entwicklungsländern verfügbaren Finanzmittel ausmachen.

Damit seien die inländischen öffentlichen Finanzen die wichtigste und direkteste Quelle für die Umsetzung von politischen Zielen. Sie stärkten zudem eine gesunde Beziehung zwischen Regierung und Bürgern und die heimische Rechenschaftspflicht. Wichtig sei somit die verstärkte Mobilisierung und bedächtige Verwendung der heimischen Finanzressourcen. Erreicht werden könne dies beispielsweise durch die Reform der Steuersysteme in den Ländern und die Implementierung von Politiken zur Freisetzung privater Mittel, zur Bekämpfung der Korruption und zur Stärkung der Resilienz im Bereich Verschuldung.

Für die 36 ärmsten Länder bleibt die staatliche Entwicklungshilfe jedoch eine Haupteinnahmequelle. So seien auch eine Reform der ODA und ein besseres Monitoring der Finanzierung der verschiedenen Ziele mit überarbeiteten Indikatoren nötig. Außerdem entsprechend der Kriterien, die 2011 auf dem Busan-Gipfel zur Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit beschlossen wurden, sei verstärkt darauf zu achten, die richtigen Dinge auf die richtige Art und Weise zu finanzieren. Da dem Privatsektor eine Schlüsselrolle im Wachstum zukomme, müsse er in größerem Maße als bisher in eine globale Entwicklungsagenda integriert werden. Allerdings verfolge er private Interessen und setze sich nicht unbedingt für staatliche Politikziele ein. Folglich sei in Entwicklungsländern ein begünstigendes Klima für Handel auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene zu schaffen, neue Technologien sollten im Nutzen der globalen Ziele stehen.

2.3. Europäischer Bericht für Entwicklung 2013

Auch der Europäische Bericht für Entwicklung für das Jahr 2013 mit dem Titel „Post-2015: Global action for an inclusive and sustainable future“, fokussiert sich speziell auf die entwicklungspolitische Agenda für die Zeit nach 2015 im Lichte globaler Herausforderungen.¹⁸ Er identifiziert potentielle Schlüsselfaktoren für eine inklusive und nachhaltige globale Partnerschaft für Entwicklung. Diese sind aus Sicht der EU insbesondere die folgenden drei: Geldströme zur Finanzierung der Entwicklung, Warenströme, die den Handel zwischen Partnerländern bestimmen, und Migrationsströme. Zusätzlich sollen vier Länderstudien (Nepal, Côte d'Ivoire, Ruanda und Peru) Argumente für die Struktur des künftigen Rahmens liefern.

Einerseits solle auch die Agenda nach 2015 weiterhin auf der Millenniumserklärung aufbauen und die Armutszureduzierung im Kern behalten, dafür sei aber eine Auswei-

tung des Ansatzes von Entwicklung nötig, der sich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Beseitigung von Ungleichheit und nachhaltige Lösungsansätze konzentriere. Der künftige Rahmen müsse zudem die Eigenverantwortung der Länder stärken, indem er die Verknüpfung der internationalen Ziele mit nationalen Politiken und Bedürfnissen gewähre. Auch dieser Bericht betont wiederum die Wichtigkeit der Politikkohärenz für Entwicklung. Die reicheren Länder wie die EU-Mitgliedsstaaten müssten ihre gemeinschaftlichen Maßnahmen in für die globale Entwicklung bedeutenden Bereichen ausdehnen, beispielsweise Handel, Migration, internationale Finanzregulierung und Klimawandel. Sowohl Umfang als auch Effizienz ihrer Unterstützung sei zu steigern. Schließlich argumentiert die EU, dass neben den Zielen ebenso die Instrumente neu überdacht werden müssten. Denn gerade MDG 8, das eine globale Partnerschaft für Entwicklung anstrebt, sei bislang wenig erfolgversprechend. Dazu müsse die neue Entwicklungsagenda über reine Hilfe hinausgehen („Beyond Aid“) und jenseits der ODA andere Mittel und internationale Vereinbarungen einschließen, insbesondere in den Bereichen Handel und Investment, internationale Finanzen und Migration.

Wie der Bericht im Schlusskapitel resümiert, ist sich die EU bewusst, dass sie sich bislang zu sehr auf die staatliche Entwicklungshilfe fokussiert hat. Sie sieht ihre eigene Rolle im Vorantreiben vielseitiger entwicklungsfreundlicher Politiken und globaler Ansätze:

„To play a more progressive role in the post-2015 era the EU can certainly build on its ODA performance and apply lessons learned in aid effectiveness [...]. Above all it should further strengthen the development-friendliness of its own policies [...] in a way that also promotes the EU's own long-term values and interests. Moreover, the EU could make an important contribution in promoting the establishment or consolidation of international regimes in support of GPGs, most immediately in the area of climate.“¹⁹

Dieser Eigenkritik der EU kann man sich sicherlich anschließen, wenn man die EU im Rahmen der Post-MDG Debatte vor allem als strategischen Akteur sieht, der in einer Vielzahl von Berichten und Mitteilungen politische Ansatzpunkte liefert, wie die globale Agenda hin zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung aussehen sollte. Doch neben dem strategischen „Was“ fehlt zu häufig die Angabe eines konkreten „Wie“. Und zudem mangelt es der EU für die Umsetzung der Strategien an politischen Druckmitteln, um alle Mitgliedsstaaten auf den beschlossenen Rahmen zu verpflichten.

Wie geht es nun also konkret weiter? Im Rat der Außenminister vom 12. Dezember 2013 beschlossen die EU-Mitgliedsstaaten ihr gleichbleibendes gemeinsames Engagement für einen umfassenden Rahmen und einen einzigen Ansatz globaler Ziele für die Agenda nach 2015. Grundsätzlich sei jedes Land zunächst selbst für seine Entwicklung verantwortlich, dabei seien die international vereinbarten Zielsetzungen einzuhalten. Im Sinne einer besseren Politikkohärenz müssten sich die Intentionen der verschiedenen Politikbereiche gegenseitig positiv beeinflussen. Auch Finanzressourcen sollten für größtmögliche Effizienz aus dem privaten, öffentlichen, inländischen und internationalen Bereich kombiniert werden. So sei die EU bereit, zu einem „integrierten finanziellen Strategierahmen“ beizutragen, der Rio+20 und die Finanzierung für Entwicklung in Nachfolge der MDGs vereint.²⁰ Damit hat der Rat als Stimme der Mitgliedsstaaten prinzipiell die Vorschläge der Kommission gebilligt. Der tatsächliche Erfolg wird sich aber an der konkreten Umsetzung messen lassen müssen.

3. Politische Stiftungen und eine globale Entwicklungsagenda nach 2015

Menschliche Entwicklung und die Förderung menschlicher Fertigkeiten durch Fortbildung und Training sind genuine Arbeitsfelder der deutschen Politischen Stiftungen, die sich über die Grenzen Deutschlands

hinaus in Entwicklungsländern engagieren. Im Zentrum des strategischen Ansatzes stand und steht immer der Mensch. Bezüglich einer neuen globalen Entwicklungsagenda kann es Aufgabe der Stiftungen sein, ihre guten politischen Kontakte zu nutzen, um politischen Willen für die Umsetzung der Agenda in Deutschland und auch in den Entwicklungsländern zu fördern. Gleichzeitig schlagen sie durch ihren Status als Nichtregierungsorganisation eine Brücke zur Zivilgesellschaft in den Ländern. Durch ihre Nähe zu beiden Seiten ist es ihnen möglich, einen Dialog zwischen ihr und den staatlichen Stellen fördern, um so der Bevölkerung Gehör zu verschaffen, gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen und auch Minderheiten eine Stimme zu geben. Gerade die mangelnde Inklusion aller Schichten ist ja ein häufig genannter Kritikpunkt am aktuellen MDG-Rahmen und ihrer Messung. Auch in den Mitgliedsstaaten der EU fehlt bisweilen das politische Engagement für die faktische Implementierung der Strategien auf Papier. Dies wird insbesondere deutlich beim 0,7 Prozent-Ziel der reichen Länder, das fordert, einen so großen Prozentsatz ihres Bruttonationaleinkommens als offizielle Entwicklungshilfe aufzuwenden. Bis auf die wenigen Ausnahmen Norwegen, Schweden, Luxemburg, Dänemark und die Niederlande hält keiner der europäischen Staaten diese Zusage. Die EU schaffte es im Jahre 2011 insgesamt gerade mal auf 0,42 Prozent.²¹

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Politikkohärenz, zu oft werden die wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedsstaaten dem Gebot der globalen Nachhaltigkeit vorgezogen, wie europäische Politiken im Bereich Handel und Landwirtschaft immer wieder zeigen. Durch ihre Nähe zu den Parteien sind die Stiftungen in einer guten Position, um politische Entscheidungsträger auch durch die Einbindung ihrer Erfahrung aus der Projektrealität für die Themen zu sensibilisieren. Auf europäischer Ebene haben sich politische Stiftungen aus den Mitgliedsstaaten seit 2006 zu einem Netzwerk zu-

sammengeschlossen, um mit gemeinsamer Stimme einen kontinuierlichen Dialog mit den EU-Institutionen zu entwicklungspolitischen Inhalten zu führen. Anlässlich einer öffentlichen Veranstaltung zur Vorstellung des EU-Berichts zur Politikkohärenz im Herbst warb eine Vertreterin der Europäischen Kommission explizit um die Unterstützung der Stiftungen in der Stärkung des politischen Willens auf Mitgliedsstaatsebene im Bereich der Kohärenz.

Ein letzter Ansatzpunkt für das Engagement der Stiftungen ist eine umfassende Sensibilisierung der Bevölkerung zu den Themen der globalen Herausforderungen wie Welternährung, Klimawandel und Migration. Die politische Bildung von jungen Menschen und Erwachsenen ist ein traditionelles Engagement der deutschen Politischen Stiftungen. Nur wer die Brisanz der Thematik, die Zusammenhänge und auch die Auswirkungen auf die entwickelten Länder begreift, wird bereit sein, sich persönlich zu engagieren und entsprechende Politiken zu unterstützen.

Die EU stellt jedes Jahr unter einen thematischen Fokus. 2013 war das Jahr der Bürger. Es gilt bereits als beschlossen, dass 2015 Europäisches Jahr für Entwicklung sein wird. Es bleibt zu hoffen, dass Bemühungen seitens der EU wie diese weiter dazu beitragen, das Interesse der Öffentlichkeit und damit auch der politischen Entscheidungsträger verstärkt auf diese Themen der globalen Herausforderung zu lenken.

|| KATHARINA PATZELT

Projektassistentin entwicklungspolitisches Büro
Brüssel

ANMERKUNGEN

- 1 Kaczmarek, Filip (Mai 2013): Bericht über die Millenniums-Entwicklungsziele – Festlegung der Rahmenvorgaben für die Zeit nach 2015 (2012/2289(INI)), URL <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0165&language=DE> [05.01.2014].
- 2 Vgl. Bourguignon, François et al. (2008): Millennium Development Goals at Midpoint: Where Do We Stand and Where Do We Need to Go? URL http://www.eadi.org/fileadmin/MDG_2015_Publications/Bourguignon_et_al_PAPER.pdf [05.01.2014].
- 3 Vgl. Brüssel European Council – 17-18 June 2004 – Council Conclusions (2004), URL http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/81742.pdf [05.01.2014].
- 4 Vgl. European Commission (2004): European Commission Report on Millennium Development Goals 2000-2004, S. 6., URL http://www.dochas.ie/Shared/Files/4/EC_on_MDGs.pdf [05.01.2014].
- 5 Vgl. European Commission (2012a): Development Policies, URL http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/index_en.htm [10.01.2014].
- 6 Vgl. Morazan, Dr. Peter et al. (2013): Millennium Development Goals and beyond 2015, a strong EU Engagement, S. 33.
- 7 Vgl. European Commission (2011): Increasing the impact of EU Development Policy: an Agenda for Change, S.3, URL http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/documents/agenda_for_change_en.pdf [05.01.2014].
- 8 Vgl. European Commission (2012b): Agenda for Change, URL http://ec.europa.eu/europeaid/newws/agenda_for_change_en.htm [05.01.2014].
- 9 Gavas, Mikaela (März 2013): The EU and Global Public Goods – Challenges and Opportunities, S.28, URL <http://www.odi.org.uk/publications/7323-european-union-global-public-goods-challenges-opportunities> [05.01.2014].
- 10 Vgl. European Commission (2012c): An EU Action Plan to achieve the Millennium Development Goals, URL http://ec.europa.eu/europeaid/what/millennium-development-goals/mdg_initiative_en.htm [05.01.2014].
- 11 Vgl. European Commission (2012d): MDG Initiative, URL http://ec.europa.eu/europeaid/what/millennium-development-goals/action_plan_en.htm [05.01.2014].
- 12 Vgl. European Commission (2012e): MDG Contract, URL http://ec.europa.eu/europeaid/what/millennium-development-goals/contract_mdg_en.htm [05.01.2014].
- 13 Vgl. European Commission (2013a): Defining our post-2015 pathway, URL http://ec.europa.eu/europeaid/what/millennium-development-goals/post-2015_en.htm [05.01.2014].
- 14 Vgl. Jones, Alexei (2012): Report on the consultation process on “Towards a post-2015 development framework”, URL http://ec.europa.eu/europeaid/what/millennium-development-goals/documents/12-12-06_report-final.pdf [05.01.2014].
- 15 Für weitere Informationen zu ENoP siehe <http://www.enop.eu>.
- 16 Vgl. European Commission (2013b): A decent life for all: Ending poverty and giving the world a sustainable future, URL http://ec.europa.eu/europeaid/documents/2013-02-22_communication_a_decent_life_for_all_post_2015_en.pdf [05.01.2014].
- 17 Vgl. European Commission (2013c): Beyond 2015: towards a comprehensive and integrated approach to

- financing poverty eradication and sustainable development, URL http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/financing_for_development/documents/financing_for_dev_2013_communication_en.pdf [05.01.2014].
- 18 Vgl. German Development Institute / European Centre for Development Policy Management (2013): European Report on Development 2013: Post-2015: Global action for an inclusive and sustainable future (2013), URL http://www.erd-report.eu/erd/report_2012/documents/FullReportEN.pdf [05.01.2014].
- 19 Vgl. Ebd., S. 226. [05.01.2014].
- 20 Vgl. Council of the European Union (2013): Conclusions of the Council on financing poverty eradication and sustainable development beyond 2015, URL http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/140060.pdf [05.01.2014].
- 21 Vgl. OECD (2013): "Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit", in Die OECD in Zahlen und Fakten 2013: Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft, OECD Publishing, URL <http://dx.doi.org/10.1787/factbook-2013-92-de> [05.01.2014].

BRASILIEN UND DIE MILLENNIUMS- ENTWICKLUNGSZIELE: SÜDAMERIKA- NISCHE HOFFNUNG FÜR DIE POST-2015 ENTWICKLUNGSAGENDA?

MARIELLA FRANZ ||

Der folgende Artikel betrachtet die Möglichkeiten Brasiliens, eine führende Rolle bei der Annahme einer neuen Entwicklungsagenda Post-2015 zu spielen. Es wird auf die Einzigartigkeit des brasilianischen Entwicklungsmodells Bezug genommen und untersucht, ob es auf internationaler Ebene als Referenz dienen kann. Darüber hinaus wirft der Artikel einen Blick auf die Diskussionen, die in Brasilien über die neuen Ziele einer nachhaltigen Entwicklung stattfinden.

Schritte in die „Zukunft“

“Die Sehnsucht nach einem Leben in Würde, Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie einem Ende der Armut hat auf der Welt eine beispiellose Dringlichkeit erreicht.“¹ Mit diesem symbolträchtigen Satz beginnt der Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) Ban Ki-moon, in dem sich die Grundlagen der Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 wiederfinden. Wie von Ban Ki-moon angedeutet, kann die internationale Gemeinschaft die ständig wachsenden Heraus-

forderungen nicht mehr ignorieren und muss kollektiv Verantwortung übernehmen, um die so wichtigen Grundsätze der Menschenwürde, Gleichheit und Gerechtigkeit zu wahren.

Diese Aufgabe ist jedoch alles andere als einfach.

Es ist schon etwas länger her, dass sowohl die Staaten als auch verschiedene internationale Organisationen und Vertreter der Zivilgesellschaft zusammenkamen, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Das Ergebnis dieses Treffens war die Millenniumserklärung, die die Generalversammlung der VN im Jahr 2000 verabschiedete. In dieser legten die Staats- und Regierungschefs spezifische Ziele fest, die den Unterzeichnern auferlegen, bis 2015 die Globalisierung in eine positive Kraft zu wandeln und ihre Vorteile gerechter unter der Menschheit zu verteilen.

Die davon abgeleiteten vorgeschlagenen acht Millenniumsentwicklungsziele (engl. *Millennium Development Goals* - MDGs) schafften es zweifelsohne, die Bemühungen

der internationalen Gemeinschaft um eine gerechtere Entwicklung zu steigern. Obwohl es beträchtliche Fortschritte hinsichtlich der Erreichung dieser Ziele gab, sind die Leistungen und Erwartungen je nach Region und Land jedoch durchaus unterschiedlich. Umweltverschmutzung und Klimawandel schränken die Fortschritte der Globalisierung und Modernisierung ein. Es geht um ökologische Nachhaltigkeit. Hinzu kommen anhaltende Wirtschaftskrisen, ressourcenintensive Konsummuster, gewalttätige Konflikte, mangelnde soziale Gerechtigkeit und die Notwendigkeit einer stärkeren, politischen Beteiligung der Zivilgesellschaft: Nachhaltige Entwicklung muss daher an oberster Stelle stehen.

Nationale und internationale Beobachter und Kommentatoren haben bereits viel geschrieben über das brasilianische Entwicklungsmodell und die Fortschritte, die das Land hinsichtlich der Armut- und Hungerbekämpfung, der Bildung, Gesundheit und der sozialen Integration seit Antritt von Regierungschef Luiz Inácio Lula da Silva (Präsident Brasiliens von 2003 bis 2011) machte. Kann also Brasilien als Vorbild für andere Länder dienen?

Brasilien hat die MDGs teilweise erreicht. Trotzdem ist nicht alles Gold, was glänzt. Das Land ist immer noch auf halbem Weg hinsichtlich der wirtschaftlichen und städtischen Infrastrukturen, der Kontrolle über den Drogenhandel, der Bekämpfung der Gewalt und der Stärkung der politischen Institutionen.

Trotz der weiter bestehenden Defizite haben das außergewöhnliche Wirtschaftswachstum und die sozialen Fortschritte das Ansehen des Landes erhöht. Folglich tritt Brasiliens Regierung zunehmend als „strong Player“ auf und spielt bei den wichtigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entscheidungen auch tatsächlich eine immer größer werdende Rolle. Eine Rolle, welche die internationale Zivilgesellschaft, aber auch andere Staaten zunehmend einfordern.²

Diese gute Position, zusammen mit einer bunten, vielfältigen Gesellschaft und einem schier unendlichen ökologischen Potenzial,

ruft die Frage hervor, ob Brasilien eine führende Position bei den Verhandlungen und der Erarbeitung der VN-Agenda für die Entwicklung nach 2015 übernehmen kann und wird.

Brasilien, Lula und die Millenniumsentwicklungsziele

Die in den neunziger Jahren angewandte Wirtschaftspolitik und der Aufstieg des Neoliberalismus³ brachten zwar die gewünschte finanzielle Stabilität für Brasilien, zog jedoch auch Konsequenzen auf sozialer und politischer Ebene nach sich. Die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, die Arbeitslosigkeit, die Zunahme der Schwarzarbeit, der Abbau der öffentlichen Dienstleistungen, die Armut, Ausgrenzung, Gewalt, der Drogenhandel und die Defizite der Rechtsstaatlichkeit und des nicht existenten Sozialstaates führten zu einer Krise innerhalb der Demokratie.⁴ In diesen schwierigen Zeiten war es die Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores*), gegründet und angeführt von Luiz Inácio Lula da Silva, die ihre politischen Positionen mäßigte und die Unzufriedenheit der Leute für sich nutzen konnte. Sie setzte sich bei den Wahlen 2002 durch: Lula wurde Präsident.

Ohne sich große Konflikte mit den Unternehmern, Banquiers und Landbesitzern zu leisten, steckte der Präsident all seine Energie in eine Dynamisierung der Wirtschaftsleistung: eine Phase des Wachstums und der Entwicklung begann, einhergehend mit sozialer Inklusion. Mit einer jährlichen durchschnittlichen Wachstumsrate von 4,5 Prozent zwischen 2004 und 2010 gelang es Brasilien, sich innerhalb weniger Jahre als aufstrebende Macht zu positionieren: 14 Millionen neue Arbeitsplätze; ein Mindestlohn, der um 53,6 Prozent stieg; eine neue, wachstumsfördernde Finanzpolitik; eine Mittelschicht, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung einschließt; einer reduzierten Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, und einem Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung, welches relativ gesehen schneller stieg als

die Wirtschaft und die Einkommen der reichsten zehn Prozent (acht Prozent pro Jahr gegenüber 1,5 Prozent), geben ein positives Zeugnis dieser Politik ab. Verschiedene öffentliche Programme erzeugten einen positiven Effekt zwischen den Einkommen und dem Anstieg der Beschäftigung; sie brachten eine Verbesserung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung mit sich.

Was bedeutet dieser Wandel vom Entwicklungs- zum Schwellenland mit Blick auf die MDGs? War die Entwicklung wirklich so gut und nachhaltig, wie sie zu sein scheint?

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass Brasilien vorzeitig die Bekämpfung der extremen Armut (definiert durch weniger als 1,25 USD Tageseinkommen) und des Hungers erreicht hat.⁵ Dieses Ziel stand auf der nationalen Tagesordnung und in ausgewählten Politik- und Sozialprogrammen, wie *Bolsa Família* und *Fome Zero*, an erster Stelle.⁶ Rund 30 Millionen Menschen konnten der extremen Armut entkommen, und die Zahl der Armen ging von 17,2 Prozent (1990) auf 6,1 Prozent (2009) zurück. Im Norden und Nordosten Brasiliens liegt die extreme Armut jedoch noch immer über dem Durchschnitt. Die Zahl der an Hunger leidenden Menschen reduzierte sich von 15 Prozent (1990) auf 6,9 Prozent (2011).

Auch beim zweiten Ziel, der Gewährleistung einer allgemeinen Grundschulbildung, kann Brasilien Erfolge vorweisen: 95,6 Prozent der Kinder erhalten eine Grundschulbildung. Nichtsdestotrotz bleiben in diesem Bereich noch viele Herausforderungen bezüglich der Bildungsqualität und der niedrigen Verbleibquote bestehen. Die geringe Bildungsqualität verdeutlicht auch die neueste PISA-Studie aus dem Jahr 2012 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Brasilien belegt darin Platz 58 von 65 bewerteten Nationen, fünf Plätze schlechter als im Jahr 2009 und erreicht in allen Disziplinen nur ein unterdurchschnittliches Ergebnis. Die größten Herausforderungen für eine Qualitätsver-

besserung der Bildung liegen im sozio-ökonomischen und kulturellen Kontext, in dem brasilianische Kinder und Jugendliche aufwachsen. Armut, Ungleichheit, soziale Desintegration und fehlende Infrastruktur in vielen Schulen tragen zu einer hohen Wiederholungsrate⁷ und Anzahl an Schulabbrüchen bei. Die mangelnde Qualität der Lehrkörper sowie fehlende Attraktivität des Berufsbildes haben ebenso negative Wirkung auf das brasilianische Bildungssystem.⁸

Bei der Gleichstellung der Geschlechter (Ziel 3) und der Stärkung der Frauen hat Brasilien noch einen langen Weg vor sich. Trotz der ermutigenden Zahlen bezüglich der Parität zwischen Jungen und Mädchen, die die Schule besuchen, bestehen natürlich Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen in der brasilianischen Gesellschaft.

Auf der anderen Seite konnte ein Rückgang der Kindersterblichkeit erreicht werden (Ziel 4), von 51,6 Todesfällen pro tausend Geburten (1990) auf 12,9 (2010). Allerdings sind die regionalen Unterschiede innerhalb des Landes sowie die Unterschiede nach ethnischer Herkunft frappierend. Der Erreichung des fünften Zieles, hinsichtlich der Müttersterblichkeitsrate, konnte sich das Land annähern, wenngleich es noch immer weit davon entfernt ist, die Zahl, wie vereinbart, bis 2015 um drei Viertel zu reduzieren.

Die Erfahrung Brasiliens im Kampf gegen HIV, Malaria und andere schwere Krankheiten (Ziel 6) hatte Vorbildwirkung. Brasilien ist es bis zum Jahr 2010 gelungen, die HIV-Infizierungen von 20 Fällen pro 100.000 Einwohner auf 17,9 zu senken. Im Fall von Kindern unter 5 Jahren fiel die HIV-Rate um 41,7 Prozent zwischen 1997 und 2007. Zur gleichen Zeit wurden Malariaerkrankungen unter Kontrolle gebracht (von 33,2 Fällen je tausend Einwohner auf 13,1) und das Auftreten von Tuberkulosefällen reduziert (51,8 pro tausend Einwohner auf 37,6).⁹

Die ökologische Nachhaltigkeit (Ziel 7) erhält in den letzten Jahren zunehmend Aufmerksamkeit, aber die mangelnde Durchsetzung hat irreparable Umweltschäden verursacht. Im Fall Brasiliens sind die

Ergebnisse ziemlich dürrig, wenn man bedenkt, dass es sich hier um eine potenzielle „Umweltmacht“ handelt. Es gibt Bereiche im Amazonasgebiet, die geschützt sind und wo die Entwaldungsrate und die CO₂-Emissionen reduziert werden konnten, jedoch nicht zu den festgelegten Standards der VN. In Umfragen geben die Brasilianer an, dass die Idee der nachhaltigen Entwicklung in ihrem Land unter der neuen Politik der Regierung Dilma Rousseffs (seit 2011 Präsidentin Brasiliens) in den Hintergrund gerät.¹⁰

Der Rückschritt ist in verschiedenen Bereichen sichtbar, wie z. B. bei der neuen Forstwirtschaftsregelung, die die Umweltdelikte bis 2008 unter Amnestie stellt sowie bei der Ausweitung der Abholzungsgebiete. Die Befugnisse des Brasilianischen Instituts für Umwelt und erneuerbare natürliche Ressourcen (*Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e dos Recursos Naturais Renováveis* - IBAMA) sind beschnitten, die Ölförderung boomt, hohe Subventionen auf Kraftstoffe verzehren Investitionsanreize, und der Einsatz von Düngemitteln und Chemikalien ist weiterhin verbreitet.

Im Jahr 2011 hatten 97 Prozent der Bevölkerung einen verbesserten Trinkwasserzugang und 81 Prozent Zugang zu sanitären Einrichtungen. Dass die Quantität oft nichts über die Qualität aussagt, ist genauso tragisch, wie die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sowie die weiterhin unzureichende Infrastruktur in den brasilianischen *Favelas*.

Schließlich hat die Idee einer globalen Partnerschaft für Entwicklung (Ziel 8) viele weltweite Probleme in Angriff genommen. Brasilien unternahm erhebliche Anstrengungen, um die Zusammenarbeit zwischen den internationalen Akteuren zu verbessern und ist sehr aktiv bei der Förderung der Süd-Süd-Kooperation. Verschiedene politische und wirtschaftliche Vereinbarungen stärkten auch die bilaterale Agenda und die Beziehungen mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik. Raum hierzu boten auch regionale Bündnisse, wie der *Mercosur* (*Mercado Común del Sur* - Ge-

meinsamer Markt des Südens), die *UNASUR* (*Unión de Naciones Suramericanas* - Union Südamerikanischer Nationen) sowie die *CELAC* (*Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños* - Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten).

Die Bildung von Allianzen zur Konfliktlösung in anderen Ländern legt Zeugnis über einen Einsatz Brasiliens in der Region ab. Der Fall Haitis ist emblematisch in diesem Zusammenhang. Brasilien setzte sich, in Allianz mit Argentinien und Chile, bei der internationalen Intervention 2004 ein und übernahm die Führungsverantwortung für die Stabilisierungsmission der VN in Haiti (*Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti* - MINUSTAH); kombiniert mit diplomatischen, militärischen und Maßnahmen der Internationalen Zusammenarbeit.

Die Überlebensfähigkeit des Modells

Leider sind brasilianische Spitzenleistungen mit Blick auf die Erfüllung der MDGs ins Stocken geraten. Mit einem Wachstum von 2,3 Prozent im Jahr 2013 beginnt das brasilianische Wirtschaftswachstum sich abzukühlen. Zur gleichen Zeit hat Brasilien mit einer wachsenden Inflation von 6,5 Prozent zu kämpfen, und die Bevölkerung fürchtet einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, ausländische Investitionen sind zurückgegangen, die Infrastrukturprobleme sind enorm, und der öffentliche Dienstleistungssektor weist gewaltige Mängel auf.¹¹ Hinzu kommt die Abwertung des Real.

Für viele scheint sich das brasilianische Wunder seinem Ende zuzuneigen, und es sind in erster Linie die strukturellen Probleme, die trotz der bereits beschriebenen Fortschritte, eines der noch immer gesellschaftlich ungleichsten Länder der Welt charakterisieren und einen nachhaltigen Wachstumskurs verhindern. Das politische System ist instabil. Dass mindestens ein Drittel der Abgeordneten während ihres Mandats die Partei wechselt und die Korruption Teil der Spielregeln und des politischen Alltags ist, hat sicherlich viele Fortschritts-

bewegungen untergraben.¹² Ebenso scheinen die korrupte und ineffiziente Bürokratie sowie das komplexe Steuersystem die bereits erzielten Erfolge zunichte zu machen. Die anhaltend schlechte Qualität der Infrastruktur und der Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Verkehr, verbunden mit geringeren Ausgaben für den Umweltschutz könnten dazu beitragen, dass Brasilien in Zukunft seinen Nimbus als Vorzeigeland und die weltweite Bewunderung verliert.

Und genau diese Faktoren sind es, die zu massiven sozialen Protesten führten und die Regierung von Dilma Rousseff 2013 begleiteten. Die jungen Menschen aus der neuen Mittelschicht versuchen, aktive, mündige Bürger zu sein und sich bei politischen Entscheidungen einzubringen. Schließlich verlangt das Volk nach einer besseren politischen Vertretung, mehr Transparenz und Verantwortungsbewusstsein.¹³

Wird sich Brasilien nun doch noch endgültig in ein „Vorzeige-Entwicklungsmodell“ verwandeln, um alle MDGs erreichen zu können? Können sich die anderen Länder von dem südamerikanischen Riesen inspirieren lassen, wenn es darum geht, sich den Herausforderungen über 2015 hinaus zu stellen? Oder versinkt der Staat in seinen eigenen Problemen?

Es liegt nahe, dass die Fortschritte Brasiliens eine besondere Rolle in der Dritten Welt spielen. Jedoch können die strukturellen Defizite innerhalb der brasilianischen Demokratie nicht außer Acht gelassen werden. Auf der einen Seite ist es wichtig, dass Brasilien seine Prioritäten neu setzt und die sozialen und ökologischen Ziele in den Mittelpunkt stellt. Die Wirtschaft zu priorisieren, anstatt den Fokus auf soziale Themen zu legen, führt in einem Land mit großen sozialen Ungleichheiten zu vielen Problemen. Andererseits verdient der Umweltschutz eine viel größere Beachtung, denn dessen Missachtung kann noch größere Kostendefizite im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich nach sich ziehen.

Eine neue Agenda für eine Welt in konstantem Wandel

Die Post-2015 Entwicklungsagenda könnte Brasilien eine Gelegenheit bieten, sich mit all seinen positiven Attributen an die Spitze der entwicklungspolitischen Avantgarde zu setzen.

Die heutige Welt unterscheidet sich wesentlich von der Welt im Jahre 2000. Schnelle Änderungen dominieren das heutige Panorama und stellen neue Anforderungen, sodass sich die Gesellschaften neu konfigurieren müssen. Die neuen Herausforderungen verlangen innovative, kreative, zugleich komplexe und integrative Antworten. Die Umwelt leidet, und das bedeutet, dass der gesamte Lebensraum in Gefahr sein könnte. Aus diesen Gründen müsste es das oberste Anliegen sein, eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.

Keinesfalls bedeutet dieser Ansatz, andere Aspekte außer Acht zu lassen. Ganz im Gegenteil: eine Priorität für nachhaltige Entwicklung bereitet die Basis, um auch die anderen Ziele zu erreichen. Die neuen „Nachhaltigkeitsziele“ (*Sustainable Development Goals*, SDGs) sollten daher die bisherigen Schritte, die unter den MDGs erreicht wurden, vertiefen und zeitgleich neue Thematiken anhand eines universellen Ansatzes einschließen.

Zunächst ist zu unterstreichen, dass die Bekämpfung von Armut und Hunger eine der größten Herausforderungen darstellt, die die internationale Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit betrifft: 11,68 Millionen Personen sind noch immer arm in Brasilien und 6,8 Prozent der Bevölkerung leiden unter Mangelernährung. Armut ist der Nährboden für Instabilität, Konflikt und Gewalt. Stabile und friedliche Gesellschaften zu garantieren, ist zu einem fundamentalen Ziel geworden, vor allem, wenn man bedenkt, dass es ohne Frieden und Sicherheit keine Entwicklung und, dass es ohne Entwicklung keinen dauerhaften Frieden geben kann.¹⁴ In Brasilien ist es just die hohe Ungleichheit, die soziale Gewalt, Drogenhandel und organisierte Kriminalität fördert. Es bedarf einer

Zusammenarbeit auf lokalem, nationalem, regionalem und internationalem Niveau, um mehr Sicherheit und Gerechtigkeit für alle zu erreichen. In einem Kontext der verschwindenden Grenzen und sich mit Leichtigkeit ausbreitender Quellen der Instabilität müssen die Antworten internationalen Charakter besitzen. In diesem Zusammenhang würden fließende und gegenseitige Beziehungen Brasiliens zu seinen Nachbarn ein ideales Szenario darstellen, um gemeinsame und komplementäre Initiativen gegen diverse Bedrohungen der sozialen Sicherheit in der Region zu koordinieren.

Glücklicherweise gibt es im Rahmen der UNASUR bereits Initiativen, um Bedrohungen der Bürgersicherheit abzuwehren und grenzüberschreitendes, organisiertes Verbrechen zu bekämpfen. Im August 2013 konnte ein „Aktionsplan 2013-2017“¹⁵ angenommen werden, welcher elf wesentliche Themenfelder, 30 strategische Herausforderungen sowie 137 Aktionslinien formuliert. Es handelt sich um konkrete Maßnahmen zur besseren Koordinierung zwischen Sicherheitskräften und Justizsystemen der Länder der Region, um gegen illegalen Waffenhandel, Menschenhandel, Drogenproduktion und -handel, Korruption und Geldwäsche vorzugehen. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird jedoch von der konkreten und effizienten Umsetzung des Plans abhängen. Auf gleiche Art und Weise müssen eine gute Regierungsführung sowie effiziente Institutionen garantiert werden, um eine Basis für Gerechtigkeit und Sicherheit zu bilden. Beim Beispiel Brasiliens legen Korruption, Intransparenz und die lauter werdenden Forderungen der Zivilgesellschaft Zeugnis über die Dringlichkeit ab, auf starke demokratische Institutionen bauen zu können. Von der „Welt von morgen“ wird die Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Entscheidungsfindung sowie eine ernst zu nehmende Rechenschaftsablegung erwartet. Um diese Zielsetzung zu erreichen, müssen die Korruption gebannt und eine allumfassende Transparenz priorisiert werden.

Brasilien ist auf dem richtigen Weg: Korruptionsverfahren gegen Politiker und Be-

amte nehmen zu. Gerade der Fall *mensalão*¹⁶ und das 2010 eingeführte Gesetz *Ficha Limpia*, welches die Kandidatur von verurteilten Politikern für weitere öffentliche Ämter verbietet, markieren ein Umdenken.

Letztendlich hat sich die Kooperation zwischen den Staaten in ein unerlässliches Element entwickelt, um die restlichen SDGs erfolgreich zu verfolgen. Brasilien könnte, wie bereits angedeutet, darin eine innovative Rolle spielen. Das Ziel der Ausweitung brasilianischer Entscheidungsmacht in multilateralen Gremien und der Wunsch, dass das internationale System eine multipolare Richtung einschlägt, werden Brasilien dazu bewegen, eine koordinierte und inklusive globale Aktion voranzutreiben. Dass das Land zu Gruppen wie BRICS (*Brazil, Russia, India, China, South Africa*), GIBSA (*Germany, India, Brazil, South Africa*) gehört und, dass es gemeinsame Positionen vertritt mit den restlichen Schwellenländern zur Notwendigkeit einer Reform multilateraler Institutionen sowie zur nachhaltigen Entwicklung, hilft zweifelsfrei auf diesem Weg. Der südamerikanische Gigant drängt beispielsweise auf die Erweiterung der Mitglieder im VN-Sicherheitsrat und auf die Änderung der Statuten von Einrichtungen wie des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank. Es geht darum, besser im multilateralen Raum als Schwellenländer vertreten zu sein und der industrialisierten Welt die Stirn zu bieten. Brasilien sollte demnach, mit Blick auf die neuen SDGs, mehr auf die global koordinierte Aktion durch Dialog und Artikulation zwischen Staaten, Märkten und Zivilgesellschaft setzen.¹⁷

Die Weltgemeinschaft braucht regional und global integrierte Programme, die auf Solidarität zwischen Nationen aufbauen: zum Klimawandel, Umweltschutz, zur Armutsbekämpfung sowie zum Antrieb der sozialen Inklusion durch Chancengleichheit.

Die letzte Konferenz zum Thema Klimawandel im November 2013 in Warschau zeigt, wie weit die Weltgemeinschaft von diesem letzten Ziel entfernt ist. Die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwick-

lungsländern war dort kaum bis nicht vorhanden. Lediglich in letzter Minute konnte auf Druck von Brasilien eine moderate Vereinbarung zu „differenzierten Verantwortungen“ geschlossen werden. Die strittigen Punkte waren die Hilfeleistungen der entwickelten Staaten an diejenigen der Dritten Welt, welche die größten Schäden des Klimawandels bewältigen müssen. Die USA und die EU beispielsweise kritisierten den Pakt.

Vielfache Visionen in einem Land der großen Dimensionen

Brasilien ist ein Schwellenland, eine potenzielle „Umweltmacht“, beherbergt das weltgrößte Holzkohlevorkommen und die größten Süßwasserreserven. Das Land müsste eindeutig eine kritische Rolle mit Blick auf eine „Nachhaltigkeitsentwicklungsagenda“ (Post-2015) einnehmen. Dennoch ist die Wahrnehmung einer solchen Rolle durch diverse interne Diskussionen beschnitten.

Zunächst ist mit Blick auf die Proteste im letzten Jahr zu sagen, dass die brasilianische Zivilgesellschaft konstant an der Formulierung und Leitung der Politikprogramme beteiligt sein möchte. In der Tat waren es junge Brasilianer, die am zahlreichsten an der Umfrage der VN zur Zukunft des Planeten teilnahmen.¹⁸ In diesem Rahmen sprachen sie ihren Wunsch nach mehr politischer Beteiligung aus, z.B. die Teilnahme an der Erarbeitung und Kontrolle von lokalen Haushaltsplanungen, damit öffentliche Gelder effizient in Gesundheit und Bildung investiert werden. Außerdem sprach sich die befragte Jugend für konkrete Regierungsmaßnahmen zu nachhaltiger Entwicklung aus, wie beispielsweise Subventionen für fossile Brennstoffe zu eliminieren, 150 Mio. Hektar gerodeten Wald bis 2020 wieder aufzuforsten und die Wasserversorgung zu sichern (mit Rücksicht auf Ökosysteme, Biodiversität und Quellen).

Gleichzeitig zeigten sie sich besorgt über die soziale Unsicherheit, das Empfinden von Straflosigkeit und den niedrigen sozialen Zusammenhalt in ihrem Land - als Konsequenz der starken Ungleichheiten.

Die Zivilgesellschaft versucht, sich über die Frustration der Rio+20 Konferenz hinwegzusetzen. Dort waren die vertretenen Nationen weder gewillt, zwingende Versprechen einzugehen, noch konnte das Umweltprogramm der VN (United Nations Environment Programme - UNEP) institutionell aufgewertet werden. Nach dieser enttäuschenden Erfahrung legen zivilgesellschaftliche Organisationen viel daran, bei der Formulierung der SDGs nicht erneut auf der Strecke zu bleiben.

Aus wissenschaftlicher Perspektive sollte Brasilien in globalen Diskussionsforen pro-aktiv sein und seinen politischen Kompromiss für eine nachhaltige Entwicklung bestätigen, vor allem wenn es um Umweltthemen geht. Akademische Stimmen betonen auch die Bedeutung einer „green economy“ mit niedrigem CO₂-Ausstoß, bedacht auf Umwelt und soziale Gerechtigkeit. Es braucht Investitionen in Ressourcen, eine Modifizierung von Mechanismen und den Verzicht auf unmittelbare wirtschaftliche Vorteile - einen Einsatz, den viele nicht gewillt sind, zu leisten. Darüber hinaus führt man in Brasilien die Diskussion über neue Indikatoren, um die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsziele besser messen zu können; bisherige Instrumente wie die „Merkmale der Menschlichen Entwicklung“¹⁹ seien nicht ausreichend, um das soziale Gemeinwohl und die Nachhaltigkeit zu beurteilen.²⁰

Letztlich geht die Diskussion innerhalb der politischen Lager jedoch weit über die Nachhaltigkeitsziele hinaus. Die politische Debatte konzentriert sich auf die Frage, welche Rolle Brasilien im internationalen System spielen sollte. Einige meinen, das Ankerland sollte konstruktiv sein und sich den Spielregeln der „globalen Ordnungspolitik“ anpassen. Andere schreiben dem Giganten eine autonome außenpolitische Rolle zu und würden gerne die Mitgestaltung der globalen Spielregeln durch Brasilien und seine Interessen selbst sehen. Letzteren Weg schlug die Regierung von Lula da Silva ein, indem sie sich als Vermittler zwischen „Nord und Süd“ hervortat.

Tatsächlich ist es genau diese politische Diskussion, die mehrheitlich die Perspektiven einer brasilianischen Beteiligung an der Post-2015-Agenda beeinflusst. Während sich die Zivilgesellschaft und die akademische Welt für eine aktive Rolle im Umweltschutz, bei der sozialen Gerechtigkeit und für eine langfristige Vision ihres Landes aussprechen, scheinen die politischen Entscheidungsträger des Landes an konservativen, souveränitätsbetonten Einstellungen festzuhalten. Bisher dürfte es jedoch gerade der Vorzug für das nationale Interesse und die nationale Souveränität gewesen sein, welcher es dem Land unmöglich machte, eine entscheidende Rolle als Protagonist in der Welt wahrzunehmen.

Projekte der HSS

GIBSA ist ein Think Tank-Forum, bestehend aus Instituten in Deutschland, Indien, Brasilien und Südafrika, das 2007 gegründet wurde. Es ist ein Instrument der Nord-Süd Kooperation, welches dem Heiligendamprozess und der darin beschlossenen, engeren Kooperation zwischen G-8 und G-5 nachfolgt.

Der von der HSS geförderte Quadrilog soll dem gegenseitigen Austausch der vier Partnerstaaten dienen und die Identifizierung von Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der internationalen Beziehungen und in regionalen Fragen erleichtern. Inhalte, Positionen und Analysen der beteiligten Think Tanks, die im gemeinsamen Diskurs entwickelt und ausgearbeitet wurden, sollen in die unmittelbare Politikberatung der jeweiligen Länder einfließen und somit mittelbaren Einfluss auf die Positionierung gemeinsamer, auch deutscher, Interessen fördern. Damit dient dieser Quadrilog auch dem MDG 8, dem Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

2015: Brasilianische Inspiration

Das „Entwicklungsmodell Brasilien“ ist Hoffnungsträger in einer wenig ermutigen-

den Situation, der sich die Menschheit gegenüber sieht. Es geht schließlich um den Fortschritt, den Brasilien nachweislich erfahren hat. Dass damit alle Probleme gelöst sind, wäre sehr naiv anzunehmen, allein die Dimension des Landes muss man sich stets vor Augen halten. Das Land hat aufgrund von beträchtlichen Fortschritten im Wirtschafts- und Sozialbereich internationales Ansehen erlangt; dies vor allem im Vergleich zu anderen Nationen in der Region und der Welt. Brasilien zeigt, dass es möglich ist, mit entsprechenden Politiken und dem politischen Willen die Lebensumstände zu verbessern. Jedenfalls könnten die wertvollen Fortschritte des Landes anderen Ländern als Inspirationsquelle dienen. Wenn Brasilien es geschafft hat, warum nicht auch andere Entwicklungs- und Schwellenländer? Vor allem der südamerikanischen Kontinent blickt mit mehr Augenmerk denn je auf den Giganten.

Allerdings hängt die Entwicklung jedes Landes von nationalen (politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen) Faktoren ab, und es gibt keinerlei vorgefertigte Modelle, die in allen Regionen der Welt gleich angewandt werden könnten. Daher kann der südamerikanische Riese wohl kaum als „Blueprint“ gelten. Was allerdings möglich ist, ist verstehen zu lernen, wie unter anderen Umständen Grundpolitiken an diverse Situationen angepasst werden könnten, ohne die eigene Kultur, die eigenen Ressourcen und eigenen spezifischen Möglichkeiten außer Acht zu lassen.²¹

Die Rolle, die Brasilien in globalen Systemen als Schwellenland einnehmen wird, hängt von dem Land selbst ab. Auf dem zweiten G20-Gipfel 2010 in Seoul beispielsweise erreichten Südkorea und Brasilien, dass die globale Wirtschaftsordnungspolitik zumindest einen Ansatz der nachhaltigen Entwicklung enthält. Die G20 nahmen schließlich einen „mehrjährigen Aktionsplan zur Entwicklung“ an, als Antwort auf die Initiativen der Länder des Südens. Die Ernennung des brasilianischen Kandidaten, Botschafter Roberto Azevêdo, im Mai 2013 zum Generaldirektor der Welthandelsorga-

nisation zeigt ebenfalls, welche Relevanz Brasilien im globalen Wirtschaftsgeflecht zukommt.

Brasiliens Bedeutung für den Rest der Welt macht sich auch durch seine Beteiligung in der GIBSA-Gruppe (Deutschland, Indien, Brasilien, Südafrika) bemerkbar. Dabei handelt es sich um einen Dialogmechanismus, der den internationalen Gedanken- und Erfahrungsaustausch und die Kooperation zwischen diesen vier Ländern erleichtern soll. Von Deutschland initiiert kommen in dieser Initiative Länder zusammen, die jeweils in ihrer Region so bedeutend sind, dass sie Agenden beeinflussen und als Sprecher der Entwicklungsländer ihrer Region fungieren.

In der Innenpolitik, andererseits, sind die Herausforderungen für Brasilien weiterhin groß: die persistente Ungleichheit schwächt das Wachstum; niedriges technologisches Wachstum und die Knappheit an qualifizierten²², professionellen Arbeitskräften schmälert die Fortschrittmöglichkeiten; die politischen Diskussionen um Brasiliens Außenpolitik schränken seinen Aktionsradius ebenfalls ein.

Brasilien sollte sich von seiner traditionellen, souveränitätsstarken und kurzfristig angelegten Position entfernen, um sich mehr als „Spieler der ersten Liga“ in die internationale Politik einzumischen. Nur eine gesunde Balance aus Kompromissen und Risikobereitschaft führt zum Erfolg. Die Intention, als Vermittler zwischen Nord und Süd in der Welt aufzutreten, trägt bisher nur wenige Früchte. Brasilianische Repräsentanten müssten endlich beginnen, sich direkter in die Verhandlungsprozesse einzuschalten und neuartige, ehrgeizigere Lösungen vorzuschlagen.

In diesem Sinne sind die neuen Nachhaltigkeitsziele eine einmalige Gelegenheit, um Errungenschaften zu bestätigen und Fehler auf allen Regierungsniveaus zu beheben. Die Herausforderung liegt in der gemeinsamen, innen- und außenpolitischen Zusammenarbeit, klare, präzise, messbare und

anpassungsfähige Ziele für die diversen Kontexte zu definieren. Nur durch eine genuine Kooperation zwischen den Nationen und adäquate Politiken wird eine bessere Zukunft für die Menschheit erreicht werden können. Brasilien kann dabei eine Schlüsselrolle spielen und gleichzeitig seine aufstrebende Machtposition erheblich stärken. Wie dargestellt, hätte die „potentielle Umweltmacht“ viele Möglichkeiten, dies zu erreichen.

|| DR. MARIELLA FRANZ

Auslandsmitarbeiterin Argentinien

Unter Mitarbeit von Lic. Carla Valente

ANMERKUNGEN

- 1 Vereinte Nationen (2013): Ein würdevolles Leben für alle: Die schnellere Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und Förderung der Agenda der Vereinten Nationen für die Entwicklung nach 2015, in: Sechsdzigtzigste Sitzung der Generalversammlung, URL <http://www.un.org/es/comun/docs/?symbol=A/68/202> [09.10.2013].
- 2 Vgl. Ebd.
- 3 Fernando Enrique Cardoso setzte als brasilianischer Präsident(1994-2003) die Ideen des Neoliberalismus vollständig um.
- 4 Vgl. Sader, Emir (2013): Das neoliberale Erbe von Cardoso, in: *Explorador Le Monde Diplomatique: Brasilien*, hrsg. von José Natanson [et.al.], Buenos Aires, S. 7-11.
- 5 Vgl. Programa das Nações Unidas para o Desenvolvimento Brasil (2013): Erradicar a extrema pobreza e a fome, URL <http://www.pnud.org.br/ODM1.aspx#> [30.01.2014].
- 6 Das Programm *Bolsa Família* ist ein Einkommensumverteilungsprogramm für arme Familien. Bis zum Mai 2012 kam dieses Programm 13,5 Millionen Familien zugute. Das Programm *Fome Zero* andererseits garantierte bedürftigen Familien Zugang zu den Grundnahrungsmitteln. Die Unterstützung reicht von 22 bis 110 USD pro Monat.
- 7 Vgl. El Observador (2013): ¿Cómo Brasil puede mejorar su desempeño en las pruebas PISA?, URL <http://www.elobservador.com.uy/caminoal desarrollo/post/1102/como-brasil-puede-mejorar-su-desempeno-en-las-pruebas-pisa/> [30.01.2014].
- 8 Vgl. OECD (2013): Programme for International Student Assessment (PISA) Results from PISA 2012, Brazil, URL <http://www.oecd.org/brazil/PISA-2012-results-brazil.pdf> [30.01.2014].
- 9 Vgl. ODM Brasil (2013): O Brasil e os ODM, URL <http://www.odmbrasil.gov.br/o-brasil-e-os-odm> [27.11.2013].
- 10 Vgl. Ferroni, Gustavo (2012): Desafios e Resiliencia no campo sociambiental, in: *O Brasil e agenda da sustentabilidade: desafios e oportunidades para o Estado, o sector privado e a sociedade civil*, hrsg. von Carlos Eduard Young [et.al.], Rio de Janeiro, URL http://cebri.org/midia/documentos/pubkas13_1.pdf [29.10.2013].
- 11 Vgl. Almendariz, Alberto (2013): Con protestas e incidentes, crece la convulsión social en Brasil, in: *La Nación*, 15.6.2013, URL <http://www.lanacion.com.ar/1592285-con-protestas-e-incidentes-crece-la-convulsion-social-en-brasil> [21.11.2013] / Brasil se pregunta cómo resucitar su milagro, in in: *La Nación*, 23.6.2013, URL <http://www.lanacion.com.ar/1594559-brasil-se-pregun-ta-ahora-como-resucitar-su-milagro> [21.11.2013].
- 12 Vgl. Geosa, Maria Rocha (2013): El balance social de los años Lula, in: *Explorador Le Monde Diplomatique: Brasil*, hrsg. von José Natanson [et.al.], Buenos Aires, S. 29-31.
- 13 Als Reaktion auf die sozialen Proteste rief Präsidentin Rousseff zur politischen Reform auf. Ein eigens dafür geschaffenes Gremium schlug fünf Pakte vor, welche in folgenden Bereichen Verbesserungen bewirken sollen: Wirtschaftliche Stabilität und Kontrolle der Inflation; Bürgerschaft, Finanzierung von Wahlkampagnen und Korruptionsbekämpfung; mehr Ärzte für das Gesundheitswesen; mehr Investitionen im öffentlichen Verkehr; mehr Mittel für den Bildungssektor. Vgl. El Mundo (2013): Dilma Rousseff ofrece un referéndum para calmar las protestas en la calle, in: *El Mundo España*, 25.6.2013, URL <http://www.elmundo.es/america/2013/06/24/brasil/1372105889.html> [30.01.2014].
- 14 Vgl. Vereinte Nationen (2013): Eine neue Weltallianz: Armut bekämpfen und Wirtschaft verändern durch nachhaltige Entwicklung, New York, URL https://www.un.org/es/sg/pdf/hlp_report_post2015_sg.pdf [09.10.2013].
- 15 Vgl. Secretaría de Comunicación Pública - Presidencia de la Nación (2013): Unasur coordina 137 acciones contra el narcotráfico, URL <http://www.prensa.argentina.ar/2013/08/19/43356-unasur-coordina-137-acciones-contrael-narcotrafico.php> [04.02.2014].
- 16 Der Fall *mensalão* (Monatsgeld) betrifft einige Mitglieder der Arbeiterpartei sowie Funktionäre der Regierung, die von Rechts wegen verurteilt wurden, weil sie in der Bundesabgeordnetenversammlung ein System des Stimmenkaufs aufgebaut hatten.
- 17 Vgl. Viola, Eduardo / Franchini, Matías (2012): O Brasil na Transição para a Economia Verde de Baixo Carbono, in: *O Brasil e agenda da sustentabilidade: desafios e oportunidades para o Estado, o sector privado e a sociedade civil*, hrsg. von Carlos Eduard Young [et.al.], Rio de Janeiro, URL <http://www.cebri.org/midia/documentos/estkas2012.pdf> [29.10.2013].
- 18 Die Vereinten Nationen haben weltweite Konsultationen zur neuen Entwicklungsagenda unternommen. Eine der Initiativen war *Mi mundo* (Meine Welt), eine Befragung, in der Teilnehmer aus 191 Ländern zur Klassifizierung der Prioritäten für die Entwicklung befragt wurden. In Brasilien verzeichnete man mehr als 9.000 Stimmen online.
- 19 Der HDI (Human Development Index) setzt sich aus folgenden Indikatoren zusammen: Dem Lebenserwartungsindex, dem Bildungsindex und dem Lebensstandard.
- 20 Vgl. Veiga, José Eli (2013): Indicadores Sociambientais, URL http://cebri.org/midia/documentos/pubkas13_1.pdf [29.10.2013].
- 21 Im Gespräch mit Dr. Félix Peña, Direktor der Stiftung ICBC, Internationales Handelsinstitut, und Leiter des Programms Mercosur des CARI (Argentinischer Rat für Internationale Beziehungen), Buenos Aires, 6.11.2013.
- 22 Brasilien braucht in Zukunft etwa sechs Millionen hochqualifizierte Arbeitskräfte, um sein Entwicklungsniveau halten zu können. In der Tat beschwerten sich 69 Prozent der Industriebetriebe, entsprechende Fachkräfte zu finden. Brasilien hat unter anderen mit Deutschland ein bilaterales Abkommen über den Studienaustausch geschlossen. Deutschland engagiert sich über die AHK im Bereich der dualen Berufsausbildung.

ZUR UMSETZUNG DER MILLENNIUMSZIELE IN CHINA: ERFOLGE, PROBLEME UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

KATJA DRINHAUSEN ||

Im Jahr 2000 stellten die damals 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gemeinsam eine globale Entwicklungsagenda auf, für die acht Ziele (engl. Millennium Development Goals – MDGs) formuliert wurden. An erster Stelle steht die Beseitigung von Hunger und extremer Armut. Weitere Ziele sind die allgemeine Grundschulbildung, die Gleichstellung der Geschlechter und Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern sowie die Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen Krankheiten. Hinzu kommen die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit sowie der Aufbau einer internationalen Entwicklungspartnerschaft. Diese Oberziele wurden mit konkreten Vorgaben gefüllt, die es bis 2015 zu erreichen gilt.

Eine der ehrgeizigsten Zielsetzungen war es dabei, im Vergleich zu 1990 den Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag (mittlerweile 1,25 Dollar) zu halbieren. China erreichte 2005 als erstes Entwicklungsland dieses Ziel und hat auch in vielen anderen Bereichen der Agenda beachtliche Erfolge vorzuweisen. Gleichzeitig steht die Volksrepublik vor großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Fortschritte Chinas bei der Umsetzung der MDGs in den Bereichen Armutsminderung, Bildung und Umwelt gegeben sowie aktuelle und zukünftige Probleme diskutiert. Der Schwerpunkt liegt bewusst auf diesen Themen, da hier die größten Herausforderungen für eine ausgewogene und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung liegen. Des Weiteren wird Chinas internationale Entwicklungszusammenarbeit sowie die Standpunkte und Initiativen des Landes in der Gestaltung der Entwicklungsagenda nach 2015 beleuchtet, bevor ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen gegeben wird.

I. Zur Umsetzung der Millenniumsziele

Armutsminderung (MDG 1)

Zwischen 1990 und 2012 fiel laut einem gemeinsamen Bericht des chinesischen Außenministeriums und der Vereinten Nationen die Zahl der Personen, die nach den Richtlinien der chinesischen Regierung in extremer Armut leben, von rund 60 Prozent der Bevölkerung auf rund 7,3 Prozent, d.h. weit mehr als eine halbe Milliarde Menschen

konnten aus der Armut gehoben werden. Im selben Zeitraum stiegen die verfügbaren Einkommen im Schnitt um mehr als das zehnfache.¹

Dies ist in erster Linie auf die rasante ökonomische Entwicklung infolge der Marktliberalisierung seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik zurückzuführen: Von 1979 bis 2012 betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 9,8 Prozent, einhergehend mit einem massiven Ausbau der Infrastruktur. Der Anschluss selbst abgelegener Regionen an das Verkehrsnetz sowie der verbesserte Zugang zu Wasser, Energie und Telekommunikation, aber auch die Errichtung von Schulen, Krankenhäusern usw. haben maßgeblich zur Verbesserung der Lebensumstände beigetragen.

Der Staat flankierte diese Entwicklung mit einer Fülle weiterer Maßnahmen, allem voran der Ausbau des sozialen Sicherungssystems, insbesondere in den Bereichen Alters- und Gesundheitsvorsorge. In den ländlichen Regionen Chinas, die weit stärker von Armut betroffen sind als die Städte, hat die Abschaffung der Agrarsteuer in 2006 in hohem Maße zur Armutsminderung beigetragen. Eine wichtige Rolle spielen zudem die vermehrten Schritte zur Gewährleistung des Existenzminimums. So erhielten Ende 2012 5,6 Prozent der Bevölkerung Transferleistungen zur Sicherung ihrer Lebensgrundlage.

Im Falle Chinas waren staatliche Initiativen ein treibender Faktor der Armutsminderung, zumal die chinesische Regierung hierin eine ihrer Kernaufgaben sieht. Das erklärte Ziel, ausgerufen 2002 beim 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), ist es, bis 2020 eine „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ zu schaffen, in der niemand mehr unter die Armutsgrenze fällt. Beim 17. Parteitag 2007 versprach man ferner, bis 2020 das Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu 2000 zu verdoppeln.

Doch noch immer leben in China annähernd 100 Mio. Menschen unter der Armutsgrenze. Diese ist mit einem Jahresein-

kommen von 2.300 Yuan (rd. 275 Euro), also gerade mal einem Dollar pro Tag, für ein aufstrebendes Schwellenland ohnehin recht knapp bemessen, vor allem angesichts der Tatsache, dass die UN den Richtwert wie bereits angesprochen auf 1,25 Dollar angehoben hat.² Zur Realisierung dieser groß angelegten Vorhaben bedarf es also weiterer Anstrengungen, wobei man mit alten aber auch mit neuen Herausforderungen konfrontiert ist.

Ein Grundproblem ist das starke regionale Gefälle. Im Vergleich zur industrialisierten und wirtschaftlich hoch entwickelten Ostküste und den relativ entwickelten Regionen in der Mitte Chinas sind große Teile des Westens und Südwestens immer noch strukturschwach, wobei die Regierung in den vergangenen Jahren verstärkt darauf setzt, durch Investitions- und Förderprogramme die lokale Entwicklung anzukurbeln. Erschwerend kommt hinzu, dass heutzutage der Großteil der Regionen mit extremer Armut in besonders ertragsarmen Landstrichen oder schlecht zugängigen Berggebieten liegt, die darüber hinaus überdurchschnittlich häufig von Naturkatastrophen betroffen sind. Eine nachhaltige Armutsbekämpfung ist hier teils kaum möglich bzw. mit einem immensen finanziellen Aufwand verbunden.

Neben dem Ost-West-Gefälle ist China geprägt von einer gravierenden Disparität zwischen Stadt und Land. Dieses Phänomen ist auch in anderen Entwicklungsländern zu beobachten, doch im Gegensatz zu bspw. Indien vergrößert sich in China die Kluft. Verdienten städtische Bewohner 1990 noch etwas mehr als das Doppelte der ländlichen Bevölkerung, so war es 2012 mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von je 24.565 Yuan (rd. 2.950 Euro) bzw. 7.917 Yuan (rd. 950 Euro), schon mehr als das Dreifache.³

Eine zentrale Ursache dieses Gefälles ist institutioneller Natur. In China teilt das sogenannte Hukou-System der Haushaltsregistrierung die Bevölkerung in städtische und ländliche Bürger, verbunden mit ver-

schiedenen Rechten und Ansprüchen. Zweck dieses seit 1958 existierenden Meldesystems war es, die Menschen an ihren Wohnort zu binden und ungeplante Migrationsprozesse sowie einen Ansturm auf die Städte zu verhindern, auf deren Entwicklung sich die chinesische Führung vorerst konzentrierte, inklusive des Ausbaus der sozialen Sicherung und öffentlicher Dienstleistungen. Nach einer Lockerung der Restriktionen der Freizügigkeit Mitte der 1980er Jahre verließen immer mehr Bauern ihre Scholle und gingen als Arbeitskräfte in den urbanen Raum. Dort konnten sie nicht nur ihre eigenen Einkommen steigern, mit Rücküberweisungen leisteten sie auch einen enormen Beitrag zur Entwicklung ländlicher Regionen.

Projekte der HSS

Die HSS engagiert sich seit Ende der 80er Jahre für die Entwicklung Ländlicher Räume in China. Zunächst geschah dies über den Bildungstransfer im Bereich landwirtschaftlicher Berufe, da eine fundierte Berufsausbildung die Wertschöpfungsmöglichkeit im ländlichen Raum erhöht und somit zur Armutsminderung (MDG 1) beiträgt. Den Schwerpunkt bildete hierbei das Berufsbildungs- und Lehrerfortbildungszentrum Pingdu. Schnell erkannten die Verantwortlichen jedoch, dass ein erweiterter Kontext hin zur Entwicklung ländlicher Räume notwendig ist und setzten die Flurneuordnung und Dorfentwicklung Nan Zhang Lou auf die Agenda. Nan Zhang Lou, welches heute als chinaweites Modellprojekt anerkannt ist und weitere Modellprojekte initiierte, zeigte auf, dass die Abwanderung der aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte durch alternative Einkommensmöglichkeiten im Verbund mit aktiver Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene gestoppt und die Haushaltseinkommen signifikant erhöht werden können.

Mehr zu unserer Arbeit unter
www.hss.de/china

Mittlerweile gehen über 200 Mio. ländliche Arbeitsmigranten im städtischen Raum einer Erwerbstätigkeit nach. Viele leben langfristig in den Städten, ein steigender Anteil schon in der zweiten oder dritten Generation. Dies spiegelt sich in der Urbanisierungsrate wider, die zwischen 1990 und 2013 von 26,41 Prozent auf 53,73 Prozent anstieg. Doch nur 65 Prozent der städtischen Bevölkerung haben auch einen städtischen Meldestatus, für dessen Erlangung viele Bedingungen erfüllt werden müssen.⁴ Da jedoch Sozialleistungen weitgehend an den Status und Ort der Registrierung gekoppelt sind, bedeutet dies, dass mehr als ein Drittel der Menschen im urbanen Raum nicht oder nur in geringerem Maße vom sozialen Netz aufgefangen wird. Besonders betroffen sind die einkommensschwächsten Gruppen – meist Wanderarbeiter in irregulären Arbeitsverhältnissen oder ohne Beschäftigung –, die selbst von Zuschüssen zur Gewährleistung des Existenzminimums oder Sozialwohnungen ausgeschlossen sind.

Im Gegensatz dazu können Migranten in einem regulären Arbeitsverhältnis in die städtischen Sozialkassen einzahlen und bestimmte Transferleistungen nutzen. Doch da es bislang kein einheitliches nationales Sozialsystem gibt, bleibt bei einem Arbeitsortwechsel oder der Rückkehr in die Heimat derzeit das Gros der erarbeiteten Ansprüche in den jeweiligen städtischen Renten- und Sozialkassen. Neben den individuellen Einbußen geht damit das Problem einher, dass städtische Fonds Überschüsse verzeichnen, während in ländlichen Regionen Mittel fehlen, wo aufgrund der Abwanderung in die Städte prozentual immer mehr alte Menschen leben.

Erste Schritte einer Integration der Sozialsysteme zur Gewährleistung der Übertragbarkeit von Leistungsansprüchen wurden bereits unternommen, doch der Handlungsdruck steigt. Neben dem Risiko verstärkter Altersarmut auf dem Land, besteht die Gefahr der Entwicklung einer städtischen Unterschicht. Schon jetzt ist eine Verlagerung der Armut erkennbar, beinahe

die Hälfte der als arm geltenden Personen leben heute im städtischen Raum.⁵ Angesichts dieser Umstände hebt auch der zuvor zitierte Bericht von Außenministerium und UN hervor, dass das Aufkommen von Armut in städtischen Regionen eine erhebliche Herausforderung für die Erfüllung der MDGs darstellen wird.

Auch eine weitere demografische Komponente hat besorgniserregende Auswirkungen: Die Alterung der Gesellschaft. Während mit einem steigenden Entwicklungsniveau generell sinkende Geburtenraten einhergehen, wurde dieser Prozess in China durch die Geburtenplanungspolitik stark beschleunigt. Viele Familien weisen mittlerweile eine 4-2-1-Struktur auf (Großeltern, Eltern, Kind). Die innerfamiliäre Versorgung im Alter, wie sie in der Vergangenheit vorherrschte, kann so nicht mehr aufrechterhalten werden und wird zusätzlich erschwert durch die räumliche Trennung infolge der Migrationswellen. Die chinesische Regierung hat zwar in den vergangenen Jahrzehnten den Deckungsgrad der sozialen Sicherung stetig ausgedehnt, allerdings auf niedrigem Niveau. Das größte Problem stellen die steigenden Gesundheitskosten im Zuge des demografischen Wandels dar, vor allem da Krankheiten der größte Risikofaktor hinsichtlich eines Rückfalls in Armut sind. Vor diesem Hintergrund wird in der aktuellen Debatte häufig davon gesprochen, dass „China alt wird, bevor es reich wird“.⁶

Selbst wenn die von der Regierung angekündigte Verdoppelung der Einkommen zwischen 2000 und 2020 erreicht wird, ist dies kein Allheilmittel. Auch bei einem ausgewogenen Einkommenszuwachs im ärmsten und reichsten Segment der Gesellschaft geht bei einer durchschnittlichen Teuerung von 2-3 Prozent, wie sie in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war, ein erheblicher Teil verloren. Da Nahrungsmittelpreise zudem schneller steigen als die durchschnittliche Teuerung, haben die Ärmsten effektiv am wenigsten Zuwachs und die Ungleichheit in der Gesellschaft steigt, wenn

der Staat keine weiteren politischen Maßnahmen zur Umverteilung ergreift.

Eine weitere Herausforderung stellt die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung dar. Niedriglohnsektoren wie die Produktion für den Export sind aufgrund des gestiegenen Lohn- und Preisniveaus im Rückgang begriffen, wobei dieser wirtschaftliche Strukturwandel, begleitet von einer Verlagerung auf den Dienstleistungssektor, von der Regierung durchaus gewünscht ist. Doch einerseits ist der heimische Konsum noch relativ schwach und die Kaufkraft auch aufgrund oben genannter Gründe eingeschränkt. Zum anderen bedarf es einer deutlichen Hebung des Qualifikationsniveaus insbesondere in der beruflichen Aus- und Fortbildung, um eine stabile Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung zu gewährleisten.

Allgemeine Grundschulbildung (MDG 2)

Im Jahr 1990 lag die Einschulungsrate für die Grundschule (1.-6. Klasse, Alter 6-11 Jahre) bereits bei 97,8 Prozent, so dass China die Umsetzung der allgemeinen Grundschulbildung im Referenzzeitraum ohne weitere Hürden bewältigte (2011: 99,8 Prozent). Vielmehr konzentrierte sich China mit Erfolg auf die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus, u.a. der verbesserten Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht, die bis zum Ende der 9. Klasse gilt. 2012 schlossen annähernd 90 Prozent der Jugendlichen im entsprechenden Alter die Untere Mittelstufe ab.⁷

Doch auch hier schlagen sich zuvor genannte Probleme nieder. Trotz weitgehend einheitlicher Lehrpläne wirken sich das regionale und das Stadt-Land-Gefälle in hohem Maße auf die Ausstattung der Schulen und Qualität des Unterrichts aus. Erschwerend kommt die Schließung von Dorfschulen infolge der sinkenden Geburtenraten und Abwanderung in die Städte hinzu, wodurch die Gewährleistung des Schulbesuchs wieder schwieriger wird. Will man die Chancengerechtigkeit im Bereich Bildung nachhaltig verbessern, ist zudem zu bedenken, dass

Schulen in Armutsgebieten oft mehr fehlt, als nur Mittel für den normalen Lehrbetrieb. Der Großteil der Kinder leidet hier unter Mangelernährung, die häufig mit körperlichen Entwicklungsverzögerungen sowie Konzentrations- und Lernschwierigkeiten einhergeht. Dies kann durch eine verbesserte Ernährung und medizinische Versorgung ausgeglichen werden, wie erste Erfolge einer Reihe von Pilotprogrammen von Staat und NGOs belegen.⁸

Die institutionelle Stadt-Land-Trennung hat auch für Kinder und Jugendliche weitreichende Folgen. Da der Anspruch auf kostenlosen Schulbesuch ebenfalls an den Ort der Haushaltsregistrierung geknüpft ist, entscheiden sich viele Migranten, ihre Kinder bei Familienangehörigen auf dem Land zurückzulassen. Laut der Volkszählung im Jahr 2010 hält sich bei rund 61 Mio. Kindern und Jugendlichen mindestens ein Elternteil langfristig an einem andern Ort auf, bei 30 Mio. sind es beide Eltern. Diese Kinder weisen besonders häufig Bildungsschwächen auf, teils begleitet von Verhaltensauffälligkeiten oder psychischen Störungen. Auch aus diesem Grund nehmen immer mehr Eltern ihre Kinder mit: 29 Mio. Kinder ländlicher Migranten leben mittlerweile in den Städten, ein Anstieg von über 40 Prozent im Vergleich zu 2010.⁹ Doch Plätze an öffentlichen Schulen sind für Auswärtige selten zugänglich und mit relativ hohen Kosten verbunden, so dass viele Arbeitsmigranten auf private Schulen mit ungesicherter Qualität zurückgreifen. Dies erschwert einen normalen Bildungsweg. Zahlen von 2008 zufolge wird rund die Hälfte der Kinder ländlicher Migranten verspätet eingeschult und rund ein Drittel der Dreizehnjährigen hat die Grundschule noch nicht abgeschlossen.¹⁰ Hinzu kommen teils Unterbrechungen durch Wohnortwechsel, spätestens im Vorfeld der staatlichen Hochschulaufnahmeprüfung am Ende der Oberen Mittelstufe, die ebenfalls nur am Ort der Haushaltsregistrierung abgelegt werden. Dies schlägt sich nicht nur in der gesunkenen Zahl von Studierenden aus ländlichen Regionen nieder, sondern hat auch Auswirkungen auf die Erwerbsleben.

Betroffen hiervon, wenn auch z.T. in geringerem Maße, sind weitere sechs Mio. Kinder durch Stadt-zu-Stadt-Migration.

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit (MDG 7)

Den Zielsetzungen der Millenniumsagenda wurde insofern große Aufmerksamkeit geschenkt, als das Thema Umwelt auf politischer Ebene längst Eingang gefunden hat. Es gibt umfängliche Gesetze und Regulierungen, beispielsweise zum Schutz von Wäldern, Böden und Anbauflächen sowie der Wasserressourcen ebenso wie Auflagen für eine nachhaltige Nutzung von Rohstoffen. Darüber hinaus wurde im 12. Fünf-Jahres-Programm (2011-2015) dem Umweltschutz soviel Gewicht beigemessen wie nie zuvor. Vorgesehen sind eine starke Reduzierung der Energieintensität sowie eine Verlagerung von fossilen Brennstoffen zur Energieerzeugung zugunsten alternativer Formen wie Wind-, Wasser- und Solarenergie.

Dennoch ist beim Thema Umwelt – ganz im Gegensatz zu anderen Punkten der Agenda – in der Praxis eine gravierende Verschlechterung zu beobachten. Das dynamische Wirtschaftswachstum, das einen so positiven Beitrag zur Armutsminderung geleistet hat, hat einen hohen ökologischen Preis gefordert. Ein Sechstel der chinesischen Anbaufläche ist verschmutzt, über zwei Prozent davon sogar hochgradig.¹¹ Immer wieder werden starke Schadstoffbelastungen bei Nahrungsmitteln festgestellt, gerade bei Reis. Vor diesem Hintergrund wurde im Januar 2014 angekündigt, die landwirtschaftliche Nutzung eines Teils der Flächen zu untersagen. Dies ist jedoch insofern problematisch, als die verfügbare Anbaufläche pro Kopf in China ohnehin nur die Hälfte des globalen Durchschnitts beträgt.

Auch die Wasserverschmutzung ist gravierend. Mindestens 70 Prozent der Flüsse in China sind belastet, 40 Prozent davon schwer und 20 Prozent so sehr, dass der Mensch jeden Kontakt meiden sollte. Dabei ist China mit 28 Prozent des globalen

Durchschnitts pro Kopf auch mit der Ressource Wasser schlecht ausgestattet. Bedenklich ist, dass zwei Drittel aller Städte Wasser aus dem Umland benötigen, während annähernd 300 Mio. ländliche Bürger immer noch keinen direkten Zugang zu Trinkwasser haben.¹² Und die Häufigkeit von Dürren nimmt zu. Abhilfe könnte eine effizientere Nutzung insbesondere in Landwirtschaft und Industrie schaffen, allem voran aber eine konsequente Umsetzung der Gesetze.

Projekte der HSS

Im Zuge ihres mehr als 30-jährigen bildungspolitischen Engagements in der Volksrepublik China hat die Hanns-Seidel-Stiftung durch Lehrerfortbildungen, die Entwicklung bedarfsgerechter Bildungsgänge, die Förderung der höheren Berufsbildung sowie die bildungspolitische Beratung zur Entwicklung des Bildungssektors und Verbesserung der Chancengerechtigkeit beigetragen. Dabei wurde ein landesweites Netzwerk an Projektzentren und Kooperationspartnern aufgebaut, welches heute das Fundament für den Bildungstransfer in die strukturschwachen Regionen Westchinas bildet. Die personellen und technischen Ressourcen, das Erfahrungswissen und die vorhandene Infrastruktur der Projektzentren in stärker entwickelten Regionen werden genutzt, um die Entwicklung des Bildungswesens in den Westprovinzen voranzutreiben. Dabei konzentriert sich die Hanns-Seidel-Stiftung zurzeit auf die Provinzen Gansu, Ningxia, Qinghai, Xinjiang, Innere Mongolei, Yunnan, Guizhou und Tibet.

Während in ländlichen Regionen die Boden- und Wasserverschmutzung die größten Probleme bereiten, so ist es in den Städten die Luft und hier vor allem die Feinstaubbelastung, die langfristige Gesundheitsschäden hinterlässt. Während in Europa ab 2015 der Jahresmittelwert von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter Feinstaub nicht

mehr überschritten werden soll, liegen die Werte in Großstädten wie Peking im Durchschnitt bei über 250 µg/m³ und in der nordostchinesischen Stadt Harbin wurden Ende 2013 tagelang Werte über 1000 µg/m³ gemessen.¹³ Immer mehr Städte legen Pläne zur Verbesserung der Luftqualität auf, was auch der intensiven Mediendebatte in den vergangenen beiden Jahren zuzuschreiben ist.

Für 2014 kündigte die Regierung die Auflage neuer Umweltschutzprogramme an, doch angesichts der Tatsache, dass Kohle die Hauptenergiequelle ist und der Energie-, Nahrungsmittel- und Konsumbedarf mit der Verbesserung des Lebensstandards steigt, können selbst die ambitioniertesten Maßnahmen nur begrenzt Wirkung entfalten. Nachteilig wirken sich hier auch der relativ geringe Aufklärungsgrad und ein mangelndes Verantwortungsbewusstsein der Bürger hinsichtlich der Umweltproblematik aus, woran die Regierung jedoch eine Mitschuld trägt. Lange Zeit wurde das Thema bewusst aus der öffentlichen Debatte gehalten und bis heute ist die Informationslage schlecht. Ämter erheben zwar detaillierte Daten, aber die bleiben meist unter Verschluss und werden bei Anfragen von Presse und Öffentlichkeit gegebenenfalls zum „Staatsgeheimnis“ deklariert.

Scheinbar fürchtet man sich vor den gesellschaftlichen Implikationen, dabei würde ein verbessertes Wissen der Bürger einen höheren Schutz bedeuten, zumal die steigenden Fälle von Krebserkrankungen, Geburtsdefekten, Unfruchtbarkeit und anderen Gesundheitsschäden ebenso bekannt sind, wie die Existenz von sogenannten Krebsdörfern in besonders schwer belasteten Gebieten. Angesichts dieser Situation zeichnet sich auch bei den Bürgern ein Umdenken ab und es kommt vermehrt zu zivilgesellschaftlichem Engagement sowie rechtlichen Klagen und Protestaktionen. Ein Grundproblem bleibt die hochgradige Fokussierung der chinesischen Regierung auf Wirtschaftswachstum in Verbindung mit der mangelnden Vertretung von Bürgerinteressen, wodurch Fehlentwicklungen wie im

Bereich Umwelt nur schwer Einhalt geboten werden kann.

Aufbau einer internationalen Entwicklungspartnerschaft (MDG 8)

Anders als die entwickelten Nationen steht China nicht in der Verantwortung, andere Entwicklungsländer zu unterstützen. Dennoch hat die Volksrepublik vielseitige Entwicklungspartnerschaften mit anderen Staaten aufgebaut, in deren Mittelpunkt die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie sowie der Aufbau von Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie, Kommunikation und Gesundheit stehen. Weitere Maßnahmen sind die Zurverfügungstellung von Gütern, die technische Zusammenarbeit sowie humanitäre Hilfeleistungen und Schuldenerlasse. China engagiert sich dabei schwerpunktmäßig in Afrika, immer mehr aber auch in Südamerika sowie anderen südostasiatischen Entwicklungsländern.¹⁴

Trotz der Betonung der chinesischen Führung, dass Chinas Entwicklungszusammenarbeit seiner Natur nach uneigennützig ist, hat die Volksrepublik stets den Kurs einer gebundenen und auf einen eigenen Mehrwert ausgerichteten Kooperation gefahren, die sich wesentlich von der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit im westlichen Kontext unterscheidet. Lange Zeit strebte man hierbei in erster Linie nach diplomatischer Anerkennung, seit Beginn des Jahrtausends steht dagegen der Zugang zu Ressourcen, Märkten und öffentlichen Aufträgen im Vordergrund. So wird beispielsweise die Vergabe günstiger Kredite an Länder, die sich am Markt nicht ohne weiteres finanzieren können, mit der Zusicherung von Rohstofflieferungen oder Abbaurechten gekoppelt, oder auch mit der Auflage, die Ausführung von Infrastrukturprojekten an chinesische Unternehmen zu geben.¹⁵

China spricht in Bezug hierauf häufig von einer auf beiderseitigen Nutzen ausgerichteten Entwicklungszusammenarbeit (Win-win). Im Vergleich zu internationalen Organisationen kann die Volksrepublik unbürokratisch,

schnell und bedarfsorientiert Mittel zur Entwicklung zur Verfügung stellen, womit durchaus positive Effekte für die Bevölkerung in den einzelnen Ländern erzielt werden. China kann mit Krediten und Infrastrukturprogrammen auch dort aktiv werden, wo andere es aufgrund von Risikofaktoren nicht können oder wollen. Die Angebote treffen auch angesichts der sinkenden Entwicklungshilfeetats vieler entwickelter Staaten auf großen Zuspruch. Der Westen kritisiert China vor allem für sein Engagement in repressiven, korrupten und politisch instabilen, aber rohstoffreichen Staaten. Tatsächlich finden Faktoren wie Partizipation, gute Regierungsführung und Nachhaltigkeit bei der Entwicklungszusammenarbeit keine große Berücksichtigung. Diese ist, nach chinesischem Modell, eher auf die Erzeugung von Wirtschaftswachstum ausgerichtet. Langzeitfolgen werden teils außer Acht gelassen, was wiederholt Proteste hervorgerufen hat.

II. Gestaltung der Entwicklungsagenda nach 2015: Die chinesische Perspektive

Wie die chinesische Regierung in ihrem Positionspapier zur Gestaltung der globalen Entwicklungsagenda nach 2015 betont, misst sie den MDGs eine große Bedeutung bei und sieht sie als wichtige Maßstäbe zur Förderung von Entwicklung und der Verbesserung der Lebensbedingungen weltweit. China verweist mit Stolz auf die Erfolge im eigenen Land und will sich im Rahmenwerk der Vereinten Nationen aktiv an der Ausgestaltung zukünftiger Zielsetzungen beteiligen. Nach Auffassung der Regierung sollen die neu aufgelegten Ziele eine Fortsetzung der bestehenden Agenda darstellen. Im Mittelpunkt soll weiterhin die Armutsbekämpfung und Förderung von Entwicklung stehen, genauer gesagt die Förderung der sozialen Entwicklung und Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen sowie eine integrierte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. China spricht sich gegen eine inhaltlich überfrachtete Agenda aus, die von diesen

Leitlinien abweicht. Ziele sollen klar, realisierbar und für alle anwendbar sein – auf freiwilliger Basis. Dabei soll die Verschiedenheit der nationalen Entwicklungsmodelle und Problemlösungsansätze respektiert werden. Des Weiteren setzt sich China für eine verbesserte globale Entwicklungszusammenarbeit ein, die durch eine neue Fokussierung auf Kooperationen zum allseitigen Vorteil wiederbelebt werden soll.¹⁶

Trotz vieler Gemeinsamkeiten gibt es grundlegende konzeptuelle Unterschiede zwischen den chinesischen und westlichen Standpunkten, wie sich beispielsweise im Vergleich mit der deutschen Position zeigt. Die neuen Ziele werden hier nicht einfach als Fortschreibung laufender Prozesse gesehen. So legt Deutschland zwar den Schwerpunkt auch auf die Verbesserungen der Lebensbedingungen und wirtschaftlichen Teilhabemöglichkeiten, setzt sich aber zusätzlich für die Integration von Punkten wie dem Zugang zu menschenwürdiger Arbeit, angemessenem Einkommen, sozialer Sicherung und Grundversorgung ein. Auch die Rahmenbedingungen, unter denen Menschen leben, sollen verstärkt Berücksichtigung finden, besonders Faktoren wie Gute Regierungsführung und politische Teilhabe. Weiterhin soll Nachhaltigkeit und Umweltschutz Priorität eingeräumt werden, da die Post-2015 Agenda als Mittel zum Schutz globaler Güter und Bewältigung globaler Herausforderungen gesehen wird. In diesem Sinne soll die neue Agenda mehr Rechenschaftspflichten beinhalten, in Verbindung mit einem effektiven Überprüfungsmechanismus.¹⁷ Einigkeit besteht darin, dass eine neue Agenda nur gemeinsam in den UN-Strukturen erarbeitet werden kann, doch hier sind noch weitere Auseinandersetzungen zu erwarten, bevor ein Konsens gefunden ist.

III. Abschließende Betrachtungen

Zweifelsohne hat China umfängliche Erfolge erzielt bei der Umsetzung der MDGs. Dies gilt auch für Bereiche, die hier nicht ausführlicher behandelt wurden, wie die

Gleichstellung von Frauen (für eine ausführliche Analyse dieses Themas siehe AMEZ Band 9), die Verbesserung der Gesundheit von Frauen und Kindern sowie die Krankheitsbekämpfung. China hat damit in hohem Maße dazu beigetragen, dass bei der bisherigen Umsetzung der MDGs ein so positives Fazit gezogen werden kann. China ist zu Recht stolz auf seine Leistungen, unterstützt andere Länder bei der Entwicklung und will sich auch auf internationaler Ebene verstärkt in der Gestaltung der Entwicklungsagenda einbringen.

Deutlich geworden sind aber auch die Probleme, mit denen die Volksrepublik konfrontiert ist, auch bzw. vor allem bei der Armutsminderung, wo man bislang die größten Erfolge vorzuweisen hatte. Der in Armut lebende Teil der Bevölkerung ist keineswegs stabil und fluktuiert jährlich um Millionen. Mit Marktreformen, Infrastrukturprojekten und Förderprogrammen hat die chinesische Regierung zwar große Fortschritte erzielt, doch nun bedarf es weiterer Maßnahmen, will man Erreichtes nicht wieder verlieren.

Angesichts der Zukunftspläne der chinesischen Regierung sollte möglichst bald eine grundlegende Reform des Hukou-Systems der Haushaltsregistrierung durchgeführt werden. Denn zur Generierung von Wohlstand setzt der Staat verstärkt auf die Urbanisierung, wobei das höhere Einkommensniveau sowie der mehr als dreimal so hohe Konsum im urbanen Raum die ausschlaggebenden Argumente sind. Laut dem Urbanisierungsprogramm der Regierung soll die städtische Bevölkerung zwischen 2013 und 2020 von derzeit rd. 730 Mio. auf 850 Mio. ansteigen, erwartet wird ein jährlicher Zuwachs um annähernd 20 Mio. Menschen durch Migration und Eingemeindung.¹⁸ Reformen zur besseren Integration ländlicher Arbeitsmigranten wurden angekündigt, dabei will man sich allerdings zunächst auf kleinere und mittelgroße Städte konzentrieren, so dass Probleme in Ballungszentren erhalten bleiben.

Des Weiteren darf bei dem neuen Fokus auf der Urbanisierung die Entwicklung länd-

licher Regionen nicht außer Acht gelassen werden. 2011 verabschiedete die chinesische Regierung zwar ein neues Programm zur Armutsminderung und Entwicklung ländlicher Regionen, ein wichtiger Schritt auch mit Blick auf die Ernährungssicherheit. Doch lang diskutierte Reformen zur Gleichstellung ländlicher Bürger hinsichtlich ihrer Besitzrechte – ein weiterer Unterschied zwischen Stadt und Land – wurden trotz erfolgreicher Pilotprogramme bislang nicht in Angriff genommen. Nicht nur hat der Großteil der Menschen in ländlichen Regionen immer noch nicht die Möglichkeit des Verkaufs ihres Lands oder der Kreditaufnahme, im Zuge des räumlichen Wachstums der Städte sind sie auch stärker von legaler und illegaler Landnahme betroffen.

Insgesamt bedarf es einer gerechteren Ressourcenverteilung, um den gravierenden gesellschaftlichen Ungleichgewichten zu begegnen, auch mit Blick auf den sozialen Frieden. Doch institutionelle Reformen sind komplex und werden erschwert durch Interessens- und Verteilungskonflikte, vor allem, da die schwächsten sozialen Gruppen kaum politisch vertreten sind. Nicht zu vernachlässigen ist darüber hinaus die Umweltproblematik, die aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Ernährungssituation und die Gesundheit der Menschen sowie die damit verbundenen Kosten eine wachsende Herausforderung darstellt. So könnte auch im Falle Chinas ein Perspektivenwechsel und stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit, Guter Regierungsführung und Bürgerpartizipation helfen, die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern.

|| KATJA DRINHAUSEN

Projektmanagerin China, Projekt Koord Peking

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Ministry of Foreign Affairs (MoFA) of the PRC / United Nations System in China (2013): China's Progress Towards the Millennium Development Goals 2013 Report, S. 10 ff.
- 2 Vgl. Ebd., S.14.
- 3 Vgl. Global Times (2013): Urban, rural Chinese incomes, wealth see sustained rise since 1978 reform, in: Global Times, 6.11.2013, URL <http://www.globaltimes.cn/content/823069.shtml> [20.11.2013].
- 4 Vgl. Der Mensch im Mittelpunkt des Neuen Nationalen Urbanisierungsprogramms [*Guojia Xinxing Chengzhenhua Guihua jiang chulu Renkou Chengzhenhua wei Hexin*], 21.01.2014, URL <http://house.china.com.cn/wuhan/view/713072.htm> [21.01.2014].
- 5 Vgl. CASS-Bericht belegt: 50 Mio. städtische Bewohner von Armut betroffen, 03.08.2011 [*Zhongguo Shekeyuan fabu Baogao: Wo Guo Chengshi Pinkun Renkou 5000 Wan*], URL http://news.ifeng.com/mainland/detail_2011_08/03/8147133_0.shtml [18.11.2013].
- 6 Schucher, Günter (2012): „Das ‚4-2-1‘ Problem. Altern, Familie und soziale Sicherung in der VR China“, in: Demografischer Wandel in China und Deutschland, hrsg. Hanns-Seidel-Stiftung, Peking, URL https://www.hss.de/fileadmin/china/downloads/KOORD_SR/KOORD_SR_Bd._8_-_Demografischer_Wandel_in_China_und_Deutschland.pdf [22.11.2013].
- 7 Vgl. Ministry of Education (2013): Bekanntmachung von Daten zur Bildungsentwicklung in China 2012 [*2012 Nian Quanguo Jiaoyu Sheye Fazhan Tongji Gongbao*], URL http://www.moe.gov.cn/publicfiles/business/htmlfiles/moe/moe_633/201308/155798.html [22.11.2013].
- 8 Vgl. Fang, Lan / Heyan, Wang (2013): Spoon Half Full for China's Rural School Kids, 21.06.2013, URL <http://english.caixin.com/2013-06-21/100544238.html> [20.11.2013].
- 9 Vgl. Bericht zur Situation von Kindern von Arbeitsmigranten in ländlichen und städtischen Regionen [*Wo Guo Nongcun Liushou Ertong, Chengxiang Liudong Ertong Zhuangkuang Yanjiu Baogao*], 10.05.2013, URL <http://acwf.people.com.cn/n/2013/0510/c99013-21437965.html> [20.11.2013].
- 10 Vgl. Peng, Xiaoxia (2008): Analyse zu Lage und Ursachen der Bildungsproblematik bei Kindern ländlicher Arbeitsmigranten [*Nongmingong Zinü Jiaoyu Wenti zhi Xianzhuang yu Wenti Fenxi*], URL <http://www.sgdaw.cn/laowu/znjx/201205/826.html> [26.11.2013].
- 11 Vgl. Duggan, Jennifer (2014): China could lose millions of hectares of farmland to pollution, 23.01.2014, URL <http://www.theguardian.com/environment/2014/jan/23/china-lose-millions-hectares-farmland-pollution> [04.02.2014].
- 12 Vgl. China Daily (2013): China pledges safe rural drinking water by 2015, 29.8.2013, URL: http://usa.chinadaily.com.cn/china/2013-08/29/content_16930668.htm [04.11.2013].
- 13 Vgl. Reuters / Stringer (2013): China smog emergency shuts city of 11 million people, 21.10.2013, URL <http://www.reuters.com/article/2013/10/21/us-china-smog-idUSBRE99K02Z20131021> [04.11.2013].
- 14 Vgl. MoFA/UN (2012), S. 51 f.
- 15 Vgl. Yun, Sun (2014): China's Aid to Africa: Monster or Messiah?, URL <http://www.brookings.edu/research/opinions/2014/02/07-china-aid-to-africa-sun> [02.02.2014].

- 16 Vgl. MoFA (2013): China's Position Paper on the Development Agenda beyond 2015, URL <http://www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt/2649/t1078984.shtml> [14.10.2013].
- 17 Vgl. Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (2013): Die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Gemeinsame globale Herausforderungen, Interessen und Ziele, URL http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/grundsaeetze_und_ziele/bericht_bureg_agenda_post2015_1.pdf [14.10.2013].
- 18 Vgl. Der Mensch im Mittelpunkt des Neuen Nationalen Urbanisierungsprogramms, 2014.

DIE MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE ALS CHANCE FÜR DIE REPUBLIK MOLDAU - ZWISCHEN VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT

VIOLETA SANDRU ||

Moldau gehört zu den ärmsten Ländern Europas. Hohe Auswanderungsquoten, ein starkes Stadt-Land Gefälle und mangelhafte Bildung gehören zu den Hauptursachen. Auch Moldau hat sich im Jahre 2000 verpflichtet, bis 2015 acht Ziele (engl. Millennium Development Goals - MDGs) zu erreichen: So u. a. die extreme Armut um die Hälfte zu reduzieren, die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand zu bringen sowie den Zugang zur primären Schulausbildung für alle Kinder sicherzustellen.

Die moldauischen Behörden haben die MDGs in allen nationalen Entwicklungsplänen und Kooperationsvereinbarungen mit ihren Partnern, den Zentral- und Lokalregierungen, der Zivilgesellschaft, dem Wirtschaftssektor und den Bürgern festgeschrieben. Seit 2000 bis heute wurden drei Evaluierungsberichte zu den MDGs verfasst: 2000, 2005 und 2013.

Die Umsetzungsquote der MDGs

Die acht Entwicklungsziele werden bzw. wurden bisher unterschiedlich von der moldauischen Regierung und den Behörden umgesetzt.

Gemäß den von den nationalen Behörden erhobenen und veröffentlichten statistischen Daten ist festzustellen, dass einige der Ziele wie Ziel 1 (Bekämpfung der extremen Armut und des Hungers) erreicht wurden. In anderen Bereichen stellt sich die Situation leider ganz anders dar. Als Grundlage dieses Artikels dienen dabei der dritte Evaluierungsbericht aus dem Jahr 2013, den eine Gruppe unabhängiger Experten und Praktiker aus der Zivilgesellschaft verfasste, sowie Daten seitens der Vereinten Nationen.¹

MDG 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Im Bereich des Armutsrückgangs hat die moldauische Regierung positive Ergebnisse erzielt. Die ersten drei der festgelegten Teilziele bei der Umsetzung des ersten MDG erreichte das Land schon 2012. Laut den statistischen Daten lag der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unter 4,3 US-Dollar pro Tag bei 20,8 Prozent. Bei der Erreichung des Teilziels, die extreme Armut (Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben) zu beseitigen, konnte

Moldau große Fortschritte erzielen. Während die Quote im Vergleichsjahr 1992 noch bei 17 Prozent gelegen hat, gehen Statistiken für 2010 von 0,4 Prozent aus. Die Gründe für diesen Fortschritt sind insbesondere im anhaltenden hohen wirtschaftlichen Wachstum, bestimmten Sozialhilfeleistungen der Regierung, sowie den Rücküberweisungen moldauischer Auswanderer aus dem Ausland zu finden.

Jetzt besteht jedoch die Aufgabe der Regierung, diesen Fortschritt zu bewahren und auszubauen, vor allem im Hinblick auf die ökonomischen Risiken und die sozialen Probleme im ländlichen Raum; sowie die Situation im Bereich der Bekämpfung der Armut zu verbessern.

Um die gefährdeten Gesellschaftsgruppen zu unterstützen, hat die Regierung das bedingungslose Grundeinkommen auf 640 Moldauische Lei (MDL), ca. 35 Euro, 2012 erhöht.² Das Grundeinkommen zahlt der Staat basierend auf einer bestimmten Berechnung jedem Familienmitglied für sechs Monate aus. Die statistischen Daten zeigen, dass die Republik Moldau über genügend Finanzmittel verfügt, um die extreme Armut zu beseitigen. Ein wichtiger Faktor ist dabei jedoch einen vernünftigen Mechanismus für die Verteilung der Sozialhilfegelder einzuführen. 2011 teilte die Regierung den gefährdeten Familien ca. 330,1 Millionen MDL zu.³ Um eventuelle Betrugerei bei der Verteilung von Sozialhilfe zu vermeiden, wurde 2011 eine Sozialinspektion gegründet. Die ersten vorgestellten Ergebnisse im Juni 2012 wiesen auf mehrere Verstöße bei der Auszahlung der Sozialhilfegelder hin.⁴

Trotz der geschilderten Bemühungen bereitet besonders die schleppende Bekämpfung der Armut im ländlichen Raum immer noch große Sorgen. Die Schere zwischen Stadt und Land nimmt unermüdlich zu, welche sich vor allem in der hohen Armutsrate widerspiegelt. Lebten 2006 noch 75,7 Prozent der ländlichen Bevölkerung in Armut, so stieg dieser Anteil 2012 auf 79,1 Prozent.

Die wesentlichen Ursachen der Armut im ländlichen Raum sind die Anfälligkeit der

Landwirtschaft bei der Erzeugung und Vermarktung ihrer Produkte, die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Wirtschaftszweigen und natürlich die stetige Abwanderung des Humankapitals in die Städte oder gleich ins Ausland. Von daher ist es wichtig, dass neben den Sozialprogrammen die Regierung die Programme zur Unterstützung des landwirtschaftlichen Sektors stärken muss. Erste zarte Versuche sind bereits gestartet und die moldauische Regierung hat die Notwendigkeit eines nachhaltigen Entwicklungsmodells für das Land erkannt, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und die Armut effizient zu bekämpfen.

Wie bereits erwähnt, haben die moldauischen Bürger, die nach einem besseren Leben im Ausland suchten, einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Indikatoren dieses Entwicklungsziels geleistet. Die Rücküberweisungen aus dem Ausland stiegen 2010 um ca. 13 Prozent und 2011 um 18 Prozent. Diese Rücküberweisungen fließen jedoch überwiegend in den Konsum, statt in Investitionen.

Abgesehen davon, dass die Rücküberweisungen generell einen positiven Effekt auf die Armutsreduzierung haben, wirkt sich die Migration schädlich auf den Zustand der moldauischen Familien aus: Auflösung von Familien, Kinder, die nur noch unter der Aufsicht von Großeltern oder Verwandten leben müssen, sind einige der auftretenden Konsequenzen.⁵

Die Beseitigung der Armut bleibt daher die wichtigste Priorität der Regierung. Die Strategie zur Nationalentwicklung „Moldova 2020“ hat zum Ziel, bis 2020 weitere 150.000 Menschen aus der Armut zu befreien. Die Beseitigung der Armut hilft dem Ansehen der Republik Moldau. Die Paraphierung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union im November 2013 zeigt eine positive Entwicklungstendenz des Landes und erste internationale Auswirkungen dieser Politik.

MDG 2: Grundschulbildung für alle

Die Zielsetzung, dass alle Kinder bis zum Jahr 2015 eine Grundschulausbildung vollständig abschließen müssen, wird Moldau jedoch nicht erreichen. So sank die Einschulungsrate sogar von 92,6 Prozent auf 90,6 Prozent im Jahr 2011 im Vergleich zu elf Jahre zuvor. Ein Unterschied zwischen den Geschlechtern ist nicht festzustellen, jedoch bleibt ein großer Anteil an Kindern aus dem ländlichen Raum weiterhin sozial ausgegrenzt und ist hauptverantwortlich für die fehlenden Prozente. So hat rund ein Drittel der Kinder dort auch keine Möglichkeit einen Kindergarten zu besuchen. Die Disparität zwischen dem Einkommen und dem damit verbundenden Zugang zur Primärschulausbildung ist nur schwerlich zu überwinden. Zusätzlich treffen die reinen Einschulungs- und Abschlussquoten keine Aussage über die Qualität der Schulbildung. Die Bürger sind mit der Qualität der Schulausbildung unzufrieden. Die ungenügenden Finanzmittel an den Schulen erlauben keine adäquate Ausstattung. Am Schlimmsten stellt sich dieses Problem in den Dörfern dar. Hier kommt hinzu, dass ein Arbeitsplatz auf dem Land für junge Lehrer absolut unattraktiv ist.

Eine durchgehende Schulreform fällt in der Republik Moldau schwer. So müssen im ländlichen Raum auf Grund des demographischen Wandels (Überalterung der Gesellschaft) und dem massiven Wegzug der arbeitsfähigen Bevölkerung und den damit einhergehenden geringen Schülerzahlen viele Schulen geschlossen werden. Der Begriff „verlassene Dörfer“ trifft hierbei immer öfter zu.

Auf Grund dieser Feststellungen haben Einschulung und Verbesserung der Unterrichtsqualität auch in der Zukunft Prioritäten der moldauischen Regierung zu bleiben.

MDG 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Trotz aller Bemühungen der externen Partner und der Zivilgesellschaft hat sich die Situation der Frauen aufgrund der immer noch vorherrschenden archaischen und patriarchalischen Denkweise nicht großartig verändert.

Die Anzahl von Frauen in Führungs- und Schlüsselpositionen und als Entscheidungsträgerinnen auf lokaler und nationaler Ebene lässt noch viel zu wünschen übrig. Bei den gewählten Bürgermeistern lag der Frauenanteil bei 18,51 Prozent im Jahr 2011. Das waren nur 0,36 Prozent mehr als 2007. Bei den Kommunalräten stieg die Quote der Frauen von 16,48 Prozent in 2007 auf 18,39 Prozent in 2011. Bei den Abgeordneten im moldauischen Parlament hat sich der Frauenanteil von 4,8 Prozent (1997) auf 19,8 Prozent (2013) gesteigert. Eine überdurchschnittliche Steigerung des Frauenanteils auf den Parteilisten ist ebenfalls festzuhalten.

Die Wirtschaft wartet mit einem gemischten Ergebnis auf. So sind zwar 27,5 Prozent aller Unternehmer Frauen, aber auch hier prägen geschlechtsstereotype Strukturen und Verhaltensmuster die Realität.⁶ Positiv hervorzuheben ist jedoch der durchaus hohe Frauenanteil von 55 Prozent im Jahr 2010 an Arbeitsverhältnissen außerhalb der Landwirtschaft, wobei jedoch die Qualität und Zukunftssicherung dieser Arbeitsverhältnisse auf einem anderen Blatt steht. Ein positives Zeichen setzt hingegen die Lohnentwicklung. Hier lässt sich statistisch gesehen ein Abbau der geschlechtsspezifischen Minderbesoldung und somit eine Angleichung des Lohnniveaus feststellen.

Obwohl sich die Frauen an vielen sozialen Prozessen beteiligen, sind weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Position der Frau in Politik und Wirtschaft zu stärken. Die moldauische Regierung muss

auch nach 2015 die Aus- und Fortbildungsprogramme, eine klare Gesetzgebung sowie die Förderung der politischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten der Frauen prioritär fördern.

MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit

In diesem Bereich konnte Moldau die meisten Fortschritte erzielen und erreichte das Ziel, die Sterblichkeit der unter Fünfjährigen zu senken, vorzeitig.

Das Ministerium für Gesundheit entwickelte mit der Unterstützung von Partnern eine Reihe von Programmen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Bereich der Gesundheitsvorsorge für Mütter und Kinder. Die Einführung der Pflichtkrankenversicherung und die staatliche Kostendeckung der medizinischen Versorgung führten zur Senkung der Kindersterblichkeit. Das Gesundheitsministerium unternahm weitere konkrete Schritte, wie z.B. die Entwicklung eines regionalen Systems der perinatalen Versorgung, Stärkung der regionalen pädiatrischen Notdienste, hochwertigere Ausstattung der Reanimations- und der Intensivstationen, als auch Aus- und Fortbildung des medizinischen Personals.⁷

Dennoch bleiben in diesem Ziel Herausforderungen, um den Erfolg zu stabilisieren und noch weiter auszubauen. Insbesondere die Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen und hier vor allem Angehörige der Roma stellen nichtgelöste Probleme dar und verdeutlichen die Diskrepanz zwischen den Reichen und Armen und die daraus resultierende soziale Ungerechtigkeit.

Ein weiteres Problem ist die wachsende Impfmüdigkeit in der moldauischen Bevölkerung. Die Zahl der geimpften Kinder sinkt trotz aller Informationskampagnen des Ministeriums für Gesundheit zunehmend. Viele Eltern verweigern die Impfung und berufen sich dabei auf ihre Bürgerrechte. Da Kindergärten und Krippen nur geimpfte Kinder aufnehmen, urteilte nun das moldauische

Verfassungsgericht, die Impfpflicht widerspreche nicht der Verfassung. Viele Eltern bleiben allerdings weiterhin skeptisch, vor allem, da immer wieder vereinzelte Impfungen zu Schädigungen führten und diese Vorfälle natürlich auch intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Außerdem versucht die Regierung zwar die sektorübergreifende Zusammenarbeit im sozialärztlichen Bereich zu intensivieren, aber die mangelnde Sozialfürsorge ist weiterhin einer der wesentlichen Faktoren für die hohe Kindersterblichkeit. Auch in diesem Ziel stehen die moldauische Regierung und ihre Partner weiterhin in der Pflicht, ihre Bemühungen zu intensivieren und die gemeinsamen Programme weiterhin verstärkt fortzuführen.

MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Im letzten Jahrzehnt ist die Müttersterblichkeit in der Republik Moldau zurückgegangen. Sie ist aber immer noch deutlich höher als in anderen europäischen Ländern.⁸ Die relativ hohe Sterblichkeitsrate ist zurückzuführen auf einen Mix aus sozialen, wirtschaftlichen und medizinischen Gründen. Hauptursachen sind weiterhin Arbeitslosigkeit und der damit verbundene soziale Abstieg; schlechte Arbeitsbedingungen für Frauen; Gewalt in der Familie; eine erhöhte Morbidität durch Tuberkulose, Krebserkrankungen sowie nicht ausreichend medizinisch betreute Schwangerschaftsabbrüche. Eine Analyse der Müttersterblichkeit zwischen 1990 und 2002 unterstreicht die Tatsache, dass man 50 Prozent dieser Todesfälle hätte vermeiden können.

Die Abwanderung der Bevölkerung aus den ländlichen Armutsgebieten in die Städte führte zu Einschränkungen bei der Gesundheitsfürsorge. Frauen müssen nun weite Wege in Kauf nehmen, um die notwendige medizinische Versorgung zu erhalten, weil die Regierung viele medizinische Zentren geschlossen hat. So stehen den Schwange-

ren in den ländlichen Gebieten für Untersuchungen zumeist nur noch Ärzte oder Hebammen mit mangelhaft ausgestatteten Praxen zur Verfügung.

Die moldauische Regierung muss noch entscheidend nachlegen, um weitere Fortschritte zu erreichen. Ein besserer Zugang der Frauen zu Familienplanungsprogrammen im ländlichen Raum könnte die Müttersterblichkeit verringern. Der Zugang, vor allem für die sozial gefährdeten Gruppen, zur medizinischen Versorgung in den ländlichen Gebieten, ist zu verbessern. Desweiteren ist die gesundheitliche Überwachung durch qualifiziertes medizinisches Personal und moderne medizinische Ausstattung während des Schwangerschaftsverlaufs sicherzustellen. Eine besondere Bedeutung kommt zukünftig beim Arbeitsschutz für Frauen auch der Gesetzgebung zu: Mutterschutz und sichere Bedingungen am Arbeitsplatz und zu Hause sind unabdingbare Voraussetzungen für eine Reduzierung der Müttersterblichkeit.

MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS und Tuberkulose und anderen schweren Krankheiten

Auch dieses Ziel verfehlt der Staat in seiner Zwischenbilanz für das Jahr 2010 und es ist unwahrscheinlich, dass sich die Situation bis zum Jahr 2015 verbessert.

Früher betraf HIV/AIDS vor allem Rauschgiftsüchtige, Prostituierte oder Homosexuelle. Verbreitet war die Krankheit vor allem in den Großstädten und in Transnistrien. Mittlerweile sind auch andere Bevölkerungsgruppen, insbesondere Frauen und Jugendliche, sowie die ländlichen Gebiete betroffen. Mit Tuberkulose sind zumeist die sozial gefährdeten Gruppen, Arbeitslose, Behinderte, Obdachlose und Alkoholiker infiziert.

Die generell mangelhafte ärztliche Betreuung, wobei diese in den Großstädten besser ist sowie Stigmatisierung und Dis-

kriminierung dieser Personen sind die größten Hindernisse bei der Bekämpfung von HIV/AIDS und Tuberkulose.

Dank des globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria haben alle Betroffenen Zugang zu besonderer medizinischer Versorgung im ganzen Land, Transnistrien eingeschlossen. Laut aktueller Daten sind die Tuberkuloseerkrankungen jedoch ansteigend. So waren es 1990 noch 54 Erkrankungen auf 100.000 Personen, im Jahr 2011 jedoch schon 161 Neuerkrankungen. Mit dem nationalen Programm zur Tuberkulosekontrolle versucht die Regierung, die Verbreitung der Krankheit wieder einzuschränken. Das Programm arbeitet auf Empfehlung der WHO auf der Basis von *Directly Observed Therapy* und zielt darauf ab, die Krankheit zu kontrollieren, deren Verbreitung einzudämmen und Resistenzen zu verhindern.

MDG 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Die Bilanz fällt insgesamt positiv aus und gewisse Fortschritte sind zu verzeichnen. Dennoch muss die moldauische Regierung auch in diesem Bereich ihre Bemühungen fortführen und stärken.

Bereits 2006 konnte Moldau das Ziel hinsichtlich der vom Staat geschützten Gebiete erreichen, wobei aktuell circa 11,7 Prozent der Landesfläche durch Wald bedeckt sind.

Der Anteil der Menschen mit Zugang zu Abwasserleitungen ist von 76,3 Prozent in 1992 auf 86,1 Prozent im Jahr 2011 gestiegen. Der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sicherem Trinkwasser ist im gleichen Betrachtungszeitraum ebenfalls von 92,7 Prozent auf 96,2 Prozent gewachsen. Jedoch drücken diese Erfolgszahlen nicht die ganze Wahrheit aus. Das Problem ist der schlechte Zustand der Wasserleitungen. Es fehlt an Material und qualifiziertem Personal, welches die notwendigen Überholungsmaßnahmen durchführen könnte. Das gilt auch für die Wasseraufbereitung. Vielen

fehlt das Geld für die Wassergebühren. Auf dem Land beziehen daher viele ihr Wasser aus Quellen zweifelhafter Qualität.

Probleme hat das Land weiterhin mit der Abfallbeseitigung. In der Republik Moldau haben sich inzwischen 30 Millionen Tonnen Abfall angesammelt, deren ökologische Unbedenklichkeit bezweifelt werden darf. Umweltverschmutzung, Gesundheitsschädigung, Vergiftung des Bodens, Missernten der Landwirtschaft könnten einige Konsequenzen des Misserfolgs in diesem Bereich sein.

Eine verbesserte und engere Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure, Förderung der Bürgerbeteiligung bei den Umweltschutzmaßnahmen und die Unterstützung der grünen Wirtschaft, Anwendung der EU-Erfahrungen im Bereich des Umweltschutzes und der Wirtschaftsentwicklung wären einige Möglichkeiten, um das MDG 7 zu erreichen und die Situation zu verbessern.

MDG 8: Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Eine Evaluierung des achten MDGs zeigt, dass auch in diesem Bereich nicht alle Teilziele erreicht wurden. Jedoch schaffte es die Republik Moldau, eine Informationsgesellschaft aufzubauen. Die Verbreitung des Mobilfunknetzes erreichte 2012 eine Quote von 114,6 Prozent im Vergleich zu 37,8 Prozent im Jahr 2006. Die steigenden Nutzerzahlen von PCs (65 Prozent) und des Internets (75 Prozent) wecken Hoffnungen, dass das vorgegebene Ziel erreicht wird.

Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 13,8 Prozent, aber die Erreichung des Zieles von zehn Prozent bis zum Jahr 2015 ist im Bereich des Möglichen. Dies hängt natürlich von einer stabilen politischen Situation im Land ab sowie der Schaffung eines attraktiven Investitionsklimas und neuer Arbeitsplätze. Das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union kann dabei neue Möglichkeiten für die moldauische Wirtschaft bieten.

Faktoren, die die Durchsetzung von MDGs beeinflussen

(1) Vor allem die großen Unterschiede der Lebensverhältnisse im ländlichen und städtischen Raum behindern eine nachhaltige Entwicklung. Die Unterschiede betreffen alle Indikatoren wie Kindersterblichkeit, Armut, Einschulung, Verbreitung infektiöser Erkrankungen, Zugang zu sicherem Trinkwasser und zu Abwasserentsorgung sowie ärztlicher Versorgung. (2) Die hinzukommende Abwanderung der Landbevölkerung und die damit verbundene Isolation der Dörfer bringen zusätzliche Verwerfungen in die moldauische Gesellschaft. Der Mangel an Arbeitsplätzen im ländlichen Gebiet und die Preissteigerungen zwingen die moldauischen Bürger, nach besseren Einkommensquellen im Ausland zu suchen. (3) Die starke Abwanderung führt dazu, dass viele junge Leute unbeaufsichtigt bleiben und damit beginnen, Drogen und Alkohol zu konsumieren. Die Statistiken zeigen eine dramatische Entwicklung bei den Kindern, deren Eltern ins Ausland auswandern. (4) Die patriarchalische Denkweise und die Stereotypen hinsichtlich der Rolle und Möglichkeiten der Frauen in der Gesellschaft führen zu einer ungenügenden Beteiligung der Frauen am Gemeinwesen des Landes. (5) Eine instabile und antagonistische Innenpolitik beeinflusst das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Klasse im negativen Sinn. (6) Schlussendlich sind der bedrohliche Griff der Korruption auf allen Ebenen und ein selektives Justizsystem mögliche Ursachen für ein Scheitern der Regierung und des Landes.

Die Post-2015 Entwicklungsagenda in der Republik Moldau

Die MDGs sind in der Republik Moldau noch nicht abgeschlossen. In einer Post-2015 Agenda ist es erforderlich, dass sich die Vorstellungen der Bevölkerung in den Strategien und konkreten Maßnahmen der Regierung widerspiegeln. So können die öffentlichen Behörden die Erwartungen und

Bedürfnisse der Einwohner besser umsetzen.

Um die Bevölkerung mehr einzubinden, startete die UN-Vertretung in der Republik Moldau eine Befragung der Bevölkerung: „Die erwünschte Zukunft von Moldau“. Mit dieser Aktion möchte man die Meinung der Bürger zu Themen wie der wirtschaftlichen Entwicklung (Bildungswesen, Arbeitsplätze, nachhaltiges Wirtschaftswachstum), sozialen Entwicklung (eine inklusive, tolerante und solidarische Gesellschaft), Umweltschutz und Gesundheit erfahren.

Die Befragten stufen eine verantwortliche Regierungsführung und den Schutz der Menschenrechte als Eckpunkte einer zukünftigen Strategie ein, die die genannten Bereiche verbindet. Die Erwartungen der Menschen finden sich offiziell auf den Seiten der nationalen Entwicklungsstrategie mit dem Titel „Moldau 2020: Sieben Lösungen für das wirtschaftliche Wachstum und die Bekämpfung der Armut“. Als Lösungen sind folgende Punkte angeführt:

- 1) relevante Studiengänge für die berufliche Laufbahn
- 2) verbesserte Infrastruktur
- 3) zugängliche Finanzmittel
- 4) Wettbewerb mit klaren gesetzlichen Regeln
- 5) eine gerechte und nachhaltige Altersvorsorge
- 6) sichere Energieversorgung
- 7) eine verantwortungsvolle und unbestechliche Justiz

Die Wünsche zeigen deutlich, dass die moldauischen Bürger selber ihr Schicksal in die Hand nehmen wollen. Das Stadt-Land-Gefälle bleibt dabei die größte Herausforderung für die moldauische Regierung und Gesellschaft.

|| VIOLETA SANDRU

Leiterin des HSS-Büros in Chisinau, Moldau

Unter Mitarbeit von Ghenadie Mocanu, Projektmanager bei IDIS Viitorul

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. MDG Country Progress Snapshot: Republic of Moldova, URL <http://mdgs.un.org/unsd/mdg/Resources/Static/Products/Progress2013/Snapshots/MDA.pdf> [14.02.2014].
- 2 Vgl. Das Gesetz über das bedingungslose Grundeinkommen Nr. 152 von 05.07.2012.
- 3 Vgl. Der jährliche Sozialbericht 2011 des Ministeriums für Arbeit, Sozialschutz und Familie; Poverty Report Republic of Moldova 2010-2011, URL http://www.mec.gov.md/docs_news/poverty-report-republic-of-moldova-2010-2011.pdf [14.02.2014].
- 4 Vgl. <http://unimedia.info/stiri/inspectia-sociala-a-prezentat-neregulile-depistate-in-cadrul-primelor-controale-48634.html> [14.02.2014].
- 5 Vgl. Die Qualität des Lebens der Kinder als Einflussfaktor zu einer nachhaltigen Entwicklung der Republik Moldau, Social Monitor Nr. 17, Dezember 2013, IDIS Viitorul.
- 6 Vgl. Nationalbüros für Statistik (2012): Bericht des Nationalbüros für Statistik 2012.
- 7 Vgl. Cheianu-Andrei Diana (2013): Die Gesundheit der Reproduktion, Social Monitor Nr. 2, IDIS Viitorul.
- 8 In Deutschland starben 2011 fünf Frauen während oder kurz nach der Schwangerschaft. Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Müttersterblichkeit, URL <http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/M/muettersterblichkeit.html> [14.02.2014].

MAROKKOS PERSPEKTIVEN FÜR EINE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG NACH 2015

JULIETTE BORSENERGER ||

Nach einer schwierigen sozioökonomischen Phase in den 90er Jahren hat sich Marokko im Jahre 2000 den UN-Millenniumsentwicklungszielen (engl. Millennium Development Goals - MDGs) verschrieben und hat zahlreiche Initiativen und Programme ins Leben gerufen, um diese Ziele zu erreichen. Heute, 14 Jahre nach der Annahme dieser Millenniumserklärung, steht die Frage der Umsetzung der MDGs in Marokko im Zentrum einer breiten Debatte auf nationaler und internationaler Ebene.

Sozioökonomischer Kontext in den 1990er Jahren

Als sich Marokko im Jahr 2000 den acht MDGs verpflichtet, die aus der im Rahmen des vom 6-8. September 2000 stattgefundenen Gipfeltreffens in New York von 189 Mitgliedsstaaten verabschiedeten Millenniumserklärung der Vereinten Nationen hervorgehen, befand sich das Königreich nach einer Schuldenkrise am Ende einer schwierigen Strukturanpassungsphase. Die Indikatoren auf makroökonomischer Ebene deuteten zwar auf eine Verbesserung hin, jedoch verschlechterte sich die soziale Lage, ge-

folgt von sozialen und politischen Protesten. Die 1990er Jahre waren unter dem damaligen König Hassan II. von Privatisierungen, einer beschleunigten Liberalisierung, wirtschaftlichen Öffnung und einem steigenden Interesse an der Verbesserung der sozioökonomischen Lebensbedingungen der Bevölkerung und der Regierungsführung geprägt, was dringend notwendig war, da bisher kaum Fortschritte in diesem Bereich erzielt wurden.¹ Das Wirtschaftswachstum stagnierte und betrug über das gesamte Jahrzehnt gesehen jährlich nur zwei Prozent; die Anzahl der Personen, die in Armut leben, stieg zwischen 1990 und 1998 von 3,4 auf 5,3 Millionen² (Gesamtbevölkerung Marokkos 1998: 27,7 Mio.³) und nur 81 Prozent der Bevölkerung im städtischen Raum und 14 Prozent im ländlichen Raum hatten Zugang zu sauberem Trinkwasser.⁴ Nach dem Tod von Hassan II. 1999 folgte ihm sein Sohn Mohammed VI. auf den Thron. Desse ambitionierte Sozialpolitik, demokratisches Reformdenken und neue Haushaltspolitik leistete einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der sozioökonomischen Lebensbedingungen der Bevölkerung. Die Bekämpfung von Korruption, die Einführung

von Programmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Beschäftigung, sowie Reformen im Sozialbereich (Bildung, Gesundheit und Frauenrechte) trugen zu einer dynamischeren Entwicklung des Landes bei.⁵

Spezifischer Entwicklungsansatz von Marokko

Seit der Annahme der Millenniums-Erklärung erstellt und veröffentlicht die nationale Stelle für wirtschaftliche Planung HCP (Haut-Commissariat au Plan) in Zusammenarbeit mit soziökonomischen Partnern sowie sieben UN-Nebenorganisationen (UNDP, UNFPA, UNICEF, WHO, CEA, UN Women und UNAIDS) in zwei- bis dreijährigen Abständen (2003, 2005, 2007 und 2009) einen nationalen Bericht über die MDGs, der als das wichtigste Evaluierungs- und Begleitinstrument in diesem Bereich gilt. Neben der Berichterstattung auf nationaler Ebene beschäftigen sich die zuständigen Organisationen in jüngster Zeit vermehrt mit der Umsetzung der Entwicklungsziele auf regionaler Ebene, um spezifische und lokale Gegebenheiten berücksichtigen zu können. Bisher erstellte die HCP vier regionale Berichte, wobei diese auch Aspekte aufgreifen, welche in den offiziellen MDGs nicht vorkommen, u.a. Indikatoren und Analysen, die Personen mit besonderen Bedürfnissen, Gewalt gegenüber Frauen, Förderung der Menschenrechte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Qualität des Bildungswesens und das Zusammenwirken der verschiedenen Entwicklungskomponenten betreffen.⁶

In Ergänzung zu den offiziellen Indikatoren der Vereinten Nationen für die MDGs wurden eigens spezifische Methoden und Indikatoren erstellt, die dem länderspezifischen Kontext angepasst sind und einer umfassenderen und breiteren Evaluierung der Entwicklung in Marokko dienen. So zieht Marokko zur Evaluierung der Armutsentwicklung neben der absoluten Armutsrate, die an dem offiziellen von den Vereinten Nationen festgelegten 1,25-Dollar-Indikator

gemessen werden - demnach jene Menschen als extrem arm gelten, die mit weniger als 1,25 Dollar (in Kaufkraftparität) pro Tag auskommen müssen - die relative und multidimensionale Armutsrate sowie die soziale Vulnerabilität heran. Die relative Armut wird an dem nationalen marokkanischen Richtwert, der bei 2,15 Dollar nach Kaufkraftparitäten pro Tag und pro Person liegt, gemessen. Für die multidimensionale Armut werden auch andere Indikatoren, wie Gesundheit, Bildung, Lebensbedingungen, Arbeit, Kommunikationsmittel, Zugang zu sozialen Dienstleistungen, Wohnbedingungen sowie geschlechterspezifische Ungleichheiten herangezogen.⁷ Die soziale Vulnerabilität umfasst jene Menschen, denen pro Tag zwischen 2,15 bis 3,23 Dollar zur Verfügung stehen, und nicht als arm, sondern als armutsgefährdet gelten.⁸

Nationale Umsetzungsprogramme

Neben der aktiven Beteiligung am Entwicklungsprozess seitens der marokkanischen Regierungsinstanzen, der lokalen Behörden und Organe, sowie mehrerer internationaler Organisationen, zeigt auch König Mohammed VI. großes Engagement bei der Umsetzung der MDGs. Bisher rief er zahlreiche Initiativen und Programme ins Leben, die u.a. die Armutsreduzierung, die Verbesserung der Gesundheit und der Situation von Frauen, den erleichterten Zugang zu Bildung und die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zum Ziel haben. Neben der Verbesserung von Lebensbedingungen in städtischen Elendsvierteln legte Mohammed VI. ebenso den Schwerpunkt auf die ländliche Bevölkerung, deren Lebensbedingungen durch eine bessere Infrastruktur und den Zugang zu einer adäquaten Grundversorgung (Wasser, Strom, Bildung und Gesundheit) verbessert werden sollen.

Wie bereits erwähnt, ist die wichtigste Institution zur Evaluierung der MDGs die nationale Stelle für wirtschaftliche Planung HCP, die 2003 auf Initiative des Königs das

Ministerium für Planung und Wirtschaftsprognosen ablöste und seither eine institutionelle und intellektuelle Unabhängigkeit genießt.⁹

Im Mai 2005 wurde auf Initiative des Königs die Nationale Initiative für Menschliche Entwicklung INDH (Initiative Nationale pour le Développement Humain) ins Leben gerufen, die sich vor allem der Armutsbekämpfung und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung widmet.¹⁰ Seit der Gründung investierte allein die INDH etwa eine Milliarde Euro zur Durchführung von 29.000 Projekten und Schaffung von 5.000 einkommensschaffenden Aktivitäten, wovon mehr als sieben Mio. Personen profitieren konnten. Diese Zahlen ermöglichen zwar eine quantitative Evaluierung der INDH-Projekte, jedoch gibt es kaum Studien, die sich mit der Umsetzung und Durchführung dieser Projekte auf qualitativer Ebene befassen. Obwohl die INDH ein regelrechter Hebel für menschliche Entwicklung ist, sehen einige Wissenschaftler diese Initiative als Mittel zur Kontrolle und Entpolitisierung der Zivilgesellschaft, was nicht dem ursprünglichen Konzept eines partizipativen Ansatzes entspricht.¹¹

Die Verbesserung des Gesundheitswesens und der allgemeine Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung ist Marokko ein besonderes Anliegen. 2012 ist das medizinische Versorgungssystem für sozial Bedürftige RAMED (Régime d'Assistance Médicale) in Kraft getreten und verbesserte neben der 2005 eingeführten verpflichtenden Krankenversicherung AMO (Assurance Maladie Obligatoire) das Gesundheitssystem.¹² Anfang 2013 waren bereits 5,26 Mio. Menschen im Besitz einer RAMED-Versicherungskarte oder Empfangsbescheinigung und konnten medizinische Dienstleistungen in Anspruch nehmen, was 60 Prozent der betroffenen Bevölkerungsgruppe entspricht.¹³

Im Jahr 2013 widmete das Königreich Marokko dem Gesundheitsbereich ein beachtliches Budget von ca. sechs Mrd. Dir-

ham (ca. 500 Mio. Euro), das acht Prozent des gesamten Staatshaushaltes entspricht. Ebenso unternimmt der Staat große Anstrengungen zur Reduzierung der Analphabetenrate und der allgemeinen Bildung, indem er für die Hochschulbildung, nationale Bildung und Alphabetisierung im selben Jahr ein Budget in Höhe von ca. zehn Mrd. Dirham (ca. 870 Mio. Euro) zur Verfügung stellte, was etwa 15 Prozent des gesamten Staatshaushaltes entspricht.¹⁴

Auch die berufliche Ausbildung von Jugendlichen hat Marokko zu einem Schwerpunkt ihrer Entwicklungspolitik gemacht. Bereits ab 1974 unterstützte das Büro für Berufsbildung und Förderung der Arbeit OFPPT (Office de la Formation Professionnelle et de la Promotion du Travail) die Aus- und Fortbildung, so dass heute jährlich etwa 340.000 (2013/2014) Jugendliche in 329 Ausbildungseinrichtungen die Möglichkeit besitzen, einen Beruf zu erlernen. Zurzeit bietet das OFPPT 278 Berufsausbildungen und 105 qualifizierende Ausbildungen an und ist einer der wichtigsten Förderer im Bereich der Ausbildung von Jugendlichen.¹⁵

In den vergangenen zehn Jahren führte die Regierung mehrere sektorale Pläne ein, um verschiedene Wirtschaftssektoren zu fördern. Beispielsweise der „Plan Grünes Marokko“ (Plan Maroc Vert 2008) zur Förderung der Landwirtschaft, die marokkanische Industriestrategie „Plan wirtschaftlicher Aufschwung“ (Plan Emergence 2005), sowie der „Plan Azur“ 2001 zur Aufwertung des Tourismussektors.

Ebenfalls wurden einige Reformen auf sozio-ökonomischer Ebene unternommen, um Marokko sowohl wirtschaftlich zu stärken als auch Fortschritte im Bereich der Menschenrechte zu erzielen. Für die Erreichung der MDGs mangelt es weder an politischem Willen seitens der Regierungsinstanzen noch an rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern an Humanressourcen, die auf allen Ebenen diesen politischen Willen auch tatsächlich in die Realität umsetzen.

Gemeinsame Umsetzungsprogramme (Marokko und internationale Partner)

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Programme ins Leben gerufen, die diverse Entwicklungsaspekte zum Inhalt haben. 2010 startete unter der Schirmherrschaft von König Mohammed VI. die Kampagne „8 für 8“ („8 pour 8“) auf Initiative der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit (Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération) und dem Ministerium für Kommunikation (Ministère de la Communication). Ziel dieser Sensibilisierungskampagne ist es, die breite Öffentlichkeit über die MDGs zu informieren und den Dialog mit jungen Menschen zu fördern, um diese in den Umsetzungsprozess einzubinden.¹⁶

Zur Förderung von Frauenrechten begann 2008 das multisektorale Programm zur Bekämpfung geschlechterspezifischer Gewalt durch die Autonomisierung von Frauen und Mädchen in Marokko TAMKINE. Eine Initiative, die den Fond zur Erreichung der MDGs unter Koordination von 13 Ministerialabteilungen, acht Agenturen der UN-Nebenorganisationen und 40 NROs einbezieht. In einem Zeitraum von vier Jahren konnte das Programm 92,85 Prozent der Maßnahmen, die zur Institutionalisierung von Frauenrechten in nationalen Politiken und Entwicklungsprogrammen, sowie der lokalen Umsetzung von geschlechterspezifischen nationalen Politiken in sechs ausgewählten Regionen beitragen, tatsächlich umsetzen.¹⁷

Externe und Interne entwicklungshemmende Faktoren

Trotz der relativ guten Bedingungen und der zahlreichen ergriffenen Maßnahmen, die für die Erreichung der Millenniumsziele förderlich sind, beeinträchtigte die weltweite Banken- und Finanzkrise von 2008 die Entwicklung des Landes erheblich. Marokkos

schwache Einbindung in das globale Finanzsystem konnten das Königreich zwar vor einer gravierenden Finanzkrise verschonen, jedoch wirkte sich die weltweite Rezession stark auf die nationale Wirtschaft aus. Vor allem der Handel mit europäischen Staaten, insbesondere Frankreich und Spanien, sowie der Tourismussektor waren davon betroffen. Zusätzlich transferierten die im Ausland lebenden Marokkanern deutlich weniger Geld in ihre Heimat, was für viele marokkanische Familien eine wichtige Einnahmequelle darstellt. Auch der Export, vor allem von Lebensmitteln, Phosphaten und Halbfabrikaten, litt unter den Folgen der Wirtschaftskrise. Die weltweite Nachfrage an marokkanischen Produkten ging 2009 um zehn Prozent und das Waren- und Dienstleistungsexportvolumen um 14,7 Prozent zurück. Die Auswirkungen der Krise auf die Umsetzung der Entwicklungsziele zeigten sich durch den Verlust von 1,2 Prozentpunkten des BIPs bezüglich der laufenden staatlichen Ausgaben, sowie 0,1 Prozentpunkte des BIPs bezüglich der staatlichen Investitionsausgaben.¹⁸

Obwohl Marokko durch zahlreiche Maßnahmenpläne im sozialen und wirtschaftlichen Bereich den Folgen wie Verlust von Arbeitsplätzen und Inflation entgegenwirken konnte, hätte Marokko bessere Ergebnisse bezüglich der Reduzierung der Kinder- und Müttersterblichkeit, der Trinkwasserversorgung und Grundbildung erzielen können, wenn es zu keiner wirtschaftlichen Rezession mit einer langsamen Erholungsphase gekommen wäre. Dennoch können die Entwicklungsziele bezüglich der Trinkwasserversorgung und Grundbildung bis 2015 voraussichtlich erreicht werden.¹⁹

Erhebliche Folgen auf die Entwicklungen des Landes bringen auch die klimatischen Veränderungen mit sich und in Zukunft sind mit zunehmenden klimatischen Beeinträchtigungen zu rechnen. In den vergangenen hundert Jahren stieg die durchschnittliche Temperatur um 1° C und die Häufigkeit von Überschwemmungen und Trockenperioden

ist markant angestiegen.²⁰ Die jährliche Wasserzufuhr ist bereits um 20 Prozent gesunken und das Oberflächen- und Grundwasser soll aufgrund der sinkenden Niederschlagsmengen schätzungsweise um 10 bis 15 Prozent sinken. Die extremen Wetterbedingungen, insbesondere die vermehrten Hitze- und Kältewellen, gefährden die effiziente Bekämpfung von Infektionskrankheiten wie Cholera und Tuberkulose und führen zu einem Anstieg an chronischen Krankheiten, von denen vor allem ärmere Bevölkerungsschichten, sowie Kinder und ältere Menschen betroffen sind. Die zunehmenden Dürren und das steigende Bevölkerungswachstum in Subsahara-Afrika beeinflussen unmittelbar die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in der gesamten Region. Marokko ist somit nicht nur von den unmittelbaren Klimaveränderungen in der Region betroffen, sondern muss in naher Zukunft mit einem Zuwachs an Einwanderern aus Subsahara-Afrika, die aufgrund klimatischer Veränderungen ihre Heimat verlassen, rechnen. Ein Rückgang von Wasserressourcen würde in den ländlichen Gegenden auch unmittelbare Folgen für den Schulbesuch von Kindern haben, die statt dem Unterricht beizuwohnen, Wasser holen müssen.²¹

In diesem Kontext versucht Marokko durch gezielte Maßnahmen im Rahmen des so genannten „Plan Grünes Marokko“ die landwirtschaftlichen Praktiken zu ändern und die Lebensbedingungen der betroffenen ländlichen Bevölkerung durch angemessene politische, institutionelle und technische Maßnahmen den klimatischen Veränderungen anzupassen und zu verbessern.²²

Nicht nur externe Faktoren nehmen Einfluss auf die Entwicklung des Landes. Erzielte Fortschritte und bestehende Rückstände in verschiedenen Entwicklungsbereichen können das Vorankommen anderer MDGs beeinflussen. Beispielsweise hat eine niedrige Alphabetisierungsrate bei Frauen in ländlichen Gebieten eine höhere Müttersterblichkeitsrate zur Folge, da unzureichen-

de Bildung den Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung erschwert. Aufgrund von Armut und des schwierigen Zugangs zur Gesundheitsversorgung sind Infektionskrankheiten und chronische Krankheiten in ländlichen Gebieten noch weit verbreitet.

Marokko ruft zwar zahlreiche Initiativen und Programme ins Leben, jedoch führen diese nicht immer oder nur sehr langsam zu den gewünschten Ergebnissen. Trotz des politischen Willens mangelt es an Humanressourcen zur Umsetzung dieser Strategien. Die Umsetzung zahlreicher Initiativen basiert auf einem partizipatorischen Ansatz, der auch zivilgesellschaftliche Akteure aktiv in den Entwicklungsprozess miteinbeziehen soll. Die bereits o.g. INDH setzt sich vor allem die Mobilisierung von assoziativen Akteuren zum Ziel. 2007 waren in Marokko 44.614 Vereine registriert, das einem vergleichsweise niedrigen Anteil von 145 Vereinen je 100.000 Einwohner entspricht. Der Großteil dieser Vereine wurde zwischen 1997-2007 gegründet; vier von zehn Vereinen wurde seit der Gründung der INDH im Jahr 2005 kreiert. Zusätzlich räumt der Staat in den letzten Jahren der Zivilgesellschaft einen immer wichtigeren Platz ein. 2011 wurden die Rechte und Aufgaben der Zivilgesellschaft im Rahmen der partizipativen Demokratie und der Guten Regierungsführung verfassungsmäßig verankert und im März 2013 startet die marokkanische Regierung einen sozialen Dialog zur Zivilgesellschaft. Diesbezüglich organisierte die HSS gemeinsam mit dem Ministerium für Beziehungen zum Parlament und der Zivilgesellschaft, der Nationalen Kommission für den Dialog mit der Zivilgesellschaft und ihren neuen verfassungsmäßigen Vorrechten und der Marokkanischen Vereinigung für Verfassungsrecht AMDC (Association Marocaine du Droit Constitutionnel) ein nationales Kolloquium zum Thema „Die neuen verfassungsmäßigen Aufgaben der Zivilgesellschaft: Welche legislative Formgebung?, das sowohl Verfassungsrechtsexperten als auch Akteuren der Zivilgesellschaft Diskussionsraum bot.

Zwischenbilanz auf dem Weg zu 2015

Bezüglich der Entwicklungsziele befindet sich Marokko seit 2000 auf einem guten Weg und konnte bereits einige spezifische Zielvorgaben erreichen, insbesondere in der Gesundheitsversorgung, Trinkwasserzugang, der Armutsbekämpfung und der Bekämpfung von HIV/Aids und Malaria.²³

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Innerhalb von fast zehn Jahren ist es Marokko gelungen, die absolute Armut fast gänzlich auszumerzen und die relative Armut zu reduzieren. Bereits vor 2015 konnte sowohl der Anteil der Menschen, deren Einkommen weniger als 1,25 Dollar pro Tag beträgt und jene, die Hunger leiden, gemäß den Zielkriterien mehr als halbiert werden. Auch die relative Armut ist von 15,3 Prozent (2001) auf 6,2 Prozent (2011) gesunken. Die subjektive Armut ist aber durchaus höher und 39,7 Prozent der Marokkaner betrachteten sich 2011 als arm.²⁴ Trotz der erfolgreichen Bekämpfung von Armut und Hunger, steigen aber die sozialen Ungleichheiten. Im Vergleich zu 1991 ist der Gini-Index von 0,393 auf 0,408 (2011) angestiegen. Zusätzlich sind die Entwicklungen am Arbeitsmarkt und die Beschäftigungsquote nicht durchweg positiv. Zwar sinkt die nationale Arbeitslosenquote kontinuierlich und liegt derzeit bei neun Prozent (2012)²⁵, dennoch ist die Situation bei Jugendlichen im Alter von 15-24 Jahren besonders gravierend (2012: 18,6 Prozent²⁶). Allgemein ist ein Rückgang beim Anteil der Beschäftigten im erwerbsfähigen Alter erkennbar Ursache für die prekären Arbeitsverhältnisse sind der hohe Anteil an informeller Beschäftigung und die schwach ausgeprägten Wirtschaftsstrukturen, insbesondere was die Klein- und Mittelunternehmen betrifft, da die marokkanische Wirtschaft noch stark von der Agrarproduktion abhängig (15,1 Prozent des BIP) ist. Der industrielle Sektor (31,7 Prozent) und Dienstleistungssektor (53,2 Prozent) sind im Vergleich zu industrialisierten Län-

dern weniger stark ausgeprägt.²⁷ Schätzungsweise trägt der informelle Sektor 44 Prozent zum BIP der formellen Wirtschaft bei und beschäftigt rund 30 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung.²⁸

Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

In Bezug auf die Einschulungs- und Alphabetisierungsraten konnte Marokko sich in den letzten Jahren stark verbessern, jedoch bestehen weiterhin qualitativen Mängel im Bildungssystem. Angesichts der niedrigen Schulbesuchsquote von Vorschuleinrichtungen und der geringen Anzahl von Bildungseinrichtungen im Sekundarschulbereich in ländlichen Gegenden kann Marokko keine allgemeine nachhaltige Bildungsgarantie gewährleisten. Vor allem Kinder auf dem Land, Mädchen und Kinder mit Behinderungen sind von der Inanspruchnahme ihres Rechts auf Bildung ausgeschlossen. Neben der zu bemängelnden Infrastruktur lässt auch die Unterrichtsqualität zu wünschen übrig. Nicht einmal die Hälfte (41,9 Prozent) der marokkanischen Schüler schließt die Sekundarbildung oder berufsqualifizierende Bildung erfolgreich ab, nur 32 Prozent der Schüler im 4. Grundschuljahr beherrschen die Grundkenntnisse²⁹ und 74 Prozent im selben Schuljahr erreichen laut TIMSS (Trends in International Mathematics and Science Study) nicht einmal die ersten vier Kompetenzstufen in Mathematik, die auf einer Skala von 1 bis 625 Punkten in niedrige, durchschnittliche und hohe Kompetenzniveaus eingeteilt werden, wobei kein einziger Schüler ein höheres Niveau erreicht hat.³⁰

Um das Bildungssystem nicht nur auf quantitativer sondern auch auf qualitativer Ebene zu verbessern, erarbeitete Marokko 1999/2000 eine nationale Charta für die Aus- und Weiterbildung, die vor allem zur qualitativen Verbesserung und strukturellen Modernisierung des Bildungssystems beitragen soll. Trotz zahlreicher Initiativen die anlässlich dieser Charta ins Leben gerufen

wurden, konnten die Lehrpläne und Schulbücher überarbeitet und aktualisiert werden, führten aber zu keinen sichtbaren Fortschritten im Lernbereich und der Unterrichtsqualität. Grund dafür ist mitunter die mangelnde Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, was eine effiziente Umsetzung der pädagogischen Richtlinien dieser Charta und eine qualitative Verbesserung Schulwesens bremst. Des Weiteren sieht diese Charta eine Dezentralisierung der Verwaltung des Bildungssystems vor, indem vor allem lokale Gebietskörperschaften eine größere Rolle bei der Verwaltung und Finanzierung von Schulen spielen. Die Praxis hingegen zeigte, dass die lokalen Gebietskörperschaften oftmals nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, und weder Erfahrungen oder Wissen im Bereich der Verwaltung von Grundschulen haben, und auch keine Ausbildungen in diesem Bereich erhalten.³¹

Die Mängel im Bildungssystem stellen weiterhin ein Hindernis für die Entwicklung in Marokko dar. Dies wird nicht nur in internationalen Berichten festgestellt, sondern auch vom König selbst sehr kritisch betrachtet. In seiner Rede am 20. August 2013 anlässlich des 60. Jahrestages der Revolution des Königs und des Volkes, betonte König Mohammed VI. die Wichtigkeit dieser Charta und die Rolle der Bildung als wichtige Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Zusätzlich wies er auf die bestehenden Mängel im Bildungssystem hin, wie beispielsweise Unterrichtsprogramme, die nicht den Anforderungen der Arbeitswelt entsprechen und der Wechsel zwischen Unterrichtssprachen (In der Grundschule wird vorwiegend auf Arabisch unterrichtet; in der Sekundarstufe hingegen werden wissenschaftliche Fächer oftmals in Fremdsprachen, insbesondere Französisch, gelehrt. Aufgrund des mangelnden Fremdsprachenniveaus der Schüler in der Sekundarstufe, können viele dem Lehrplan nicht folgen und brechen die Schule frühzeitig ab.).³²

Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Laut dem „Gender Gap Report 2013“ des Weltwirtschaftsforums liegt Marokko bezüglich der Geschlechterungleichheiten von 136 Ländern an nur 129. Stelle und schneidet besonders schlecht im Bereich der wirtschaftlichen Teilnahme und der politischen Repräsentanz von Frauen im politischen Kontext ab.³³ Durch die Ernennung der neuen Regierung im Oktober 2013 konnte zwar die Anzahl der Frauen in der Regierung von nur einer Ministerin auf sechs weibliche Regierungsmitglieder erhöht werden, jedoch erhielten sie keine Schlüsselministerien und vier der sechs weiblichen Regierungsmitglieder wurden nur als beigeordnete Ministerinnen ernannt.³⁴ Auch im Parlament sind Frauen nur schwach vertreten: 17 Prozent der Senatsmitglieder (Oberhaus) und nur 2,2 Prozent der Mitglieder der Repräsentantenversammlung (Unterhaus) sind weiblich.³⁵ Im Arbeitsleben sind Frauen nach wie vor stark benachteiligt. Der Anteil von Frauen am Erwerbspersonenpotenzial ist dreimal niedriger als jener von Männern und die Analphabetenrate liegt bei Frauen weit über dem landesweiten Durchschnitt. Hingegen besteht im Bildungswesen bei der Einschulung im Primärschulbereich eine nahezu gänzliche Gleichstellung von Jungen und Mädchen. Zusätzlich steigt im Hochschulbereich die Anzahl der weiblichen Studierenden und Frauen sind in manchen Studiengängen, bspw. Medizin, bereits stärker als Männer vertreten.

Marokko ist sich der Geschlechtergleichstellungsproblematik dennoch sehr bewusst und hat zahlreiche Reformen im rechtlichen Bereich zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung unternommen. Bereits 1993 hat das Land die UN-Frauenrechtskonvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegenüber der Frau (CEDAW) ratifiziert.³⁶ 2004 trat das neue Familiengesetz in Kraft, das die Polygamie durch strengere rechtliche Bestim-

mungen erschwert. Gemäß den Artikeln 40 und 41 des Familiengesetzes erlaubt das Gericht die Polygamie nicht, wenn Ungegerechtigkeit gegenüber der Ehefrau besteht oder der Mann nicht über genügend Mittel für den Erhalt von zwei Haushalten verfügt. Des Weiteren wurde das Heiratsalter von Frauen auf 18 Jahre angehoben.³⁷ Trotz dieser Maßnahmen konnte der Staat die Anzahl der Eheschließungen mit Minderjährigen nicht erheblich reduzieren, da diese in den ländlichen Gegenden zum Alltag gehört.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung engagiert sich seit 25 Jahren im Maghreb bei der Unterstützung von staatlichen Strukturreformen, die auf Prinzipien der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Guten Regierungsführung basieren. Die Errichtung eines nachhaltigen politischen Rahmens ist Voraussetzung für die Steigerung des allgemeinen Wohlergehens, das Ziel der MDGs ist. Um dieses Ziel zu erreichen unterstützt die HSS insbesondere ein Netzwerk von Rechtsexperten, das in den vergangenen 25 Jahren ausgebaut und gefestigt werden konnte. Mehrere dieser Experten haben an der Verfassungsreform von 2011 mitgewirkt und die Hälfte der Mitglieder der für diese Verfassungsreform gegründeten Ad-hoc-Beratungskommission sind langjährige Kooperationspartner der HSS. Wesentlich ist, dass die neue Verfassung von 2011 u.a. wichtige Bestimmungen beinhaltet mit dem Ziel, die Rolle der Zivilgesellschaft zu fördern, den Bürgern mehr Teilnahme in öffentlichen Angelegenheiten zu gewähren und die Rechte der Frauen durch die verfassungsmäßig verankerte Geschlechtergleichstellung zu stärken.

Mehr zu unserer Arbeit unter www.hss.de/marokko

Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

Dank zahlreicher Gesundheitsvorsorgeprogramme (Impfungen, Immunisierung, Bekämpfung von Unterernährung) sank die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren zwischen 1990-2012 um 61 Prozent. Das Ziel, die Kindersterblichkeitsrate um zwei Drittel zu reduzieren, kann Marokko bis 2015 mit großer Wahrscheinlichkeit erreichen.

Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Mit jährlich 112 Sterbefällen von Müttern je 100.000 Lebendgeburten ist die Müttersterblichkeitsrate in Marokko noch relativ hoch, ist jedoch um 66 Prozent niedriger als 1991. Die Zielvorgabe, die Müttersterblichkeit bis 2015 um drei Viertel zu senken, wurde noch nicht ganz erreicht, da eine sehr rasche Verbesserung der Gesundheit von Müttern im ländlichen Raum aufgrund struktureller Mängel nicht möglich ist. Beispielsweise erhalten nur 55 Prozent (2011) der Geburten auf dem Land eine professionelle Unterstützung und Betreuung. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu behandeln, da in vielen Todesfällen die Ursache nicht genau angegeben wird und die Müttersterblichkeitsrate vermutlich höher ist.

Ziel 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Große Fortschritte konnte Marokko auch im Bereich der Bekämpfung von HIV/Aids und Malaria erzielen. Die HIV-Prävalenz ist in Marokko, wie auch im Großteil der MENA-Länder, vergleichsweise zu anderen Weltregionen relativ niedrig, variiert aber stark je nach Region und Bevölkerungsgruppe. So ist die Rate bei Prostituierten deutlich höher und liegt seit 2001 relativ stabil bei 2-3 Prozent.³⁸ Vermutlich sind aber viel mehr Menschen mit dem HI-Virus infiziert, werden aber statistisch nicht erfasst. Die Betroffenen leiden oftmals unter sozialer Ausgrenzung, da die gesellschaft-

lich weit verbreiteten religiös-konservativen Einstellungen zu der Annahme führen, dass sich dort HIV/Aids nicht ausbreiten kann und der Islam vor dieser Krankheit schützt.³⁹

Hinsichtlich der Bekämpfung von einheimischer Malaria ist die Anzahl der jährlichen Neuerkrankungen bereits soweit gesunken, dass die Weltgesundheitsorganisation 2010 Marokko als malariafrei zertifizierte.⁴⁰ Zurzeit treten nur Fälle von aus dem Ausland eingeschleppter Malaria auf, deren Anzahl sich 2012 auf 364 Fälle belief.⁴¹ Ein viel gravierenderes Problem für die öffentliche Gesundheit stellen die jährlichen Neuinfektionen von Tuberkulose dar. Hauptursachen sind insbesondere Armut und Analphabetismus, die keinen adäquaten Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglichen, da die Betroffenen weder über die finanziellen Mittel noch die notwendige Bildung und das Wissen verfügen, um präventiv diese Krankheiten vorzubeugen und eine entsprechende medizinische Versorgung (z. B. Medikamentenbeipackzettel) in Anspruch zu nehmen. Zusätzlich mangelt es an qualifiziertem Personal zur Diagnostizierung.⁴²

Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

In den letzten Jahren ist eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von Slumbewohnern in Marokko erkennbar. Das 2004 von der marokkanischen Regierung mit Unterstützung des Programms der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen UN-Habitat gestartete Programm „Städte ohne Barackensiedlungen“ („Ville sans Bidonvilles“) ermöglichte es bis September 2013, 47 von ursprünglich 85 festgelegten Städten als Städte ohne Barackensiedlungen zu erklären. Zusätzlich konnten die Lebensbedingungen von 200.000 Haushalten verbessert werden.⁴³ Einen großen Erfolg kann Marokko auch hinsichtlich der Reduzierung der Anzahl von in Slums lebenden Stadtbewohnern und der Zugangsrate zu Trinkwasser verzeichnen, die in den Stadtgebieten bereits bei 100 Prozent liegt.

Marokko hat sich verstärkt durch die Annahme der Charta für Umwelt und nachhaltige Entwicklung 2011 dem Schutz der Biodiversität verschrieben. Für zehn Nationalparks, die eine Fläche von mehr als 810.000 Hektar umfassen, ist die Umsetzung von neuen Raum- und Bewirtschaftungsplänen im Gange. Zusätzlich verabschiedete die Regierung 2010 ein neues Gesetz, welches fünf Kategorien von Schutzgebieten festlegt: National- und Naturparks, Naturschutzgebiete, biologische Reserven und Naturräume. Neben dem Schutz von Wäldern, die eine Fläche von 9 Mio. Hektar (Stand 2011) umfassen, welche 12,5 Prozent der gesamten Landesfläche entsprechen, machte Marokko auch den Erhalt von Ökosystemen in Oasen, insbesondere in den südlichen Gebieten des Landes, zu einem zentralen Anliegen.⁴⁴

Zusätzlich fördert Marokko im Rahmen seiner Energiepolitik die Entwicklung von erneuerbaren Energien, insbesondere der Wind-, Solar- und Hydroenergie. Neben einer Reduktion von Umwelt- und Luftverschmutzung, soll diese Strategie auch die Stromversorgung von ärmlichen Bevölkerungsschichten in ländlichen Gegenden verbessern, die bisher teilweise vom öffentlichen Stromversorgungsnetz ausgeschlossen waren.⁴⁵ In Zukunft soll die Solarenergie nicht nur ausschließlich für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung genutzt werden. Das ambitionierte Desertec-Projekt plant Energie aus der MENA-Region zu exportieren, um bis 2050 15 Prozent des europäischen Energieverbrauchs zu decken.⁴⁶ Die Entwicklung von erneuerbaren Energien ist auch eine der Hauptachsen der deutschen Zusammenarbeit mit Marokko. Am 10. Mai 2013 erfolgte der erste Spatenstich für das solarthermische Kraftwerk in Ouarzazate, im Süden Marokkos, das 2015 in Betrieb gehen soll. Die Kosten für den Bau belaufen sich auf 700 Mio. Euro, welche die deutsche Bundesregierung über die KfW Entwicklungsbank mit 115 Mio. Euro mitfinanziert.⁴⁷ Marokko plant bis 2020 fünf weitere solarthermische Kraftwerke mit ei-

ner Kapazität von 2000 Megawatt zu errichten, um einen Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von 42 Prozent zu erreichen, was weltweit gesehen eine Pionierleistung ist.⁴⁸

Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Bezüglich des Aufbaus einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft arbeitet Marokko aktiv mit mehreren Einrichtungen der Vereinten Nationen, privaten Organisationen, sowie mit mehreren nationalen Vereinen und Organisationen zusammen. Durch diese Zusammenarbeit konnte Marokko mehrere Entwicklungsprojekte durchführen und die Grundvoraussetzungen für eine effiziente Umsetzung der neuen marokkanischen Verfassung von 2011 schaffen. Obwohl die Regierung und ihre Partner zahlreiche Bemühungen für eine verstärkte Bürgerbeteiligung unternehmen, besteht aber im Bereich der politischen und sozialen Freiheiten noch Nachholbedarf. Die internationale NGO Freedom House stufte Marokko in den letzten zehn Jahren bezüglich der politischen und sozialen Freiheiten durchgehend als „teilweise frei“ ein.⁴⁹

Marokko ist aber nicht nur ein Empfänger öffentlicher Entwicklungshilfe, wobei Marokko einer der zehn Hauptempfänger von Deutschlands bilateralen ODA-Leistungen ist, sondern spielt auch eine wesentliche Rolle als Geber im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation auf dem afrikanischen Kontinent. Die Stärkung dieser Kooperation wurde in der neuen Verfassung von 2011 in der Präambel verankert und ist aktuell eine Priorität in der marokkanischen Außenpolitik.⁵⁰ Die im Dezember 2003 in Marrakesch stattgefundenen interministerielle Konferenz zur Süd-Süd-Kooperation verdeutlichte die Rolle Marokkos als bedeutender Akteur dieser Kooperation.⁵¹ Die Zusammenarbeit Marokkos mit Staaten von Subsahara-Afrika liegt vor allem im Bereich der Ausbildung von Führungskräften, der technischen Kooperation, der wirtschaftlichen und finanziellen

Zusammenarbeit, sowie der humanitären Unterstützung.⁵²

Projekte der HSS

Auch auf der lokalen Ebene fördert die Erreichung der MDGs. In diesem Sinne arbeitet die HSS mit der Marokkanischen Vereinigung für Öko-Städte AMEV (Association Marocaine pour des Eco-Villes) zusammen, deren Ziel die Stärkung der Kapazitäten von Frauen in der Politik ist. Hierfür gründete sie eigens ein Frauennetzwerk innerhalb der Vereinigung, das die Kompetenzen von Frauen in politischen Ämtern stärken soll. Bezüglich der Bürgerbeteiligung wird 2014 im Rahmen der dezentralisierten Kooperation ein Bürgerhaushaltsprojekt zwischen den Städten Nador und Frankfurt in Zusammenarbeit mit der Stadt Frankfurt, der Stadt Nador (im Norden Marokkos an der Mittelmeerküste), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Weltunion der Kommunen Sektion Afrika (CGLUA) gestartet.

Perspektiven für die Entwicklung nach 2015

Auf Anfrage des UN-Generalsekretärs wurden durch die Länderbüros der Entwicklungsagenturen der Vereinten Nationen in 88 Ländern Überlegungen zu den Entwicklungsprioritäten nach 2015 angestellt, darunter auch Marokko. Hierfür führten die VN-Nebenorganisationen in Zusammenarbeit mit dem marokkanischen Ministerium für allgemeine Angelegenheiten und Regierungsführung (Ministère des Affaires Générales et de la Gouvernance) und dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit (Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération) im Februar und März 2013 mehr als 30 Befragungen mit mehr als 800 Teilnehmern durch, darunter Vertreter von Regierungsinstitutionen, Diplomaten, Vertreter der internationalen und bilateralen Kooperation, zivilgesell-

schaftliche Akteure, Vertreter des Privatsektors und der Medien, Parlamentsabgeordnete, weibliche Abgeordnete und andere Zielgruppen. Ziel dieser partizipativen Vorgehensweise war es, eine gemeinsame und umfassende Vision der Entwicklungsprioritäten nach 2015 für eine Zukunft, die „alle wollen“, zu erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Befragungen sollen in den zukünftigen Maßnahmen und Programme der Vereinten Nationen in Marokko berücksichtigt werden. Aus diesen Befragungen geht hervor, dass die Hauptanliegen der Bevölkerung nach wie vor im sozioökonomischen Bereich zu finden sind, aber auch vermehrt politische Forderungen auf der Agenda stehen. Die befragten Gruppen, die ein breites Spektrum der marokkanischen Bevölkerung widerspiegeln, betonten insbesondere die Regierungsführungsprobleme und ihre Bestrebungen nach mehr Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten, der Bekämpfung von Korruption und der Einhaltung des Rechts. Im Rahmen dieser Befragungen zeichnete sich ein steigendes Interesse an regierungspolitischen Fragen bezüglich der Menschenrechte, Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, sowie Sicherheit und Frieden ab. Bereits im Arabischen Frühling 2011 forderten die sozialen Protestbewegungen, allen voran die Bewegung „20. Februar“, mehr politische und soziale Rechte und plädierten weniger für einen politischen Umsturz als für einen umfassenden Reformprozess. Der König reagierte äußerst schnell mit einer Verfassungsreform, die einerseits den Forderungen der Protestbewegungen nachkam, aber andererseits dazu diente, vorerst die Aktivisten zu beruhigen und den sozialen Frieden wieder herzustellen, um zukünftige weitläufigere Proteste zu vermeiden. Damit brachte er zwar einen umfassenden Reformprozess in Gange und räumte anderen politischen Akteuren mehr Entscheidungsgewalt ein, sicherte sich hingegen aber auch seine eigene Machtposition und trifft weiterhin grundlegende Entscheidungen in wirtschafts- und außenpolitischen Angelegenheiten. Dennoch garantiert die neue Verfassung von 2011 den mehr

Menschenrechtsschutz, die Gleichstellung zwischen Männer und Frauen und die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft. Zusätzlich sind die Hauptanliegen der Befragten im Bereich der Bildung, Gesundheitswesen, Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftswachstum bereits Prioritäten der Regierung und wurden in das Kooperationsprogramm der Vereinten Nationen mit Marokko für 2012-2016 aufgenommen.⁵³ Am 24. September 2013 wurde von Marokko im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York eine Debatte zu den MDGs nach 2015 in Afrika organisiert, welche die Entwicklungsagenda nach 2015 zum Inhalt hatte und wo auch Themen und Fragen, die im o.g. Bericht erarbeitet wurden, auf der Tagesordnung standen.⁵⁴ In weiterer Folge betonte der marokkanische Außenminister vor der Generalversammlung in New York am 30. September 2013 Marokkos Engagement bezüglich der Fortführung der MDGs nach 2015.⁵⁵

Um die Errungenschaften von 2000 zu festigen und die Schwachstellen und Entwicklungsziele präzise festlegen zu können, müssen Marokko und seine internationalen Partner eng zusammenarbeiten. Eine Erreichung der Zielvorgaben für menschliche Entwicklung und der verschiedenen eingeführten Maßnahmen ist nur im Rahmen einer fruchtbaren Kooperation möglich.

Schlussfolgerung

Marokko hat in den letzten zehn Jahren zahlreiche Anstrengungen und Reformen auf politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Ebene unternommen, um die MDGs zu erreichen. Beispielsweise konnten die absolute Armut (Ziel 1) und Krankheiten, wie die einheimische Malaria (Ziel 6), fast gänzlich ausgerottet werden. Dank zahlreicher Umsetzungsprogramme und –initiativen, sowohl auf nationaler Ebene als auch in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, konnten mehrere Unterziele und spezifische Zielvorgaben erreicht werden. So wurde die Zugangsrate zu Trinkwasser erhöht und der Anteil der in Slums lebenden

Bevölkerung erheblich reduziert. Angesichts der weltweiten Entwicklungspartnerschaft konnte sich Marokko auf dem afrikanischen Kontinent in jüngster Zeit als wesentlicher Akteur im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation, insbesondere im Bildungsbe- reich, positionieren. Laut der UNESCO be- findet sich Marokko bezüglich der Aufnahme von afrikanischen Studenten, die ihr Heimat- land für Studienzwecke verlassen, von allen afrikanischen Staaten nach Südafrika an zweiter Stelle.⁵⁶

Trotz der zahlreichen Anstrengungen zur Erreichung der MDGs können einige Ziele bis 2015 mit Sicherheit nicht erreicht werden (Zugang zur Gesundheitsversorgung und Vollbeschäftigung für alle). Auch im Bil- dungsbereich, der ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung ist, sind die Ergebnisse hinter den ambitionierten Erwar- tungen zurückgeblieben. Die Senkung der Analphabetenrate würde die Beteiligung und das Mitspracherecht der Bürger in öffentli- chen Angelegenheiten positiv beeinflussen. Gerade in jüngster Zeit fordern die Bürger vermehrt politische Rechte ein. Gute Regie- rungsführung, Bekämpfung der Korruption, Transparenz und Mitsprache im öffentlichen Entscheidungsfindungsprozess rücken im- mer mehr in das Zentrum zivilgesellschaftli- cher Anliegen. Für eine effiziente und ras- che Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Forderung nach partizipativer Demokratie mangelt es jedoch weniger an politischem Willen und den dafür notwendigen rechtli- chen Rahmenbedingungen, sondern an menschlichen Kapazitäten und Humanres- sourcen.

Die Hauptanliegen Marokkos, die auch nach 2015 von großer Wichtigkeit sein wer- den, liegen vor allem im sozio- ökonomischen Bereich. Des Weiteren ge- winnen die politischen Herausforderungen an Bedeutung. Der Bildungs- und Ausbil- dungssektor stellen nach wie vor das größte Hemmnis für eine adäquate positive Ent- wicklung dar. Damit Marokko in Zukunft die gewünschten Ziele erreichen kann, sind vor

allem Maßnahmen notwendig, die nicht nur auf die Konzeption der Entwicklungspro- gramme- und projekte fokussieren, sondern insbesondere die Kapazitäten der darin be- teiligten Akteure stärken. Für eine effektive Umsetzung dieser Projekte ist professionel- les Personal notwendig, das über das not- wendige Know-How und Wissen in den je- weiligen Bereichen verfügt. Nur durch gute Aus- und Weiterbildung der Humanressour- cen können auch die gewünschten Fort- schritte erzielt werden.

|| JULIETTE BORSENBERGER

Büroprojektleiterin Marokko

Unter Mitarbeit von Ingrid Heidlmayr und Souley Mahamadou Laouali

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2010): Objectifs du millénaire pour le développement. Rapport national 2009, URL <http://www.pnud.org.ma/pdf/rapports/omd2009Fr.pdf> [01.11.2013].
- 2 Vgl. Vermeren, Pierre (2010): Histoire du Maroc depuis l'indépendance, S. 96.
- 3 Vgl. Haut-commissariat au Plan: Population du Maroc par année civile, URL http://www.hcp.ma/Population-du-Maroc-par-annee-civile-en-milliers-et-au-milieu-de-l-annee-par-milieu-de-residence-1960-2050_a677.html [29.11.2013].
- 4 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2010): S. 1.
- 5 Vgl. Vermeren, Pierre (2010): S. 101 ff.
- 6 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2013): Objectif du millénaire pour le développement. Projet de rapport national 2012, S. 4f.
- 7 Vgl. Ebd., S. 8f.
- 8 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2010): S. 15.
- 9 Vgl. HCP: Mission du Haut-Commissariat au Plan, URL http://www.hcp.ma/Haut-Commissariat-au-Plan_a709.html [23.12.2013].
- 10 Vgl. MAP (2012): Sept ans de l'Initiative nationale pour le développement humain: Un bilan qualitatif, in: Afaït, URL http://www.aufaitmaroc.com/maroc/societe/2012/5/16/un-bilan-qualitatif_174088.html#.UnOall0Jfdk [01.11.2013].
- 11 Vgl. Crétois, Jules und Bennani, Alae (2013): Quand l'INDH tue l'initiative, in: Telquel Nr. 593, S. 32f.
- 12 Vgl. Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (o. A.): Marokko: Nationales Richtprogramm 2007-2010, S. 13 ff., URL http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_morocco_de.pdf [07.11.2013].
- 13 Vgl. Harmach, Amine (2013): Ramed: 5,26 millions de bénéficiaires en une année, in: Aujourd'hui le Maroc, URL <http://www.aujourd'hui.ma/maroc-actualite/focus/ramed-5-26-millions-de-beneficiaires-en-une-annee-101702.html> [10.12.2013].
- 14 Vgl. Royaume du Maroc (2013): Budget de l'Etat des années 2012 et 2013, URL <http://data.gov.ma/Pages/Detailopendata.aspx?idDoc=QnVkZ2VOX2RfRXRhdF8yMDEyLTlwMTNfbWluaXNOZXJlX2ZpbmFuY2UueGxeA> [26.12.2013].
- 15 Vgl. Office de la formation professionnelle et de la promotion du travail (OFPPT): Mot du Directeur Général de l'OFPPT, URL <http://www.ofppt-info.com/index.php/presentation-de-l-ofppt> [25.12.2013].
- 16 Vgl. Programme des Nations Unies pour le Développement PNUD Maroc (Octobre 2010): Le Maroc lance la campagne des OMD pour accélérer les progrès à l'horizon 2015, URL <http://www.pnud.org.ma/message.asp?c=124> [01.11.2013].
- 17 Vgl. Dayde, Virginie/Hantar, Hicham (2012): Rapport de l'évaluation finale de lutte contre les violences fondées sur le genre par l'autonomisation des femmes et des filles au Maroc –TAMKINE, URL <http://gate.unwomen.org/evaluationadmin/manageevaluation/viewevaluationdetail.html?evalid=4679> [11.11.2013].
- 18 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2010): S. 65 ff.
- 19 Vgl. Ebd.
- 20 Vgl. Agoumi, Ali (2003): Vulnerability of North African Countries to Climatic. Changes: Adaptation and Implementation Strategies for Climatic, URL http://www.iisd.org/cckn/pdf/north_africa.pdf [10.12.2013].
- 21 Vgl. Ebd., S. 70 ff.
- 22 Vgl. Ebd.
- 23 Vgl. MAP (2013): Atteinte des OMD. Le Maroc sur la bonne voie, in: Le Matin (01.11.2013), URL <http://www.lematin.ma/express/atteinte-des-omd-le-maroc-sur-la-bonne-voie/190403.html> [01.11.2013].
- 24 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2013): S. 6 ff.
- 25 Vgl. CIA: The World Fact Book, URL <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mo.html> [02.12.2013].
- 26 Vgl. Haut-Commissariat au Plan (2013): S. 84.
- 27 Vgl. CIA: The World Fact Book.
- 28 Vgl. Masabah, Mohammed (2014): Morocco's Slow Motion Reform Process. In: Stiftung Wissenschaft und Politik, German Institute for International and Security Affairs (Hrsg.), URL http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2014C06_msb.pdf [07.02.2014].
- 29 Vgl. UNICEF Maroc (2013): Communiqué de presse, URL http://www.unicef.org/morocco/french/communiquereintree_scolaire_2013.pdf [22.11.2013].
- 30 Vgl. Banque Mondiale (2013): Maroc: entretenir la dynamique de la réforme de l'éducation, URL <http://www.banquemondiale.org/fr/news/feature/2013/09/11/maintaining-momentum-on-education-reform-in-morocco> [22.11.2013].
- 31 UNESCO (2010): Education au Maroc. Analyse du Secteur, S. 8 f., 80 f., URL <http://unesdoc.unesco.org/images/0018/001897/189743f.pdf> [03.02.2014].
- 32 Vgl. Agence Marocaine de Presse MAP (09.09.2013): SM le Roi adresse un discours à la Nation à l'occasion du 60ème anniversaire de la Révolution du Roi et du Peuple, URL <http://www.map.co.ma/fr/dossier/sm-le-roi-adresse-un-discours-la-nation-loccasion-du-60eme-anniversaire-de-la-revolution-du-> [02.12.2013].
- 33 Vgl. World Economic Forum (2013): The Global Gender Gap Report 2013, S. 286 f., URL http://www3.weforum.org/docs/WEF_GenderGap_Report_2013.pdf [11.11.2013].
- 34 Vgl. AFP (2013): Maroc: la liste du nouveau gouvernement dévoilée, in: Jeune Afrique, URL <http://www.jeuneafrique.com/Article/ARTJAWEB20131010194243/> [11.11.2013].
- 35 Vgl. Union interparlementaire (2013): Les femmes dans les parlements nationaux, URL <http://www.ipu.org/wmn-f/classif.htm> [11.11.2013].
- 36 Vgl. Association Démocratique des Femmes du Maroc: Communiqué: La levée des réserves sur la CEDAW, URL <http://www.adfm.ma/spip.php?article690> [03.12.2013].
- 37 Vgl. Revue Marocaine d'Administration Locale et de Développement REMALD (2005): Le Nouveau Code de la Famille. Collection «Textes et Documents», Nr. 126. Rabat: Sochepress, S. 42 f. und 55 f.
- 38 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2010): S. 43.
- 39 Vgl. Loewe, Markus (2005): Relevanz der Millennium Development Goals (MDGs) für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit dieser Region. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Studies 9, S. 77.
- 40 Vgl. World Health Organization WHO (2013): Malaria – certification process, URL <http://www.who.int/malaria/areas/elimination/certification/en/index.html> [13.11.2013].
- 41 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2013): S. 57.
- 42 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2010): S. 45.
- 43 Vgl. MAP (2013): "Villes sans bidonvilles": Le Maroc, deuxième au niveau mondial, in: Afaït Maroc (30.09.2013), URL http://www.aufaitmaroc.com/actualites/economie/2013/9/30/le-maroc-deuxieme-au-niveau-mondial_215579.html#.UoNwZifDlcp [13.11.2013].

- 44 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2013): S. 60 ff.
- 45 Vgl. Atouk, Sara (2013): Les énergies renouvelables et les populations rurales pauvres: le cas du Maroc. Université de Sherbrooke, URL http://www.usherbrooke.ca/environnement/fileadmin/sites/environnement/documents/Essais_2013/Atouk_S_2013-07-17_.pdf [07.02.2014].
- 46 Vgl. Werenfels, Isabelle / Westphal, Kirsten (2009): Solarstrom aus der Wüste: Sinnvoll und machbar? In: Stiftung Wissenschaft und Politik, German Institute for International and Security Affairs (Hrsg.), URL http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A38_wrf_wep_ks.pdf [07.02.2014].
- 47 Vgl. KfW Entwicklungsbank (2013): Startschuss für umweltfreundlichen Strom aus Sonnenkraft, URL https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/%C3%9Cber-uns/News/News-Details_121280.html [08.02.2014].
- 48 Vgl. KfW Entwicklungsbank (2013): Projektkurzinformation: Solarthermie Marokko, URL https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Themen-Kompakt/Marokko/Projektbeschreibung_Ouarzazate_April2013-Sgl.pdf [07.02.2014].
- 49 Vgl. Freedom House: Freedom in the World – Morocco, URL <http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2013/morocco> [14.11.2013].
- 50 Vgl. Royaume du Maroc (2011): Constitution Marocaine, URL <http://www.bladi.net/IMG/pdf/Constitution-maroc-2011.pdf> [12.12.2013].
- 51 Vgl. Dref, Nadia (2013): G77: La coopération Sud relancée à Marrakech, in: L'Economiste, URL <http://www.leconomiste.com/article/65279g77-la-cooperation-sud-relancee-marrakech> [27.12.2013].
- 52 Vgl. Haut-commissariat au Plan (2013): S. 78 ff.
- 53 Vgl. Nations Unies Maroc (Mai 2013): Priorités de Développement de l'Après-2015: Les Marocains s'expriment sur « l'avenir que nous voulons ». Rapport du Coordinateur résident des Nations Unies au Maroc sur les consultations nationales autour de l'agenda de développement de l'après 2015, S. 1, 21 ff.
- 54 Vgl. MAP (2013): Le Maroc organise à l'ONU un débat sur «l'Afrique au-delà de 2015», in: Le Matin (25.09.2013), URL http://www.lematin.ma/journal/sous-le-haut-patronage-de-sa-majeste-le-roi_le-maroc-organise-a-l-onu-un-debat-sur-l-afrique-au-dela-de-2015/188371.html [27.12.2013].
- 55 Vgl. Ministère des Affaires Etrangères et de la Coopération (2013): Déclaration de Son Excellence Saad-Eddine El Othmani, Ministre des affaires étrangères et de la coopération du Maroc, devant la 68ème Assemblée générale des Nations Unies, New York, URL http://gagate.un.org/sites/default/files/gastatements/68/MA_fr.pdf [25.12.2013].
- 56 Vgl. Campus France (2013): La mobilité des étudiants d'Afrique sub-saharienne et du Maghreb, URL http://ressources.campusfrance.org/publi_institu/agence_cf/notes/fr/note_07_hs_fr.pdf [26.12.2013].

VERANTWORTLICH

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Die „Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit“ werden parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Sie können sich gerne für den Publikations-Newsletter des IIZ unter iiz@hss.de anmelden, der Sie über neuerschienene Publikationen und Berichte informiert.

- Nr. 1 Entwicklungspolitischer Dialog in Europa
- Nr. 2 Deutscher Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung der Mongolei
- Nr. 3 Internationale Migration - Zwischen Braindrain, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen
- Nr. 4 Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume in Bayern und Shandong
- Nr. 5 Security and Development in Africa – Strengthening Conflict Prevention, Resolution and Management
- Nr. 6 Aktuelle Beiträge zur Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika
- Nr. 7 Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der DR Kongo
- Nr. 8 Die weltweite Situation der christlichen Minderheiten
- Nr. 9 Frauen brauchen Demokratie, Demokratie braucht Frauen
- Nr. 10 Polizei und Entwicklung - Community Policing als Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit
- Nr. 11 Die Millenniumsentwicklungsziele - Zwischen Anspruch, Wirklichkeit und dem Post-2015 Prozess

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Institut für Internationale Zusammenarbeit

Leiterin des Instituts: Dr. Susanne Luther

Lazarettstraße 33 | 80636 München

E-Mail: iiz@hss.de | Online: www.hss.de

Tel.: +49 (0) 89 12 58-0 | Fax: +49 (0) 89 12 58-359

Kürzlich erschienen in der Reihe

mit QR-Code zum schnellen Lesen und Bestellen:



AMEZ 8

Die weltweite Situation der
christlichen Minderheiten



AMEZ 9

Frauen brauchen Demokratie,
Demokratie braucht Frauen



AMEZ 10

Polizei und Entwicklung